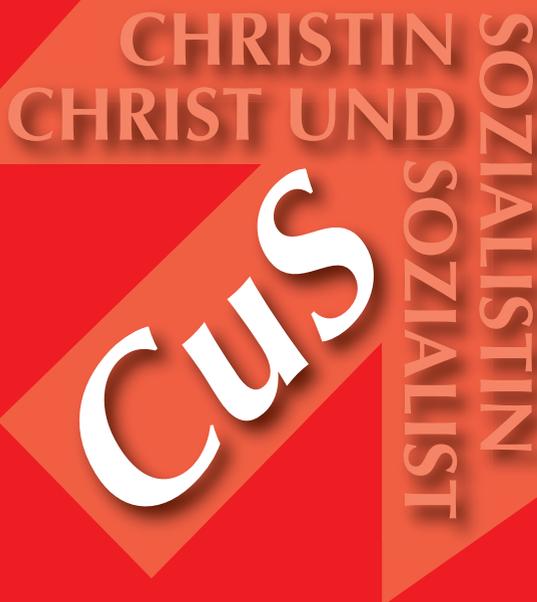


**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

1/09

März 2009 · 62. Jahrgang
Einzelverkauf 6,- €

Gerechtigkeit – Beiträge aus den abrahamischen Religionen



Matthias Bonhoeffer, Norbert Voß, Viktor Ostrowski, Birsen Ürek
Gerechtigkeit, Maßstab für Bildung und Ausbildung

Heinz Röhr (1931–2005)
Humanistische Elemente im Islam

Friedhelm Hengsbach/Peter Zimmermann/Friedel Hütz-Adams
In der Finanzkrise

Heinz Röhr (1931–2005)
Albert Schweitzer über Rosa Luxemburg im Gefängnis

Reinhard Gaede
Hans Ehrenberg (1883–1958) zum Gedenken

Ulrich Peter
**Gesellschaftskritik und Diakonie.
Von J. H. Wichern (*1808) bis Ch. Blumhardt (†1919)**

Friedrich Bargheer
Zwischen Tafel und Hartz IV

Bundesnachrichten

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

Vorstand:

Michael Bschorr, Darius Dunker,
Reinhard Gaede, Berthold Scharf,
Norbert Voß, Robert Wollborn,
Bernd Zielmann

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de
Michael Bschorr

Redaktions-Beirat:

Friedrich W. Bargheer, Blomberg
Heiko Bluhm, Lauffen a.N.
Hartmut Futterlieb, Bad Hersfeld
Fritz Hufendiek, Berlin
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt
Wieland Zademach, Unkel
Bernd Zielmann, Hattingen

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Darius Dunker, Aachen

Erscheinungsweise vierteljährlich

Abonnements:

BRSD-Sekretariat, Michael Bschorr
Bobes Feld 14, 33818 Leopoldshöhe
Tel. 0 52 02/884 883, Fax 884 884
sekretariat@brsd.de, MBschorr@t-online.de

Preise:

Einzelheft € 6,-, Doppelnummer
€ 8,-, Jahresabonnement Inland:
€ 20,- pro Jahr, Ausland: Europa
€ 24,-, Welt € 28,50. Förder-
abonnement € 25,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank, BLZ 350
601 90, Konto-Nr. 2 119 457 010
Internationale Überweisungen:
IBAN DE 15350601902119457010
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Kreativ-Schmie.de, Hamburg
www.kreativ-schmie.de

Druck:

Duckerei Hans Gieselmann, Bielefeld

ISSN 0945-828-X

Christ und Sozialist / Christin und Sozialistin

INHALT

Matthias Bonhoeffer

Gerechtigkeit als Wohltätigkeit. Predigt über Am. 5, 21–24 ..5

Norbert Voß

Der Bund religiöser Sozialisten Köln 1920.

Ein Aufruf zwischen den Zeiten8

Viktor Ostrowski

**PHOENIX. Förderung der Eigeninitiative von Migranten
und Migrantinnen.....13**

Birsen Ürek

**Bildungsgerechtigkeit nach dem Gottes- und Men-
schenbild des Islam – Das Begegnungs- und Fortbil-
dungszentrum muslimischer Frauen. Köln16**

Heinz Röhr (1931–2005)

Humanistische Elemente im Islam19

Friedhelm Hengsbach

In der Finanzkrise: die Rückkehr der Politik?26

Peter Zimmermann

Kanzelrede zur Finanzkrise34

Friedel Hütz-Adams

Finanzkrise und Diamantenmarkt37

Reinhard Gaede

Hans Ehrenberg zum Gedenken40

Heinz Röhr (1931–2005)

Albert Schweitzer über Rosa Luxemburg im Gefängnis43

Ulrich Peter

**Gesellschaftskritik als Konsequenz diakonischer
Überzeugungen? Von Johann Hinrich Wichern
bis Christoph Blumhardt d.J.46**

Friedrich W. Bargheer

Zwischen Tafel und Hartz IV55

Bundesnachrichten

Vorstandswahlen 200857

BRSD, Gruppe Rheinland, Tagung 17./18.01.09 in Köln....57

Presseerklärung zur Eskalation des Krieges in Nahost61

Bündnis gegen Kinderarmut64

Petition betreffend das II. Vatikanische Konzil66

Bilder- und Fotonachweis67

Autorennachweis67

Aus der Redaktion

In dieser Ausgabe versammeln wir zum ersten Mal Beiträge aus den drei abrahamischen Religionen zugleich, nachdem wir früher schon den Dialog Christentum–Islam (CuS 4/2006) und den Dialog Christentum–Judentum (CuS 1/2007) vorbereitet hatten. Ermöglicht hat das die Tagung der *Gruppe Rheinland im BRSD*, die zusammen mit der *Melanchthon-Akademie* und der *Kartäusergemeinde* in Köln vom 17.–18. Januar 2009 zur Tagung „Soziale Gerechtigkeit jetzt erst recht“ eingeladen hatte. In den Bundesnachrichten steht mein Bericht über die Tagung. Die Predigt von Pfarrer *Matthias Bonhoeffer*, Pfarrer an der Kartäuserkirche, Köln, spricht über den Aufruf des Amos: „Es ströme aber das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach!“ (5, 24) und bestimmt *Zedaká* als Gerechtigkeit, Güte, Liebe und Wahrhaftigkeit. *Norbert Voß* hat die Richtlinien des Bundes religiöser Sozialisten Köln aus dem Jahr 1920 erläutert, indem er den Bezug zu biblischen Aussagen verdeutlicht und die Aktualität durch zeitgenössische Aussagen gezeigt hat. *Viktor Ostrowski*, eine Stimme aus dem Judentum Osteuropas, hatte die Idee, mit Freunden eine Selbsthilfe-Organisation für Aussiedler und jüdische Kontingent-Flüchtlinge zu gründen, und stellt das Konzept vor. Das Kultur- und Integrationszentrum PHOENIX besteht seit 2002. Aufklärung, Bildung, Begleitung sind seine Säulen. *Birsen Ürek*, Historikerin und Mitarbeiterin beim Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen, referierte über „Bildungsgerechtigkeit“ vor dem Hintergrund des Gottes- und Menschenbildes im Islam. Drei Monate vor seinem Tod am 5. März 2005 hatte *Heinz Röhr*, Professor für Kirchen- und Religionsgeschichte, lange Jahre stellvertretender Vorsitzender des BRSD, mir seinen Artikel „Humanistische Elemente im Islam und Buddhismus“ mit der Bitte um Veröffentlichung in CuS anvertraut. In diesem Heft soll der erste Teil wiedergegeben werden.

Rosa Luxemburg, 1871–1919, war eine bedeutende Vertreterin der europäischen Arbeiterbewegung. Nach der Niederschlagung des Spartakus-Aufstands wurde sie unter teils ungeklärten Umständen zusammen mit Karl Liebknecht von rechtsradikalen Freikorps-Soldaten ermordet. Heute ist ihr Todesdatum Anlass der jährlich wiederkehrenden Liebknecht-Luxemburg-Demonstration in Berlin, an der ein breites Spektrum linksgerichteter Gruppen, Parteien und Einzelpersonen teilnimmt. *Albert Schweitzer*, 1875–1965, evangelischer Theologe, Orgelkünstler, Musikforscher, Philosoph und Arzt hat in einem bisher unbekanntem Dokument ihren Humanismus und ihre Tierliebe gewürdigt. *Heinz Röhr* hatte dieses Dokument wieder entdeckt.

Jeden Tag lesen und hören wir in den Medien von den Folgen der Finanzkrise. *Friedhelm Hengsbach*, Professor für Christliche Gesellschaftsethik und Autor ökonomischer Artikel in



Helmut Pfaff, Friedrich Wilhelm Bargheer, Reinhard Gaede, Michael Bschorr, Elmar Klöck, Fritz Hufendiek, Wieland Zademach

CuS (vgl. CuS 2/2006, 4/2006, 2-3/2007, 4/2007), sieht die Wurzeln der Finanzkrise im Finanzkapitalismus der USA, spricht über die Fehler der Banken und über den Staat als Bestandteil der Krise, über einen „Verblendungszusammenhang der politischen und finanziellen Eliten“. Bei den Rettungsmaßnahmen diagnostiziert er „eine Schiefelage zu Lasten der Investitionen, der öffentlichen Güter, der Arbeit an den Menschen sowie der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit“ und fordert öffentliche Aufsicht und Kontrolle über die Finanzdienste. *Peter Zimmermann*, der 12 Jahre Oberkirchenrat in Thüringen war, hat im Januar 2009 in Erfurt eine Kanzelrede über die Finanzkrise gehalten. Den marktradikalen Liberalismus konfrontiert er mit dem biblischen Zeugnis von Recht und Gerechtigkeit und zeigt die unheilvollen Folgen einer Vergötzung des Marktes. Anstelle eines bloßen Moralisieren muss die Politik für Gerechtigkeit zugunsten des Gemeinwohls sorgen. *Friedel Hütz-Adams*, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei SÜDWIND e.V., Institut für Ökonomie und Ökumene, untersucht am Beispiel des Diamanten-Marktes die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Finanzkrise in Afrika und Indien. Er fordert soziale und ökologische Bedingungen für die Produktionsstrukturen, die Umsetzung bestehender internationaler Abkommen zum Schutz der Arbeitenden und völkerrechtliche Regelungen mit Sanktionen.

Ulrich Peter, Verfasser zahlreicher Studien zur Geschichte des religiösen Sozialismus, ehemals Vorstandsmitglied und Schriftleiter von CuS, hat im November 2008 im Rauhen Haus einen Vortrag gehalten. „Gesellschaftskritik als Konsequenz diakonischer Überzeugungen“ war das Thema. In diesem Heft geben wir seine Lebensbilder über Johann Hinrich Wichern und Christoph Blumhardt d. J. wieder. Die Referate über Helmut Gollwitzer (vgl. auch CuS 4/2008) und Dorothee Sölle sollen später folgen. Wir danken unserem Freund *Prof. Dr. Matthias Nauwerth* von der Fachhochschule des Rauhen Hauses für die freundliche Erlaubnis zum Druck. Die gesammelten Vorträge zum Thema wird das Rauhe Haus später veröffentlichen.

Anlässlich des 200. Geburtstags von Johann Hinrich Wichern, des Kämpfers gegen Armut, mit dem die moderne Diakonie begann, hat in der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe in Bochum eine Tagung stattgefunden unter dem Thema: „Zwischen Tafel und Hartz IV“. *Friedrich W. Bargheer* hat sie besucht und berichtet.

Gleich nach Weihnachten hat uns die Eskalation des Krieges zwischen *Israel und Hamas in Gaza* beunruhigt. Viele Friedensresolutionen hat es gegeben. Die *Presseerklärung* des BRSD fordert einen Friedensvertrag, der auf die Vorarbeit der Genfer Initiative vom 1. Dezember 2003 zurückgreift. Die Initiative ist deshalb so wichtig, weil sie sowohl von einer palästinensischen als auch einer israelischen Delegation unterschrieben worden war. (vgl. <http://www.genfer-initiative.de>) Außerdem erinnern wir an Martin Buber, den großen Religionsphilosophen und religiösen Sozialisten, mit seiner Friedens-Vision „Ein Land, zwei Völker“ und an Orte des Friedens und der Begegnung wie die *Abrahams-Herberge*, (vgl. CuS 1/2007). Außerdem hat der BRSD hat einen Aufruf gegen Kinderarmut unterstützt, nachdem wir schon 2007 einen entsprechenden Brief (vgl. www.BRSD.de) an die SPD geschrieben haben.

Nach der Aufnahme der Pius-Brüder einschließlich des Holocaust-Leugners Weihbischof *Richard Williamson* durch Papst *Benedict XVI.* hat es viele Proteste gegeben in Sorge um den Kurs der Kirche. Wir veröffentlichen eine Petition für die unbeschränkte Anerkennung des *II. Vatikanischen Konzils*.

Zu seinem 50. Geburtstag gratulieren wir recht herzlich *Frank-Matthias Hofmann*, Kirchenrat in Saarbrücken. Er hat uns als Autor und treuer Leser von CuS seit den 80er Jahren begleitet. Früher hatte er auch eine Initiative zur Rehabilitierung von Erwin Eckert (vgl. http://wikipedia.org/wiki/Erwin_Eckert) gefördert. Er war Mitbegründer und Moderator eines Gesprächskreises Juden und Christen in der Rhein-Pfalz. Wir wünschen ihm und seiner Familie Gottes Segen.

Reinhard Gaede

Predigt über Am. 5, 21–4

Gerechtigkeit als Wohltätigkeit

Von *Matthias Bonhoeffer*

Ich bin euren Feiertagen gram und verachte sie und mag eure Versammlungen nicht riechen. 22 Und wenn ihr mir auch Brandopfer und Speisopfer opfert, so habe ich kein Gefallen daran und mag auch eure fetten Dankopfer nicht ansehen. 23 Tu weg von mir das Geplär deiner Lieder; denn ich mag dein Harfenspiel nicht hören! 24 Es ströme aber das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach.

Liebe Gemeinde, dieser Text gehört zu den ganz berühmten Texten, wenn es um das Thema Gerechtigkeit geht, wenn es um den garstigen Graben des Unterschiedes zwischen Anspruch und Wirklichkeit geht.

„Es ströme aber das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach.“

So die Übersetzung der Lutherbibel.

In unseren regenreichen Breiten sieht man das Bild nicht so gut. Wir haben Bachläufe und Flüsse. Sie fließen ständig. Dass sie einmal versiegen sollten, ist erst eine Befürchtung seit dem Ausgang des letzten Jahrhunderts.

Gut verständlich wird dieses Bild, wenn man sich in die karge, mit Wadis durchzo-

gene Landschaft des jüdischen Berglandes versetzt. Diese Wadis sind Bachläufe, zum Teil sehr steil und tief, die in aller Regel nur sehr dünn, wenn überhaupt, Wasser führen. Aber wenn es dann regnet, füllen sich diese Läufe rasend schnell und schwelen zu regelrechten Fluten an. Stein, Geröll und Unrat wird mitgerissen und zu Tal befördert. Wer da nicht aufpasst, ist ebenfalls schnell mitgerissen und ertrunken.

Diese Bachfluten hat Amos vor Augen, als er von Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit spricht. So wie dieses Wasser in dem trockenen Land fehlt, so fehlt es auch an Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit in Judäa des Amos und auch bei uns.

Zwei hebräische Worte bestimmen den Vers: *Mischpat* und *Zedaka*.

Wie so häufig lassen sich diese Wörter nicht eins zu eins ins Deutsche übertragen. „*Mischpat*“ bezeichnet die Handlung des Richtens, das Anwenden von Recht und Gerechtigkeit und ist neben „*d i n*“ einer von zwei Ausdrücken für Recht, wobei „*mischpat*“ wohl ursprünglich älter ist und das ungeschriebene, das mündlich überlieferte, das Gewohnheitsrecht bezeichnet. Hier war der Richter noch Schöpfer des Rechtes. Recht und Gerechtigkeit („*zedek u mischpat*“) wurden gleichzeitig gefordert. Entsprechend anfällig war das System.¹

„Zedaka“ ist sehr vielschichtig. Im biblischen Sinn meint es das rechte Verhalten, Wahrhaftigkeit, das Richtige, das Gebührende, das Gerechte, die Gerechtigkeit. „Zedakah“, Gerechtigkeit bezeichnet in der überwiegenden Anzahl der Stellen die Bunde treue Gottes zu den Menschen. Ja, die Gerechtigkeit kann Gott sogar vorangehen und ihm auch folgen. Sie kann als Entäußerung Gottes, sie kann als Gestalt gedacht werden. Jesaja weiß davon, wie wir eben in der Lesung gehört haben. Aber auch der 85. Psalm, 11–14:

- 11 dass Güte und Treue einander begegnen, Gerechtigkeit und Friede sich küssen;
- 12 dass Treue auf der Erde wachse und Gerechtigkeit vom Himmel schaue;
- 13 dass uns auch der HERR Gutes tue, und unser Land seine Frucht gebe;
- 14 dass Gerechtigkeit vor ihm her gehe und seinen Schritten folge.

Im Gegenzug meint „Zedaka“ den Gehorsam des Menschen, den er durch seine innere Einstellung und Befolgung zu den Geboten zeigt. Der Gerechtigkeit ist nachzujagen (Deut. 16, 20)

Dabei geht es nicht um das sture Befolgen irgendwelcher Rechtsvorschriften, sondern um das ethisch gute Handeln. Mose hat Himmel und Erde als Zeugen genommen in seiner letzten Rede, kurz vor seinem Tod:

Ich nehme Himmel und Erde heute über euch zu Zeugen: Ich habe euch Leben und Tod, Segen und Fluch vorgelegt, damit du das Leben erwählst und am Leben bleibst, du und deine Nachkommen (Dtn. 30, 19), denn „es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist und was Gott bei dir sucht: nichts anderes als Gerechtigkeit tun, Freundlichkeit lieben und aufmerksam mitgehen mit deinem Gott.“ So verkündet der Prophet Micha. (Micha 6, 8)

Im nachbiblischen und jüdischen Sinn hat sich die Bedeutung hin zu Wohltätigkeit entwickelt. Danach wiegt das Gebot

der Wohlfahrt alle anderen auf. Denn *„auf drei Säulen steht die Welt, auf der Thora, auf dem Gottesdienst und auf der Wohltätigkeit.“* (Avot I, 2)

Zu beachten ist die Reihenfolge: die Satzungen, Gebote Gottes, der sich daraus ableitende Gottesdienst und die sich daraus ableitende Wohltätigkeit.

Letztlich ist „zedkah“ nicht zu übersetzen. Sie verbindet Güte, Gerechtigkeit, Liebe und Wahrhaftigkeit miteinander.

„Sie bezeichnet all unser Wohltun, vom Almosengeben bis zur Selbsthingabe für den Nächsten als etwas, was diesem Nächsten gebührt und mit dessen Erfüllung wir nur das getan haben, was unsere Pflicht vor Gott ist. ... Eine lieblose, blinde mit verbundenen Augen agierende Gerechtigkeit wäre auf hebräisch ein Selbstwiderspruch, ...“ (Lapide, P.: Die Seligpreisungen – Ein Glaubensgespräch; Calver-Verlag, Stuttgart 1980.)² schreibt Pinchas Lapide, und ich möchte hinzufügen, dass dies auch für Christen gilt.

Der Gerechtigkeit Frucht – so Jesaja – wird Friede sein, und der Ertrag der Gerechtigkeit wird Ruhe und Sicherheit sein. (Jes. 32, 17)

Das gilt auch andersherum. Streit, Unfriede, Unruhen, Krieg sind untrügliche und eindeutige Zeichen dafür, dass Gerechtigkeit eben noch nicht geschaffen worden ist.

Oder noch einmal anders: Wer gerne Ruhe, Sicherheit und Frieden haben möchte, muss Gerechtigkeit üben. Mit Kassam-Raketen und Luft-Bombardements ist das nicht zu bekommen. Nie.

Dort, wo es keinen sozialen Frieden gibt, dort herrscht keine Gerechtigkeit.

Für keinen anderen Begriff ist mehr Blut vergossen worden und wird mehr Blut vergossen als für diesen. Im Namen der Gerechtigkeit wird getötet und gemordet, betrogen und gestohlen. Über keine andere

Frage als die nach der Gerechtigkeit ist so tief nachgedacht worden, über keine andere Frage sind so viele bittere Tränen vergossen worden. Aber wirklich näher sind wir einer Antwort nicht.³

Ich muss gestehen, dass mich die Bedeutungsverschiebung von Gerechtigkeit zu Wohltätigkeit im Jüdischen fasziniert. Gerechtigkeit wird so konkret, setzt sich um in Handel am Nächsten, kommt vom Wort zur Tat.

Wir wollen immer Gerechtigkeit schaffen. Besser wäre es, glaube ich, Gerechtigkeit erstens zu üben und zweitens zu tun.

Ein wenig haben wir gestern Nachmittag und Abend uns angesehen, wo und wie ganz konkret Gerechtigkeit nicht nur geübt sondern getan wird. Es waren sehr anregende und inspirierende Stunden.

Sie sind dazu angetan gewesen, den garsichtigen Graben zwischen unseren Anspruch und der Wirklichkeit mit kleinen Brücken zu überspannen.

Gerechtigkeit geschieht dort, wo konkret geholfen wird, dort, wo nach Jesaja (58, 7):

Dem Hungrigen das Brot gebrochen wird, dem Elenden ein Obdach gegeben, der Nackte gekleidet, niemand unterjocht wird und nicht mit dem Finger auf jemanden gezeigt wird und keine üble Rede geführt wird.

Gerechtigkeit ist der Akt, Teilhabe an der Gemeinschaft zu ermöglichen: Für alle. Und Friede wird das Ergebnis sein.

Und der Friede Gottes, welcher ist höher als all unsere Vernunft, bewahre unsere Herzen in Christus Jesus!

Vgl. Roland Gradwohl: „*Bibelauslegungen aus jüdischen Quellen*“ und dort die Auslegung zu Amos 5, 21-24.

¹ Marcus Cohn, *Wörterbuch des jüdischen Rechts*; Neudruck 1980 der im „*Jüdischen Lexikon*“ (1927–1930) erschienenen *Beiträge zum jüdischen Recht*, Fundstelle: <http://juedisches-recht.de/mc-einfuehrung-jued-recht.htm>

² <http://de.wikipedia.org/wiki/Gerechtigkeit>

³ siehe Hans Kelsen, *Was ist Gerechtigkeit?*, Reclam, Stuttgart 2000, S. 9. Fundstelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Gerechtigkeit>

Matthias Bonhoeffer, geboren 30.8.1958 in Göttingen, aufgewachsen in Köln, studierte in Bonn. Verheiratet, 5 Kinder. Wirkte seit 2004 an der Kartäuserkirche in der Gemeinde Köln.



Matthias Bonhoeffer

z:daka steht in der Hebräischen Bibel als Zentralbegriff für die Lebensbeziehungen der Menschen untereinander und der Menschen zu Gott. Die abendländischen Vorstellungen seit Aristoteles von einer absoluten, sittlichen Norm, die überparteilich jedem das Seine zuteilt, oder von einer Idee wie bei Platon muss man vergessen, wenn man dies verstehen will. Z:daka ist ein Verhältnisbegriff. Der Mensch lebt in sozialen Bezügen. Gerechtigkeit muss sich stets neu erweisen. Und über all diesem steht das Gemeinschaftsverhältnis, das Gott Israel angeboten hat in der Tora, seiner Weisung. Israel preist Gottes Gerechtigkeit und dankt ihm damit für seine Gaben.

Reinhard Gaede

Eine Übertragung

Die Richtlinien der Kölner ReSos 1920* als Aufruf zwischen den Zeiten

Von Norbert Voß

Köln, den 27. Oktober 1920 Bund religiöser Sozialisten Erläuterungen zu den Richtlinien

Unsere im März des Jahres veröffentlichten Leitsätze haben in weiten Kreisen Zustimmung gefunden. Aber sie sind kein hinreichender Ausdruck der uns bewegenden Kräfte, Gewissheiten und Hoffnungen. Darum fügen wir dem nötig gewordenen Neudruck einige Bemerkungen hinzu, wie sie sich uns aus der bisherigen Arbeit unseres Bundes ergeben. Dabei soll gleich hier betont werden, dass auch die folgenden mit Erläuterungen begleiteten Richtlinien nicht als starres Gesetz gedacht sind. Sie sollen nur den, wie wir meinen, für unsere Zeit neuen aber in Formeln nicht zu erschöpfenden Geist andeuten, der uns verbindet.

Was wir wollen?

Wir sind überzeugt, dass die gegenwärtige auf Mammonismus und schonungslosen Konkurrenzkampf aufgebaute inner- und zwischenstaatliche Gesellschaftsform in schroffem Widerspruch zum Christusgeiste steht und darum durch eine neue ersetzt werden muss.

Einschub 1: Mt. 19, 20–24

Wir glauben, dass Gott sein Reich auch auf der Erde verwirklichen will und zwar nicht bloß verborgen in den Herzen der Einzelnen, sondern auch sichtbar in einer vom Christusgeist durchdrungenen Ord-

nung aller Beziehungen der Menschen und Völker untereinander.

Einschub 2: Lk. 6, 20–26

Wir fordern, dass mit der üblichen Unterscheidung von Privatmoral und öffentlicher Moral völlig gebrochen, dass das christlich-sittliche Ideal auch auf das öffentliche Leben angewendet und besonders, dass das Wirtschaftsleben und das Zusammenleben der Völker im Sinne der Brüderlichkeit und Versöhnung umgestaltet werde.

Einschub 3: Kapitalismus zähmen

Wir wollen Männer und Frauen sammeln, die die dargelegten Grundsätze und Ziele teilen und in dem angedeuteten Sinne Christentum und Sozialismus, Sozialismus und Christentum bejahen und für sie einzutreten entschlossen sind. Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei oder Religionsgesellschaft ist für die Aufnahme in unseren Kreis nicht Bedingung.

Einschub 4: Mt 28, 18–20

Es geht uns um die gesamte Gesellschaftsordnung, in der wir stehen. Sie ist durchtränkt vom Mammongeist. Wir sind alle genötigt, Mammonisten zu sein. Die Geldfrage beherrscht auch den, der das Geld aus tiefster Seele verachtet; niemand kann sich der Übermacht des Geldes entziehen. Unter diesem Zustand leidet bewußt oder unbewusst unser gesamtes Leben; er macht wahre Gemeinschaft zwischen den Menschen und Völkern unmöglich; er frisst an unseren Seelen.

Einschub 5: Allianz-Vorstand geißelt Rendite-wahn

Darum müssen wir Profit- und Konkurrenzwirtschaft verneinen und die Bewegungen stützen, die den Privatprofit aus unserem Gesellschaftsleben ausschalten wollen.

Einschub 6: Programm für wahrhaft Bedürftige

Wenn wir religiöse Sozialisten sein wollen, so überlassen wir es jedem, mit welcher der bestehenden Religionsformen er sich am engsten verbunden fühlt. Willkommen ist uns, wer unter den Bejahern der sozialistischen Gesellschaftsordnung aufrichtig glaubt an den Geist, wem Gewissen, sittliches Verantwortungsbewusstsein, das Ideal des selbstlosen, von Wahrhaftigkeit und Bruderliebe erfüllten Lebens unumstößliche Größen sind. Wir halten es dabei für selbstverständlich, dass das in den neutestamentlichen Schriften pulsierende persönliche Leben, das an den Namen Jesus genüpft ist, unsere Gesinnungsgenossen mit heiliger Ehrfurcht erfüllt.

Einschub 7: Lk. 7, 47–49

Unser gesamtes „Kulturleben“ steht unter dem Zeichen des Vorhandenseins von herrschenden und von zur Dienstbarkeit verurteilten Klassen. Wir bejahen den Klassenkampf, nicht als etwas von Menschen künstlich Gemachtes, sondern als eine aus der Herrschaft selbstsüchtiger Gewalt mit Notwendigkeit hervorgegangene Tatsache. Der Sinn und das Ziel des von uns bejahten Klassenkampfes ist die Beseitigung der Zustände, aus denen er hervorgeht, d.h. Beseitigung des Klassenkampfes selbst, nicht Herrschaft einer Klasse über andere, sondern Aufhebung der Klassen in einer wahrhaften Volksgemeinschaft. Wir verwerfen Klassenhatz und Klassenhetze; der Klassenkampf, der von einer rückhaltlosen Liebe zum Bruder geführt wird, ist uns bei weitem verheißungsvoller als der mit Hass

und blutiger Gewalt unternommene. Darum rufen wir auf zum Kampf aus Liebe um gerechte Zustände in der Welt.

Einschub 8: Habermas kritisiert „lächerliche“ Politik

Wir sind der Meinung, dass ein klares Sichbekennen zu den von uns vertretenen Überzeugungen, insbesondere zur Notwendigkeit der Beseitigung der kapitalistischen auf Profit und Konkurrenzkampf aufgebauten Wirtschaftsordnung mit bewusster Zugehörigkeit zu einer der bestehenden bürgerlichen Parteien nicht vereinbar ist. Es soll aber niemand ausgeschlossen sein, der mit Klarheit und Entschiedenheit überall offen für unsere Richtlinien eintritt. Willkommen ist auch, wer, ohne einer politischen Partei angeschlossen zu sein, sich mit uns verbunden fühlt.

Zum Ganzen. Wir denken nicht daran, irgendeiner der bestehenden sozialistischen Parteien Konkurrenz zu machen.

Wir halten die Pflege religiös-sozialistischen Geistes für unerlässlich zur Genesung unseres Volkes und der gesamten Menschheit von den Übeln, an denen sie leiden.

Strittig ist unter uns, in wie weit Organisation unserer Bewegung not tut; wenige, die mit ihrem gesamten Auftreten Träger und Förderer unserer Ideen sind, bedeuten uns mehr als viele, die ohne in der Tiefe davon erfasst zu sein, nur äußerlich in unsere Reihen treten.

Einschub 9: Mt 7,12–15

Wir wollen Kämpfer, Menschen, die Sauererteig und Salz in unserer Gesellschaft sind.

Einschub 10: Mt 5,13–14

Zustimmungserklärungen bitten wir an einen der Unterzeichneten zu richten. Der Mitgliedsbeitrag beträgt vierteljährlich 2 Mark.

Voraussichtlich erscheinen vom 1. Januar 1921 ab monatlich kurze Mitteilungen un-

seres Bundes. Preis pro Monat und Nummer zunächst 50 Pfg. Wer sie zu erhalten wünscht, wende sich an unsern 1. Schriftführer, Herrn Frembgen, dessen Anschrift hierunter angegeben ist.

Köln, den 27. Oktober 1920

Der Vorstand:

Wilhelm Kuhlmann, Maschinenschlosser, 1. Vorsitzender, Köln-Nippes, Liebigstr. 244
Georg Fritze, Pfarrer, 2. Vorsitzender, Köln, Große Witschgasse 17, Fernruf B 3568

Friedrich Frembgen, Eisenbahnassistent, 1. Schriftführer, Köln-Merheim, Neußerstr. 510
Elisabeth Mayer, 2. Schriftführerin, Köln-Nippes, Schwerinstr. 11

Georg Mayer, Dreher, 1. Kassierer, Köln-Nippes, Schwerinstr. 11

Robert Liebmann, Elektromonteur, 2. Kassierer, Köln-Braunsfeld, Christian-Gaust. 16

Einschub 3:

Mit der Commerzbank und der Dresdener Bank beweisen nun auch zwei private Institute, kontrolliert von vermeintlich viel klügeren Aktionären, dass etwas faul ist im gesamten System. *Renditewahn* folgte auf die Deregulierung der Kapitalmärkte in den 90er Jahren. Alle vertrauten auf den Glauben an die Effizienz der Kapitalmärkte. Sie bilden derart große Informationspools, dass die Preise und Kurse eine kollektive Einschätzung liefern, die über die eines jeden einfachen Sterblichen hinausgeht. Oder, um es salopp zu sagen: Der Markt hat immer Recht. Welch krasser Irrtum, für den die Steuerzahler jetzt aufkommen müssen. Anstatt ideologischer Scharmützel muss die Agenda für 2009 bessere Regulierung heißen. Nicht mehr ob, sondern wie zähmen wir den Kapitalismus, darf die einzige Frage lauten.

Robert von Heusinger, Frankfurter Rundschau online, 9. Januar 2009

Einschub 5:

Allianz-Vorstand geißelt „Rendite-Wahn“:
Allianz-Vorstand *Joachim Faber* hält Eigenkapitalrenditen von 25 Prozent, wie sie sich die Deutsche Bank lange vorgenommen hatte, nicht für realistisch. Einig ist sich Faber mit Deutsche-Bank-Chef Ackermann in einem anderen Punkt. „Wir haben in den letzten Jahren in einem Rendite-Wahn gelebt“, sagte der für Vermögensanlagen zuständige Vorstand der „Welt am Sonntag“. Der Allianz sei immer wieder der – nun knapp an der Pleite vorbeigeschrammte – US-Rivale *AIG* als Vorbild vorgehalten worden, weil seine Gewinne einige Prozente über ihren eigenen gelegten hätten. „Dadurch und durch viele andere Beispiele muss auch dem Letzten klar geworden sein, dass derartige Renditen auf Dauer nicht möglich sind“, konstatierte Faber.

Allianz Global Investors (*AGI*), der Faber vorsteht, ist einer der fünf größten Vermögensverwalter der Welt. „Wenn ein Investor mit seinem Portfolio die Inflation plus zwei bis vier Prozent verdient, dann macht er einen absolut guten Job“, sagte der Vorstand. „Alles andere ist völlig unrealistisch und völlig übertrieben.“
Handelsblatt, 4. Januar 2009

Einschub 6:

Programm für wahrhaft Bedürftige: Das Konjunkturprogramm der Regierung ist ein Polster für die Privilegierten.

Am 12. Januar hat das Kabinett ein zweites Konjunkturprogramm beschlossen. 50 Milliarden Euro werden zugunsten von Wirtschaft und Erwerbstätigen eher verschleudert. Sie sollen kaufen, konsumieren, investieren – konzeptlos. Das Programm wird deshalb fast ohne Wirkung bleiben. Es bietet allenfalls Streicheleinheiten für die besser Gestellten. Dadurch werden nur ihre Privilegien gepolstert, aber kaum ein

Arbeitsplatz dadurch geschaffen. Die Bundesregierung und ihre vorstellungslosen Parteien zeigen ohne Mitgefühl für Bürgerinnen und Bürger in Not ihr wahres Gesicht. Unterwürfig gegenüber den Weltmarktmächten und ihren Interessenvertretern, sind sie nur zu Scheinhandlungen und Diskriminierungen in der Lage. Selbst als Wärmflasche der Konjunktur taugen die teuren, aber mangelhaft gezielten Ausgaben nicht. Die Kosten werden auf diejenigen abgewälzt, die nicht davon profitieren. Das aber, was nottut, wird versäumt. Arme und Arbeitslose werden von der Regierung systematisch vernachlässigt. Entgegen marktwirtschaftlicher Logik werden nicht diejenigen subventioniert, die ihr Geld ausgeben müssen. Die Würde derjenigen, die kaum ihr Leben fristen können, wird missachtet und verletzt. Sie werden rechtswidrig und bürokratisch mit Füßen getreten, so als wolle man die arbeitsmarktpolitisch angeblich nicht Gebrauchten fast wie Müll wegwerfen.

Dazu zählen neun Millionen Hartz IV- und Sozialhilfeempfänger, Ein-Euro-Jobber, Aufstocker und Niedriglöhner, arme Rentner und Kinder, Wohnungslose, Migranten ...

Soll das weitere Verrinnen dessen, was einmal Sozialstaat hieß, aufgehalten werden, soll diese Republik sehenden Auges und mit wirklichkeitsblinder Politik nicht ihre eigenen sozialen Katastrophen schaffen, dann sind aktuell erste Pflaster auf blutende soziale Wunden zu kleben. Dem hat eine Politik zu folgen, die einer von den herrschenden Politikern mitverschuldeten Krise Paroli bieten kann.

Die Autoren:

Peter Grottian, bis 2007 Professor für Politikwissenschaft (FU Berlin),

Wolf-Dieter Narr, Professor für empirische Theorie der Politik (FU Berlin)

Roland Roth, Professor für Politikwissenschaft (FH Magdeburg),

Christoph Butterwegge, Professor für Politikwissenschaft (Uni Köln)

Mohssen Massarrat, Professor für Politikwissenschaft (Uni Osnabrück).

Frankfurter Rundschau online, 15.01.2009, http://fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/1660258_Programm-fuer-wahrhaft-Beduerftige.html

Einschub 8:

Habermas kritisiert „lächerliche“ Politik: Nichts weniger als eine neue Weltordnung fordert der Philosoph Jürgen Habermas. Die Politik sei verantwortlich für die Finanzkrise und die Spaltung der Gesellschaft, sagte er in einem Interview.

Die Politik trifft nach Ansicht des Philosophen Jürgen Habermas die Schuld an der weltweiten Finanzkrise. Es sei Heuchelei, dass jetzt mit dem Finger auf Sündenböcke gezeigt werde, sagte der 79-Jährige der Wochenzeitung „Die Zeit“. „Auch die Spekulanten haben sich im Rahmen der Gesetze konsequent nach der gesellschaftlich anerkannten Logik der Gewinnmaximierung verhalten. Die Politik macht sich lächerlich, wenn sie moralisiert, statt sich auf das Zwangsrecht des demokratischen Gesetzgebers zu stützen. Sie und nicht der Kapitalismus ist für das Gemeinwohl zuständig.“ Es sei eine „himmelschreiende soziale Ungerechtigkeit“, dass nun die „verletzbarsten sozialen Gruppen am härtesten“ getroffen würden, sagte der Sozialwissenschaftler. Das Finanzdebakel mache eine neue Weltordnung zwingend erforderlich. Die Globalisierung müsse endlich politisch gesteuert werden und bestehende Institutionen wie die Vereinten Nationen reformiert und ausgebaut werden.

Habermas kritisierte in der „Zeit“ auch eine zunehmende Spaltung der Gesell-

schaft. Es sei von „abgründiger Komik, wie Wirtschaftsmanager – und nicht nur die – dem Elitegeschwätz unserer Talkrunden auf den Leim gehen, sich allen Ernstes als Vorbilder feiern lassen und mental den Rest der Gesellschaft unter sich lassen (...) Was, bitte, soll am Charakter von Leuten in Führungspositionen, die ihre Arbeit halbwegs ordentlich tun, exemplarisch sein?“ dpa, 05. November 2008

Norbert Voß, Jahrgang 1956, Kommunikati-onstrainer aus Rösrath, arbeitet hauptsächlich für Gewerkschaften und im linken politischen Spektrum. Der engagierte evangelische Christ und Sozialist ist seit 2007 Mitglied des Bundes der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten. Er arbeitet seitdem in der Gruppe Rheinland mit. Sein Schwerpunkt liegt bei den Planungen von Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit Bildungsträgern und Gewerkschaften. In Köln konzipiert er auch mit Kolleginnen und Kollegen politische Seminare für ver.di und gibt Seminare für Betriebsrätinnen und Betriebsräte. „Durch die Internetseite www.brsd.de habe ich den Bund kennengelernt“ erzählt N. Voß. „Und auf dem Kirchentag in Köln habe ich dann Menschen aus dem Bund kennen und schätzen gelernt. Besonders gefällt mir der wertschätzende Umgang miteinander und die gute und konstruktive Zusammenarbeit.“

Norbert Voß interessiert sich seit seiner Jugend für politische Themen, hat in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein freies und selbstverwaltetes Jugendzentrum mit gegründet, später in Köln Sozialarbeit studiert und ist während seiner Arbeit bei der Deutschen Bundespost Gewerkschaftsmitglied geworden. „Meine Heimat sehe ich in der Gewerkschaft, hier habe ich den Sozialismus besser kennen gelernt und zur Grundlage meines politischen Handelns gemacht“ berichtet N. Voß. Seit den neunziger Jahren ist er vor

Ort politisch engagiert und hat in den letzten Jahren den Weg hin zur Partei „Die Linke“ gefunden.



Norbert Voß

„Christ und Sozialist zu sein, ist für mich die logische Konsequenz auch aus meinem Bibelstudium und dem Studium der Schriften von Karl Marx. Deswegen war es für mich auch selbstverständlich, dem Bund religiöser Sozialistinnen und Sozialisten beizutreten“, erklärt er. Auch die Biographie des roten Pfarrers Georg Fritze hat ihn stark beeindruckt, da sie ihm neue Wege zur Kölner Geschichte geöffnet und interessante Einblicke in das evangelische Leben zur Nazizeit ermöglicht hat. „Heute sehe ich meine Heimatstadt mit anderen Augen“, merkt N. Voß an und fühlt sich in seinen Ansichten durch die Leitgedanken der Religiösen Sozialisten in Köln um Georg Fritze bestätigt.

**Anmerkung*

Das Schriftbild des Aufrufs und Kommentars von 1920 ist erhalten geblieben. Die Mühe, Bibel und Zeitung zugleich zu lesen, ist von den religiösen Sozialisten immer übernommen worden. Rudolf Todt (1839-1887), der zum ersten Mal das Prinzip des Dialogs Christentum–Sozialismus propagierte, hatte geschrieben: „Wer die soziale Frage verstehen und zu ihrer Lösung beitragen will, muss in der Rechten die Nationalökonomie, in der Linken die wissenschaftliche Literatur der Sozialisten und vor sich aufgeschlagen das Neue Testament haben. Fehlt einer dieser drei Faktoren, so fällt die Lösung schief aus.“ (zitiert bei Günter Brakelmann: Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts, Materialreihe der Ev. Sozialseminare Westfalen, Hg. Sibylle Banke, I/II, Witten 1964)

PHOENIX – Förderung der Eigeninitiative von Migranten und Migrantinnen

Von Viktor Ostrowski

Ausgangssituation: Einwanderer aus den Ländern der ehemaligen UdSSR bilden – mit mehr als drei Millionen – statistisch gesehen von den Migrantengruppen eine der größten und die jüngste in der Bundesrepublik. Die meisten von ihnen kamen nach dem Zerfall der Sowjetunion in den 90er-Jahren in der ersten Generation nach Deutschland – entweder als Aussiedler oder jüdische Kontingentflüchtlinge. Vom ersten Tag an wurden sie mit allen Rechten und Pflichten in der BRD konfrontiert und in das deutsche Sozialsystem integriert. Viele der Migrantinnen und Migranten leben in Ballungsgebieten mit großen sozialen Problemen und von der einheimischen Bevölkerung weitgehend isoliert. Zur Lebenslage der Zugewanderten gehören:

- Hohe Arbeitslosigkeit
- Sozipolitische Desorientierung
- Soziale Desintegration von Jugendlichen
- Rollenverunsicherung der Erziehungssträger
- Schwierige schulische und berufliche Zukunft
- Fehlende Anerkennung beruflicher Qualifikationen
- Mangel an Deutschkenntnissen

Dies führt zwangsläufig zu multiplen Integrationshemmnissen. Viele der Russischsprachigen kommen auch mit geringen Sprachkenntnissen zurecht, da sie in abgekapselten Sozialräumen leben und Kontakte zur hiesigen Gesellschaft fehlen.

Diese Tatsache und weitere Beispiele aus der Praxis zeigen, dass der Integrationspro-

zess der russischsprachigen Migrantinnen und Migranten noch in den Kinderschuhen steckt. Jahrelange Abhängigkeit von sozialen Leistungen (Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe) und die Entwicklung einer Parallelgesellschaft führen zur Perspektivlosigkeit und Resignation der Zielgruppe.

Unser Konzept

2002 wurde PHOENIX ins Leben gerufen. PHOENIX-Köln e. V. ist eine politisch und konfessionell unabhängige und gemeinnützige Selbsthilfeorganisation, die von MigrantInnen und Einheimischen gegründet wurde und deren Ziel darin besteht, den Integrationsproblemen entgegen zu wirken. PHOENIX hat ein System entwickelt, mit dem die Integrationsquote deutlich erhöht werden kann. Die Türen unseres Kultur- und Integrationszentrums sind für alle geöffnet, unabhängig von ihrer Nationalität, Religion oder politischen Orientierung. Dadurch, dass unser Zentrum für alle offen ist, suchen die Menschen unabhängig von Alter oder Geschlecht PHOENIX auf. Die Hilfe, die wir ihnen anbieten, ist kostenlos und basiert auf dem Prinzip „Fördern und Fordern“. Diejenigen, die bereit sind, an ihrer Integration mitzuwirken, erhalten auch unsere Unterstützung. Wir konzentrieren uns auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Zielgruppe, um jedem gerecht zu werden. Unsere professionellen Angebote sind für die verschiedenen Altersgruppen konzipiert. Das System unserer Arbeit basiert auf drei Säulen:

1. Aufklärung
2. Bildung
3. Begleitung

Ziel unserer Arbeit ist die Förderung der Eigeninitiative. Das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ aktiviert das Selbsthilfepotenzial von Migrantinnen und Migranten und unterstützt sie bei der Entwicklung eigener Kompetenzen.

Die Idee von PHOENIX ist, das brach liegende Potenzial der Russischsprachigen zur Entfaltung zu bringen und durch diesen Prozess eine nachhaltige und erfolgreiche Integration der Gruppe zu ermöglichen.

Eigeninitiative ist jedoch nur dann möglich, wenn die Betroffenen bereit sind, sich zu engagieren. Dadurch, dass die Russischsprachigen keine Demokratieerfahrungen haben, wissen sie nicht, wie sie für ihre Belange und Rechte eintreten können, da sie aus ihren Heimatländern gewöhnt sind, dass ihnen vom Staat Befehle gegeben werden. Das beste Integrationskonzept lässt sich nicht realisieren, wenn die Betroffenen keine Eigeninitiative ergreifen.

PHOENIX ist es gelungen, russischsprachigen Migrantinnen und Migranten eine Perspektive zu geben und durch Qualifizierung im Bereich der politischen Bildung u. a. zu folgenden Ergebnissen zu kommen:

- Unter den Russischsprachigen gibt es viele Lehrer, Erzieher und Künstler, deren Diplome in Deutschland nicht anerkannt sind. Diese Menschen hat PHOENIX unterstützt und ihnen dabei geholfen, Räume zu finden und qualifizierte Anträge für Mikroprojekte – zum Beispiel „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) oder „Sozialräumliche Mittel“ – zu stellen.
- In unseren Zentren finden regelmäßig Kurse für Kinder und Jugendliche statt, die von den arbeitslosen Pädagogen, Lehrern und Künstlern geleitet werden.

Folgende Angebote stehen Kindern und Jugendlichen zur Verfügung:

- Malunterricht mit 30 Kindern

- Origami (japanisches Papierfalten) mit 15 Kindern
- Tanzgruppe mit 20 Kindern
- Theatergruppe mit 25 Kindern
- Jugendtheater mit 10 Jugendlichen
- Jugendcafé für sozial benachteiligte Jugendliche aus Köln-Ostheim
- Videowerkstatt mit 10 Kindern
- Fotoclub mit 10 Kindern
- Schachunterricht mit 10 Kindern und Jugendlichen
- Nachhilfe in Mathematik, Deutsch und Englisch mit 10 Kindern und Jugendlichen

- Darüber hinaus finden regelmäßig verschiedene Veranstaltungen wie zum Beispiel Konzerte, Theateraufführungen, Ausstellungen und Feste zu bestimmten Anlässen statt.
- Zurzeit läuft ein Projekt mit 20 russischsprachigen Lehrern und Lehrerinnen, die ein Jahr lang für den Unterricht in deutschen Schulen qualifiziert werden und in Kölner Schulen als Integrationsmittler eingesetzt werden, um Kinder im Ganztagsbereich zu fördern und Elternarbeit zu organisieren.

Berufliche Integration

Arbeitslosigkeit ist eines der größten Probleme der russischsprachigen Migrantinnen und Migranten. Ursache dafür sind u. a. Mangel an Sprachkenntnissen, keine Anerkennung von beruflichen Abschlüssen, Unkenntnis in Bezug auf den deutschen Arbeitsmarkt, das Fehlen von Zukunftspläne sowie Desorientierung in Bezug auf die eigenen beruflichen Möglichkeiten. Gegenwärtig fehlen den russischsprachigen Migrantinnen und Migranten die Verhaltensweisen, um sich auf dem Arbeitsmarkt zu präsentieren, ihre spezifischen Potenziale sichtbar zu machen und mit der Nachfrage in Einklang zu bringen.

Sie brauchen das notwendige Know-how, um sich erfolgreich in das demokratische Gemeinwesen und den Arbeitsmarkt einbringen zu können.

Die Job-Börse PHOENIX ist eine von der ARGE Köln beauftragte Jobvermittlung für osteuropäische Arbeitssuchende. Durch eine gezielte Beratung und Betreuung suchen wir zusammen mit unseren Kunden nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz und kooperieren mit verschiedenen Bildungsträgern und Übungswerkstätten in Köln. Ziel der Arbeit der Job-Börse ist, motivierten Arbeitssuchenden eine neue Chance auf dem Arbeitsmarkt zu bieten.

Elternarbeit

Über ein Elternseminar der AEF – spanische Weiterbildungsakademie e. V. – entstanden die ersten Anregungen und Aktivitäten in der Elternarbeit mit Russischsprachigen. Die langjährigen Erfahrungen der Spanier waren ein Anstoß für PHOENIX, sich näher mit der Thematik auseinander zu setzen, und so entstand eine erste Idee, ebenfalls ein Elternnetzwerk zu gründen. Am 9. März 2007 haben wir diese Idee realisiert und ein Elternnetzwerk ins Leben gerufen, und am 16. Juni 2007 haben wir eine Elternkonferenz unter dem Motto „Gemeinsam für die Zukunft unserer Kinder“ organisiert. Seitdem ist PHOENIX aktiv in der Elternarbeit vor Ort. In verschiedenen Stadtteilen Kölns finden regelmäßige Elternabende und -seminare statt, die auf großes Interesse bei den Russischsprachigen stossen und gut besucht sind. Es werden aktuelle erziehungsrelevante Themen und bildungsspezifische Fragen behandelt.

In Kooperation mit der AEF und der Otto Benecke Stiftung e. V. planen wir ein Bundesprojekt, das sich primär auf die Ausbildung russischsprachiger Eltern zu Multiplikatoren konzentriert, die dazu befähigt

und unterstützt werden sollen, die Bildungs- und Arbeitsmarktintegration sowie das demokratische Verhalten ihrer Kinder aktiv zu fördern. Das Beispiel spanischer Migrantinnen und Migranten zeigt, wie eine Migrantengruppe durch Selbstorganisation und Elternbildungsarbeit ihr eigentliches Ziel, den Schulerfolg und die berufliche Integration ihrer Kinder, erreichen konnte. An dieses Know-how knüpft das Projekt an. Die langjährigen Erfahrungen aus der Arbeit spanischer Elternvereine werden auf neu zu gründende Gruppen oder Vereine russischsprachiger Eltern übertragen und auch für deren Kinder nutzbar gemacht.

Seniorenarbeit

Russischsprachige Senioren und Seniorinnen sind die einzige Gruppe von Migranten, die auch noch im hohen Alter nach Deutschland einreisen dürfen und in der Regel für den Rest ihres Lebens in der Bundesrepublik bleiben. Die Migration im hohen Alter stellt eine große Herausforderung dar. Häufig fällt es den älteren Menschen schwer, die Sprache zu lernen und sich in der Gesellschaft zu orientieren. Dies führt zu Isolation und fehlendem Anschluss an die Aufnahmegesellschaft.

PHOENIX hat in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Senioreneinrichtungen in Köln regelmäßige Angebote – wie Deutschkurse, Beratung, Ausflüge, Museumsbesuche, Film- und Musikabende, Erzählcafé, Nachbarschaftstreffen, Sportangebote und Gedächtnistraining für Seniorinnen und Senioren – aufgebaut.

Außerdem haben wir in Kooperation mit der Agentur für Wohnkonzepte, der GAG Immobilien Köln AG und der Diakonie Köln eine ambulant betreute Pflegewohngruppe („Nascha Kwartihra“) für russischsprachige Demenzkranke gegründet. Das

Pflegekonzept orientiert sich an den individuellen Bedürfnissen der Migranten und Migrantinnen, und das Personal sorgt für eine umfassende Betreuung der Bewohner und Bewohnerinnen.

Resümee

Das Konzept von PHOENIX, durch Hilfe zur Selbsthilfe das Eigenengagement der Russischsprachigen zu fördern, bietet vielfältige Integrationschancen für eine große Gruppe von sozial benachteiligten Menschen mit Migrationshintergrund. Aufklärung und Maßnahmen der politischen Bildung für und mit russischsprachigen Einwanderern stärken den Prozess der Selbstorganisation, deren Ziel die aktive gesellschaftspolitische Partizipation ist.

Viktor Ostrowski,
geb. 6.04.1970 in
Leningrad. Kam
1991 nach Deutsch-
land aus St.Peters-
burg. Ausbildung
als Werbekaufmann.
Initiator, Mitbe-
gründer des Kultur-
und Integrations-
zentrums PHOENIX-
Köln e.V., Funktio-
nen: Geschäfts-
führung, Projektent-
wicklung und Manage-
ment, Lobby- und Vernetzungsarbeit, PR- und
Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Betreuung.
Mitglied des Integrationsrates der Stadt Köln.
Mitglied der Synagogen-Gemeinde Köln.



Viktor Ostrowski

Bildungsgerechtigkeit nach dem Gottes- und Menschenbild des Islam

Von Birsen Ürek

Nach Bildungsgerechtigkeit unter den Geschlechtern im islamischen Kontext zu fragen, ist sicher angesichts der Bildungssituation von insbesondere muslimischen Frauen und Mädchen – nicht nur in wirtschaftlich benachteiligten Ländern – durchaus berechtigt.

In der allgemeinen aktuellen Diskussion um den Islam und die Muslime ist es für manche geradezu undenkbar, dass es überhaupt eine Beziehung zwischen den Begriffen Islam und Bildung geben kann.

Das Gottes- und Menschenbild im Islam

Die Existenz des Menschen wird im Islam sowohl in der Beziehung zu Gott als

auch in der zu anderen Menschen und der gesamten Schöpfung definiert. Der Mensch hat als vorrangige Aufgabe, Allah als seinen Schöpfer anzuerkennen und ihm gegenüber Hingabe zu zeigen. Die Beziehung zu den Menschen besteht darin, die eigenen und die Rechte der anderen zu respektieren und zu schützen und verantwortlich mit der ganzen Schöpfung umzugehen.

Jede Frau wie jeder Mann hat in ihrer und seiner Stellung vor Allah in erster Linie die Eigenschaft, Mensch zu sein.

Dies ist darin begründet, dass Mann und Frau aus islamischer Sicht als aus einem gemeinsamen Wesen erschaffen angesehen werden. Sie sind somit Teile eines Ganzen und ergänzen sich in ihren Fähigkeiten.

Der Aspekt der Gleichheit von Mann

und Frau wird auch mit der folgenden Aussage des Qur'an bekräftigt, dass muslimische Männer und muslimische Frauen eine des anderen „wali“ ist. Der Begriff „wali“ bedeutet, dass eine des anderen Vertrauter, Freund und Beschützer ist. Männer und Frauen sind in ihren Fähigkeiten, den anderen zu beraten und ihm zur Seite zu stehen, absolut gleich. Hierbei wird sowohl die geistige Fähigkeit von Mann und Frau als auch die Anerkennung ihrer Persönlichkeit als zuverlässig und vertrauenswürdig in gleicher Weise vor Augen geführt.

Die Überlegenheit vor Allah durch taqwa

Die einzige Auszeichnung vor Allah ist die durch besondere Frömmigkeit oder Hingabe, die taqwa. Darin kann sowohl eine Frau als auch ein Mann vor Gott ausgezeichnet sein. Allah verspricht jeder Seele, dass auch die kleinste Errungenschaft nicht verloren geht und dass er jeden und jede reichlich für seine und ihre Taten belohnen wird. *„Wahrlich, die muslimischen Männer und die muslimischen Frauen, die gläubigen Männer und die gläubigen Frauen, die gehorsamen Männer und die gehorsamen Frauen, die wahrhaftigen Männer und die wahrhaftigen Frauen, die standhaften Männer und die standhaften Frauen, die demütigen Männer und die demütigen Frauen, die Männer, die Almosen geben, und die Frauen, die Almosen geben, die Männer, die fasten und die Frauen, die fasten, die Männer, die ihre Keuschheit wahren, und die Frauen, die ihre Keuschheit wahren, die Männer, die Allahs häufig gedenken und die Frauen, die Allahs häufig gedenken – Allah hat ihnen Vergebung und herrlichen Lohn bereitet.“* (33/36)

Dabei ist es wichtig, hervorzuheben, dass das islamische Konzept von Gottesdienst weitaus mehr beinhaltet, als es der deutsche Begriff wiedergibt. Zum Gottesdienst

zählt auch jede positive Handlung, die mit der Absicht, Allahs Wohlgefallen zu erlangen, vollzogen wird. Neben altruistischen Taten gehört auch das Nachdenken über die Schöpfung zum Gottesdienst. Im Qur'an wird der Mensch unaufhörlich dazu aufgefordert, über die Schöpfung Allahs nachzudenken. Der erste Vers der Offenbarung macht deutlich, wer die Quelle der Schöpfung und des Wissens ist:

„Lies im Namen deines Herrn, der erschuf. Er erschuf den Menschen aus einem Blutklumpen. Lies, denn dein Herr ist gütig, der mit dem Schreibrohr lehrt, lehrt den Menschen, was er nicht wusste.“ (96:1-5)

Auch der Prophet Muhammad fordert insbesondere in zwei sehr bekannt gewordenen Hadithen die Muslime auf, sich Wissen anzueignen und unterstreicht, dass der Erwerb von Wissen eine Pflicht für jeden Muslim sei, ganz gleich ob Mann oder Frau.

Das Gebot, Wissen zu erwerben, wurde von Anfang an sowohl von Frauen als auch von Männern befolgt. Der Prophet legte großen Wert darauf, dass die Muslime Lesen und Schreiben lernten. Er förderte dies u.a. dadurch, dass Gefangene, die Muslime unterrichteten, schneller frei gelassen wurden. Über Aischa sagte er, man könne die Hälfte der Religion bei ihr lernen.

Aischa ist für die Überlieferung der Taten und Aussprüche die wichtigste Gewährsperson, und auf sie gehen die meisten sicher überlieferten Hadithe zurück. Unter den Frauen des Propheten sticht auch eine Frau wie Umm Salama hervor, deren Rat der Prophet beim Vertrag von Hudaibiyah dem von männlichen Gefährten vorzog. Da es sich um eine sehr wichtige politische Entscheidung handelte, ist das Verhalten des Propheten in so einer Situation eine nicht nur für damals wegweisende Entscheidung. Damit aber folgte der Prophet der Aussage des Qur'an, dass mus-

limische Männer und Frauen eine des anderen „wali“ ist.

Dem Beispiel von Aischa folgend, beschäftigten sich auch in den folgenden Generationen unzählige Frauen mit der Wissenschaft der Hadithe. Es ist zu bemerken, dass zu keinem Zeitpunkt die Glaubwürdigkeit einer Überlieferung durch eine Frau in Frage gestellt und niemals einer Frau eine Hadith-Fälschung nachgesagt wurde. Frauen unterrichteten in den Madrasan und Moscheen neben Hadithwissenschaften auch noch islamisches Recht und fungierten sogar als Muftis, die so genannte Fatwas, religiöse Rechtsgutachten, erstellten. Die Anerkennung und Anwendung dieser Rechtsgutachten wurde von keinem männlichen Kollegen in Frage gestellt. Neben Rechtsgutachten gehörte auch die Erteilung von Lehrbefähigungs-Zeugnissen, die ijazah, an Studenten, womit diese ihrerseits lehren konnten.

Muhammad Akram Nadwi veröffentlichte ein 40-bändiges Werk, indem er 8.000 gelehrte muslimische Frauen aufzählt, die sich insbesondere in den Hadith- und Rechtswissenschaften einen Namen gemacht haben.

Bildungsgerechtigkeit heute

Die Antwort auf die eingangs gestellte Frage lässt sich somit nicht religiös begründen. Jedoch gibt es durchaus historische Gründe, die insbesondere darin liegen, dass Frauen mehr und mehr aus dem öffentlichen Leben gedrängt wurden und schließlich auch von der Bildung und damit einhergehend von jeglicher gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen wurden. Dies ist ungefähr ab dem 16. Jahrhundert so geschehen. Mit dem Rückzug aus dem öffentlichen Raum war der intellektuelle Austausch für Frauen nicht mehr möglich und die Ausübung öffentlicher oder reli-

giöser Ämter noch weniger. Dies führte dazu, dass die geistigen Fähigkeiten von Frauen mangels Bildung zunehmend als minderwertig angesehen wurden und sie nicht mehr als Beraterinnen und Vertraute zu Rate gezogen wurden.

Jedoch gab es in den letzten 100 bis 150 Jahren verstärkt Bemühungen, die Bildungsbenachteiligung und andere Arten der Diskriminierung gegenüber Frauen zu beheben. Hierbei sind sowohl westlich orientierte als auch an den islamischen Wurzeln anknüpfende Ansätze zu beobachten.

Die Sensibilisierung von Eltern und die Stärkung von Frauen und Mädchen in Bezug auf die gleichberechtigte Teilhabe an Bildung ist eine sehr wichtige Aufgabe, die bereits zu einem sichtbaren Umdenken in vielen Familien geführt hat.

Dies kann ich aus eigener persönlicher und beruflicher Erfahrung sagen.

*Birsen Ürek, M.A.,
geboren 1971 in der
Türkei, seit 1980 in
Köln. Studium der
Germanistik, Ge-
schichte und Roma-
nistik an der
Universität zu Köln.
Projektleiterin im
Begegnungs- und
Fortbildungszentrum
muslimischer Frauen
(BFmF) e.V. in Köln.*



Birsen Ürek

Das Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. (BFmF) hat über 250 Fördermitglieder und wird von Migrantinnen aus ca. 20 verschiedenen Herkunftsländern und deutschen Frauen besucht.

Wir sind ...

- ein gemeinnütziger, eingetragener Verein – Gründung 1996
- eine multikulturelle Bildungs- und Begegnungsstätte für Frauen
- ein von der Stadt Köln anerkanntes interkulturelles Zentrum
- Trägerinnen des Muslimischen Frauenbildungswerks Köln, entspr. § 23 WbG-NRW
- Trägerinnen des Muslimischen Familienbildungswerk Köln, entspr. § 15 WbG-NRW
- Trägerinnen der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG
- Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband
- vernetzt mit Regeldiensten und anderen Bildungs- und Beratungsdiensten

Wir sind ...

- für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

- gegen jegliche Diskriminierung, Rassismus und Gewalt
- für die Gleichberechtigung von Mann und Frau
- für ein Miteinander der verschiedenen Völker und Religionen
- für das Selbstbestimmungsrecht aller Menschen

Wir sind ausgezeichnet worden ...

- 1999 mit dem Karl-Kübel Preis
- 2002 von Bundespräsident Johannes Rau für „Vorbildliches Engagement bei der Integration von Zuwanderern“
- 2004 vom „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ für Engagement und Zivilcourage von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
Marieluise Beck

Humanistische Elemente im Islam und Buddhismus*

Meiner Tochter Esther

Von Heinz Röhr (1931–2005)

1) Zur Typologie der drei Weltreligionen

Als Religionswissenschaftler bekenne ich mich zu einem „methodischen Atheismus“, wenn ich auch als „Abendländer“ nicht leugnen kann, dass ich von der biblisch-christlichen Tradition her denke. Insofern kann ich nicht umhin, bei der Reflexion über Sinn- und Lebensmitte von Buddhismus und Islam immer das Christliche mit einzubeziehen.

Eine Typologie der Religionen hat die Aufgabe, „beides, das Gemeinsame und das Eigentümliche der Glaubensweisen ... auszumitteln“ (F. Schleiermacher, „Reden

über die Religion“, 1799). Typologie ist nicht Darstellung dessen, „was häufig wiederkehrt“, sondern gerade die Herausarbeitung des trotz aller scheinbaren oder echten Parallelen und Analogien für jede Religion Typischen. (Vgl. H. Röhr, Buddhismus und Christentum – Untersuchung zur Typologie zweier Weltreligionen, in: ders., Der Ruf der Religionen, 1996, S. 41 ff.)

Als Beispiel sei hier die Typologie der „drei heiligen Nächte“ der großen Religionen erwähnt: Die heilige Nacht des Buddhismus ist die Nacht der Erleuchtung des Buddha unter dem Bodhi-Baum: „Und Erkenntnis ging mir auf, und Schauen ging mir auf: unverlierbare Erlösung des Geistes ist mein, nichts ist die letzte Geburt; nicht gibt es Wiedergeburt.“ Das Zentrale des

Stiftungsaktes ist nicht der Stifter, sondern die Erkenntnis der Lehre von den vier edlen Wahrheiten und vom achtgliedrigen Pfad, der zur Erlösung führt.

In der heiligen „Nacht der Macht“ (lailat al-qadr), am 27. Ramadan, empfängt Muhammad seine erste Offenbarung. Er ist nur der Empfänger der Sendung. Gesandt ist das heilige Buch, der Koran. (In der Islamwissenschaft hat man sich daher angewöhnt, analog zur christlichen „Inkarnation“ von „Inlibration“ zu sprechen.)

Die heilige Nacht der Christen empfängt ihre Weihen nicht durch eine Lehre und nicht durch ein Buch, sondern durch den Gesandten selbst: Weihnacht ist, weil Er, der Heilsbringer, der Stifter in die Welt herein tritt. D. h.: an der Stelle der Lehre (Buddhismus) und des Korans (Islam) steht im Christentum der Meister selbst! „Was die Lehre (dharma) für den Buddhismus und der Koran für den Islam sind, das ist Christi Person für das Christentum“ (N. Söderblom, vgl. R. Röhr, *Der Ruf der Religionen*, S. 44). Dieser Satz begründet keinen unendlich qualitativen Unterschied zwischen den Weltreligionen (wie in der christlichen Dogmatik), sondern er ist nur eine religionsgeschichtliche „Analogie“. (Zum Begriffspaar „homolog“ und „analog“ vgl. H. Röhr, *Der Ruf der Religionen*, S. 32.)

2) Die Meistergestalten

Mein verehrter Lehrer F. Heiler hat in seiner Habil.-Schrift „Die buddhistische Versenkung“ (2. Aufl. 1922) Buddha, den „Meister der Versenkung“, und Jesus, den „Meister des Gebets“, einander gegenübergestellt. Dahinter steht Heilers berühmte Unterscheidung zwischen mystischer Erlösungsreligion und prophetischer Offenbarungsreligion, wie er sie in seinem klassischen Werk „Das Gebet“ (1918, 5. Aufl. 1923, Neudruck 1969) erstmals dargestellt

hat. Was Mystik ist, erkennt man daran, wie Buddha durch die Stufen der Versenkung in den Zustand des diesseitigen Nirvana gelangt. Seine Sinne und Gedanken verschließen sich mehr und mehr vor der Welt. Von diesem Zustand des Verschließens (griech. myein) hat die Mystik ihren Namen.

Auf der anderen Seite steht die prophetische Offenbarungsreligion, die Religion des Gebets. Gebet ist Aktion und kein Zustand, Entfaltung der persönlichen (Willens-)Kräfte und kein ‚Entwerden‘, kein Versinken in die innere Unendlichkeit, sondern ein Ringen zwischen einem Ich und einem personal vorgestellten Gegenüber. Der Ur-Typus dieses Ringens mit der Gottheit ist der Ringkampf des Erzvaters Jakob am Fluß Jabbok. Jesu Ringen in Gethsemane ist (nach Heiler) der Gipfel der Gebetsreligion überhaupt. Von der Psychologie dieses zentralen Aktes erhalten dann alle anderen Elemente der jeweiligen Religion ihren eigentlichen Sinngehalt: die Gottesvorstellung, das Menschenbild, die Ethik, das Verhältnis zur Diesseitigkeit. (Was Heiler über Jesus sagt, gilt in ähnlicher Weise auch für Muhammad, wenngleich andere Forscher im Islam Spuren dieses Ringens mit der Gottheit vermissen, z. B. G. van der Leeuw.)

Über Muhammad (und Jesus) sagt der französische Religionssoziologe M. Rodinson: „Er verband in einem einzigen Wesen Jesus und Karl den Großen“ (Mohammed, dt. Ausg. 1975, S. 279). D. h.: Muhammad war nicht nur ein religiöses Genie, sondern auch Begründer der muslimischen „Urgemeinde“ (umma), aus der (ohne dass Muhammad das geplant hatte) ein Imperium und eine Weltzivilisation erwachsen, die sich vom Atlantik bis nach China erstrecken sollten.

In der Literatur findet sich öfter das Dürrenmatt-Zitat: „Mit Jesus hat Muhammad freilich nichts Gemeinsames ... Wohl lässt sich aber Muhammad mit Paulus und mit Karl Marx vergleichen.“ (Werkausgabe Bd. 29, S. 54 f., zit bei H. Küng, in: H. Küng / J. van Ess, Christentum und Weltreligionen. Islam, 5. Aufl. 2001, S.141. Über Muhammad und Marx siehe unten.) (Vgl. Kurt Marti, Abendland (1980) S. 96: „preise mohammed und marx / in gesprächen der-einst an fröhlicher tafel.“)

3) Die Zentralsymbole

Wesentliches über die drei Weltreligionen lässt sich auch durch den Vergleich der Zentralsymbole aussagen. P. Tillich hat eine der bedeutendsten Gegenüberstellungen der beiden Symbole Nirvana und Reich Gottes vorgelegt (Das Christentum und die Begegnung der Weltreligionen, 1964 = Ges. Werke V, S. 51 ff; 82). Beide Symbole zielen im Kontrast zur „Unheilssituation“ (Menschung) des Menschen auf einen Zustand des „Heils-Jenseits“ des Bestehenden. Aber das „Reich Gottes“ ist ein soziales, politisches und personalistisches Symbol, „Nirvana“ dagegen ein ontologisches Symbol, das aus der Erfahrung von Leiden, Sinnlosigkeit und Vergänglichkeit der Welt gewonnen wurde. Umso bestechender ist darum die Umdeutung, die das Nirvana in gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Richtung erfährt (s. unten).

Auf der Suche nach einem (transzendenten) Zentralsymbol, analog zum Reich Gottes im Christentum und zum Nirvana im Buddhismus, bietet sich im Islam ein völlig diesseitiges Symbol, das der „Bruderschaft“, an. Damit aber rühren wir zugleich an das Mysterium, an das Problem der „Doppelgesichtigkeit“ (H. R.) dieser Religion, die von G. van der Leeuw („Phänomenologie der Religion“, 3. Aufl. 1970,

S. 733 f) als die „eigentliche Religion Gottes“ beschrieben wurde: Der Islam ist die soziale Religion schlechthin. Daher erklärt sich die Affinität des Islam zu sozialistischen Theorien und Staatsformen – dies, obwohl sich die 22 islamischen Staaten teils in royalistische, teils in „republikanische“ Staatsgebilde gliedern (s. unten). Die soziale Dimension des Islam liegt aber tiefer!

Es ist allgemeine wissenschaftliche Überzeugung, dass Koran, Sunna (normative „Lebensweise“ des Propheten) und Scharia (offenbartes Gesetz) konstitutiv für den Islam sind. (Die Unterscheidung von „orthodoxem“ Islam und Sufismus [= islamische Mystik] kann hier außer Betracht bleiben, wengleich der Dialog mit dem Sufismus allein wesentlich leichter wäre.) Wichtig ist, dass im Zusammenhang der „Revitalisierung“ (auch „Revivalismus“, „Renaissance“, „Re-Politisierung“) des Islam eine Neubesinnung in Bezug auf die zentralen Vorstellungen von schura (Beratung, eine Art Urparlamentarismus), umma (Gemeinde, Staat, islamische Nation), gihad (Heiliger Krieg) und schahid (Märtyrertum) eingesetzt hat. (Vgl. B. Tibi, Der Islam und das Problem der kulturellen Bewältigung sozialen Wandels“, Suhrkamp TB [stw 531] 1985, 3. Aufl. 1991 mit umfassender Literatur!)

Neben dem Lebenswerk von Annemarie Schimmel (1922–2003) (islamische Mystik) verdanke ich dem Göttinger Sozialwissenschaftler B. Tibi, geb. 1944 in Damaskus, der sich selbst als „islamischen Säkularisten“ bezeichnet, wichtige Einsichten. Als gelernter Politologe (Schüler von W. Abendroth) bin ich gewohnt, bei der Analyse der Religionssysteme auch sozio-ökonomische Aspekte bei meinen Forschungen einzubeziehen. Zur speziellen Thematik „Humanismus im Islam“ habe ich neben M. Rodinson die Werke zweier (bezeichnender-

weise ebenfalls) französischer Forscher berücksichtigt: 1) E. Dermenghem, Mohamed, Romono 47, (1960) 1980, darin das Kapitel „Humanismus und offene Religion“, sowie 2) M. A. Boisard, Der Humanismus des Islam, 1982.

4) Die „Urgemeinden“ (Urislam und Urchristentum)

Religionswissenschaft und Religionssoziologie erwarten mit Recht von einem interreligiösen Vergleich der „Urgemeinden“ der drei Weltreligionen entscheidende Ergebnisse für die Frage: „Ist der Islam friedensfähig?“ Erfolg versprechend ist die Diskussion der humanistischen Wurzeln des Islam aber nur, wenn wir die weitere Frage mit bedenken: „Sind wir, ist der Westen dialogfähig?“

Die christliche Jüngergemeinde (Urgemeinde) ist oft als „Modell einer herrschaftsfreien Sozialstruktur“ (H.-W. Bartsch) beschrieben worden. Dasselbe gilt für die islamische Umma (in Medina ab 622). Beim Vergleich der Urgemeinden fällt der Buddhismus heraus: Buddha stiftete eine Mönchsgemeinde. Christentum und Islam sind von der Urzelle her laizistisch!

Muhammads Berufungserlebnis unterscheidet sich nur in der Intensität von dem der alttestamentlichen Propheten. (Phänomenologisch ist es dasselbe.) „Er gelangte nicht bloß in den Besitz eines glühenden Glaubens an einen einzigen Gott; dieser Glaube besaß ihn. Er empfand, dass er Allah erlebt hatte, ein lebendiges, allmächtiges und unwiderstehliches Wesen ...“ (van

der Leeuw, a.a.O., S. 733). Aber „Gott-Bessene“ waren sie mehr oder weniger alle: Elia, Jesaja, Jeremia – und Jesus! Das entscheidende am Islam ist aber, dass der Gott des Gerichts und des Zornes, den Muhammad predigt, zugleich der „Allbarmherzige“ ist. Für den Gottesgedanken zentral ist die Idee der Einheit. Das Christentum ist die Religion der Einheit in Gott, im Islam wird die Einheit selbst Gott. „Schirk“, d. h. die Zugesellung irgendeines Wesens zu Allah (etwa eines „Sohnes“) ist daher für den Muslim der größte Gräuel! Durch „Islam“ (Hingabe an Allah) findet der Muslim den Weg aus der individuellen Unheilssituation.

Von soziologischem Belang ist die Tatsache, dass Muhammad ohne natürliche Autorität oder Legitimation durch die Stammeshierarchie auftrat. Er zählte nicht zu den „Großen“ innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung. „Macht er die Götter zu einem Gott? Wahrlich, das ist eine wunderliche Sache. Und die Großen unter ihnen sind weggegangen, indem sie sagten: Gehet und haltet fest an euren Göttern“ (Sure 38,4 f). Muhammad schuf keine „Kirche“ oder „Sekte“, sondern einen „theokratischen

Staat“ (Mensching); die urislamische Gemeinschaft war ein „religiös-sozialer Komplex“ (van der Leeuw).

Muhammads prophetischer Protest richtet sich gegen die Vielgötterei der alten arabischen Stammesreligion, den ererbten Glauben und das überlieferte Brauchtum sowie gegen die veräußerlichten Formen der Gottes-Anbetung. „Stehe auf und



Koran-Abschrift des
Mohammed ibn al Wahid 1304

warne!“, so lautet sein Auftrag (Sure 74,2). Dabei versteht sich Muhammad nicht als Stifter einer neuen Religion, allenfalls als Erneuerer der Religion Abrahams. „Ich bin kein Neuerer unter den Gesandten ... Ich folge nur dem, was mir offenbart wurde, und ich bin schlicht ein öffentlicher Prediger“ (oder „offenkundiger Warner“) (Sure 46;8). An die Stelle von Blutadel, Stamme-stradition und -ethik tritt bei Muhammad die neue islamische Gemeinde (umma) mit einer die alten Stammesbindungen sprengenden universalen Ethik. Diese Tat war „revolutionär“ (G. Mensching, *Soziologie der großen Religionen*, 1966, S. 296): „Die Gläubigen sind Brüder“ (Sure 49,10). (Zur Umwelt, der Psychologie des Propheten und zum „Urakt“ der Gemeindegründung vgl. die vorzügliche Studie von M. Rodinson, *Mohammed*, c. 1 - 4.)

Die islamische Weltgemeinschaft umfasst eine Vielzahl von Völkern und Rassen. (Zum Problem der „Arabisierung“ des Islam vgl. B. Tibi, a.a.O., S. 30 f; 35 u. ö.) Der Islam kennt keine Priesterschaft, keine Ämterhierarchie, keine gradweise ansteigende Heiligkeit, keinen Unterschied zwischen „Bekehrten“ und „Nichtbekehrten“ wie das Christentum. Die islamische „Bruderschaft“ (und „Schwesterschaft“?) löscht alle Unterschiede aus. Das Thema „Frau im Islam“ erfordert eine eigene Untersuchung. (Vgl. B. Tibi, a.a.O., S. 51; ferner S. Balte, *Islam für Europa*, 2001, S. 32 u. ö., sowie F. Heiler, *Die Frau in den Religionen der Menschheit* (1976) und Wiebke Walther, *Die Frau im Islam*, Bildband, 1980.) Hier nur so viel: Muhammad hat sehr viel Positives für die Frauen und Mädchen getan -Verbot des Kindesmordes, der Mädchen-Beschneidung (Exzision), Beschränkung der Polygamie (nur vier Frauen), Schutz der Witwen und Waisen. NB: Mädchen-Beschneidung und Kopftuchtragen haben mit dem

Urislam (Koran) nichts zu tun! (Vgl. Ursula Spuler-Stegemann, *Mädchen-Beschneidung*, in: G. M. Klinkhammer/St. Rink/T. Frick (Hg.), *Kritik an Religionen*, 1997, 207 ff.) Die Gleichheit der Glaubensgenossen vor G o t t ist geradezu der auszeichnende und Sympathie fordernde Unterschied zu vielen anderen Religionsgemeinschaften. „Der Islam ist eine Religion der Lebensbejahung“ (Mensching). Um das Verhältnis des Islam zur Diesseitigkeit zu belegen, sei auf das praktische Weltverhalten der beiden anderen großen Religionen hingewiesen. Das Christentum und der Buddhismus mussten ihr zunächst gegensätzliches Verhältnis („Mein Reich ist nicht von dieser Welt!“) zur „Welt“, d. h. zur staatlichen Macht, „ordnen“. Durch große Herrscher gestalten (Ashoka für den Buddhismus, Konstantin für das Christentum) wurde dann die Ausbreitung gefördert und gesichert (B. Spuler). Der Islam hatte eine solche Unterstützung und Sicherung nicht nötig; im Gegenteil, er brachte überall Sicherheit und ökonomischen Fortschritt, und er hat sich auf fast allen Gebieten im Prinzip humanisierend ausgewirkt. Hier ist der Hintergrund für Muhammads Wirken zu bedenken; die in Wohlstand lebende Handelsgemeinschaft, die alle Schattenseiten des Wohlstands aufwies – Sklaverei, enge Klassenschranken und soziale Ungerechtigkeit.

5) Islamischer Humanismus/Sozialismus

Wir haben die Umma bereits als Quellort islamischer Humanität beschrieben. „Der Kern des Islam“ (B. Tibi, S. 51) ist die soziale Gerechtigkeit. Die Verpflichtung, für Recht und Wahrheit in der sozialen und politischen Gesellschaftsordnung zu kämpfen, heißt in der islamischen Terminologie Heiliger Krieg (dschihad; wiss. gihad), eigentlich „Anstrengung, Bemühung“. Be-

sonders im 19. und 20. Jahrhundert gab es im Islam Neuerer, die diesen Gedanken betonten (s. A. Meier, *Der politische Auftrag des Islam*, 1994, bes. c. 3). So schrieb der indonesische Staatspräsident Sukarno, „in gleicher Weise Jünger Mohammeds wie Schüler des französischen Sozialisten Jean Jaures“, im Jahre 1951: „Ich hänge am Sozialismus, weil ich am Islam hänge. Ich bin dem Sozialismus ergeben und kämpfe für ihn wie für eine Pflicht gegenüber Gott“ (P. Gerlitz, *Die Religionen und die neue Moral*, 1971, S. 58).

Das sind keine neuen Gedanken: Der Gerechtigkeitssinn und die ganze islamische Sozialethik sind vielmehr schon in der Institution der zakat („Armensteuer“) verankert. Nach einem Vortrag in der Frankfurter Ahmadiyya-Moschee fuhr mich ein muslimischer Taxifahrer aus Jugoslawien nach Hause. Im Gespräch sagte er mir: „Die Ahmadiyya – das ist kein Islam. Die Saudis – das ist auch kein Islam: die haben nur Öl und Gold im Sinn. Der Prophet sagt: ‚Wenn du fünf Hemden hast, gib drei weg.‘ Das ist Islam.“

Der 1938 verstorbene Dichter Muhammad Iqbal, ein Kenner Goethes, Hegels und Nietzsches und geistiger Vater des modernen Pakistan, sagt über Karl Marx in seinem „Buch der Ewigkeit“ (in Gedichtform):

„Kommunismus und Imperialismus / des Kapitals Verfasser / Abrahams Geschlecht entsprosst / Prophet ohn' Gabriel: In seinem leeren Wort ist Wahres auch / sein Herz ist gläubig, heidnisch sein Gehirn!“

(Übers. von A. Schimmel, 1957, zit. n. Udo Tworuschka [Hg.], *Religionen heute*, 1977, S. 24.)

A. Schimmel erwähnt in ihrer „Einführung“ in den Islam (Reclam 1991), dass es bei der Bemühung, den Islam mit der modernen Zivilisation zu vereinbaren,

auch Versuche gab, „den Propheten als Sozialisten, ja geradezu als Marxisten darzustellen“ (S. 126).

Ähnlich „zakat“ gehört auch der Hadschsch (wiss. hagg) zu den „Fünf Säulen“ des Islam. Udo Tworuschka, der Jenaer Religionswissenschaftler, Schüler von G. Mensching, hat in seinem schönen Buch über die Pilgerreisen („Sucher, Pilger, Himmelsstürmer“, 1991, S. 87 ff) den hagg analysiert. Tworuschka verweist auf den Gedanken der Gleichheit, der sich darin symbolisiert, dass alle (Männer!) sich in zwei, etwa zwei Meter lange, saumlose weiße Tücher hüllen, die dereinst ihre Totenkleider sein werden: So fallen die Schranken von Nation, Herkunft, Hautfarbe und sozialer Stellung dahin! Auch das gemeinschaftliche Pflichtgebet (salat) ist Ausdruck von Brüderlichkeit und Solidarität (vgl. das dialog-orientierte „Islam Lexikon“ von M. u. U. Tworuschka, 2002). Der frühe Islam kannte auch bereits einen Tierschutz (vgl. ebd., s. v. „Tier“).

6) „Euro-Islam“

Unter diesem Stichwort verbreitet sich in jüngster Zeit eine islamische Geisteshaltung in Europa, die Vorbildcharakter für den Dialog der Kulturen und Religionen haben kann.

Ich nenne zunächst den gebürtigen Bosnier Smail Balić; muslimischer Islamwissenschaftler aus Wien, den ich persönlich gekannt habe. Seine Bücher „Der Ruf vom Minarett“ (1979) und „Islam für Europa“ (2001), denen ich sehr viel verdanke, zielen im Ansatz auf eine „innerislamische Reform“ (H. Küng, a.a.O., S. 91). Wenn uns allerdings Balić vorhält, dass das Wort „Schwert“ im Koran überhaupt nicht vorkommt, während Jesus gepredigt habe: „Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert“ (Mt 10,34, wahrscheinlich unecht – gegen Lk 12,52: „Ent-

scheidung, Entzweiung“), so ist solche „Aufrechnung“ in die vor-dialogische Phase der Auseinandersetzung zwischen Christentum und Islam zu verweisen. Freilich: im Wort „Islam“ steckt die semitische Wurzel s-l-m ebenso wie in Salam („Frieden“, hebr. Schalom). Das ist zweifellos ein Pluspunkt.

Balić weist auch auf Scheich Ali-Efendi Zembilli (gest. 1525) hin: Dieser hat 1492, als die Muslime aus Spanien vertrieben wurden und im Osmanenreich Vergeltungsrufe laut wurden, durch sein Votum (fatwa) jegliche Übergriffe gegen die Christen im Staate verhindert (Islam für Europa, S. 153).

Mag sein, dass sich sowohl Toleranz („Es ist kein Zwang in der Religion“, Sure 2, 257) als auch Gewalt koranisch rechtfertigen lassen (vor allem im Verteidigungsfalle!). Es hat aber keinen Sinn, einzelne Zitate aus den heiligen Schriften gegeneinander ins Feld zu führen und z. B. Tötungsgebote und -verbote im Koran miteinander zu verrechnen. Es hat keinen Sinn, immer nur die „negativen“ Elemente aus der je anderen Religion hervorzukehren. Wir brauchen eine historisch-kritische Koran- und Bibelexegese!

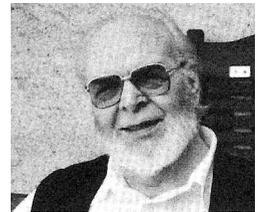
Ich verweise ferner auf den Großmufti von Marseille, Soheib Bensheikh, islamischer Theologe (Al-Azhar-Universität in Kairo) und promovierter Philosoph (an der Sorbonne in Paris), der fordert, der Islam müsse zu seiner „alten philosophischen Größe, seinem Humanismus zurückfinden. ... Der Koran ist ein von Menschen geschaffenes Werk und muss deshalb in jeder Epoche neu interpretiert werden. ... Auch der Islam hat zur Entwicklung von Humanismus und Vernunft beigetragen. Das fortschrittlichere Europa hat davon profitiert...“ („Islam ohne Schleier“, in: Junge Kirche 6/2002, S. 41 ff).

Ich erwähne in diesem Zusammenhang das Kapitel „Das Vermächtnis von islamischer Rationalität und Vernunft“ bei G. Stauth („Islamische Kultur und moderne Gesellschaft“, 2000, S. 117 ff) unter Hinweis auf muslimische Denker wie M. Iqbal (1877-1938), F. Rahman (1919-1986) und A. Shariati (1933-1977). (Vorsicht! Schwieriges Soziologen-Deutsch, das gilt auch teilweise für B. Tibi!) Nach Stauth hat gerade die islamische Mystik (Sufismus) dem vernunftbetonten Dialog vorgearbeitet. Freilich, der Islam besteht nicht nur aus Rumi und Iqbal, sondern auch aus Nasser und Khomeini (vgl. A. Meier, a.a.O., S. 228 ff, 323 ff). M. Taha (1909-1985), der sudanesischer Mystiker und Revolutionär, auch „Afrikas Gandhi“ genannt, vertrat eine „zweite Sendung des Islam“: Der Islam lässt sich mit Demokratie, Sozialismus und individueller Freiheit verbinden. Er wurde von Numeiri hingerichtet (vgl. A. Meier, a.a.O., S. 526 ff).

Was künftig nötig ist, ist eine neue Gesinnung, die sich gegenüber dem Andersgläubigen (etwa nach einem Moschee-Besuch) in den Worten ausdrückt: „Lieber Bruder / liebe Schwester, wie schön ist Deine Religion!“

**Der gesamte Artikel geht in einem kürzeren Teil auch speziell auf den Buddhismus ein. Dieser Teil soll später folgen. Zum*

Leben von Heinz Röhr vgl. den Artikel von Ulrich Peter, NW 5/2005 – CuS 1/2005, S. 172–173 sowie die Biographie von Claus Berner im Biographisch-Bibliographischen Kirchenlexikon Traugott Bautz, www.bautz.de



Heinz Röhr

In der Finanzkrise: die Rückkehr der Politik?

Von Friedhelm Hengsbach

Eines der auffälligsten Signale auf dem *Weltwirtschaftsforum 2009* in Davos war der überdurchschnittliche Auftritt der politischen Akteure. Während im Vorjahr 21 Regierungsvertreter aufgetreten waren, hatten sich die Anmeldungen in diesem Jahr verdoppelt. Der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao und der russische Ministerpräsident Putin eröffneten den Reigen, Bundeskanzlerin Angela Merkel unterbreitete am vorletzten Tag den Vorschlag, einen Weltwirtschaftsrat einzurichten. Haben die in Davos anwesenden Politiker die Sehnsucht der Wirtschaftseliten nach Führung befriedigt? Oder haben sie durch das Wechselbad ihrer meist optimistisch und konstruktiv gefärbten Beiträge die Anstrengung der Analyse über-tüncht und damit die Ratlosigkeit der ökonomischen Eliten verstärkt? Oder haben sie sich auf ein bloßes Redespektakel eingelassen – in dem Wissen, dass die wirklichen politischen Entscheidungen gleichzeitig in Washington oder in New York gefallen sind?

1. Eine beispiellose Finanzkrise

Dass die US-amerikanische Kredit- und Bankenkrise die deutsche Wirtschaft nicht verschonen würden, hatten zunächst zwar nur wenige geahnt. Aber selbst diese haben wohl kaum damit gerechnet, dass sich eine Art Tsunami über Deutschland hinweg wälzen würde. Alle waren überrascht von dem Ausmaß der Krise. Der deutsche Finanzminister zögerte zehn Tage lang, bis er eingestand, dass der schwarze September an

den Börsen tiefe Spuren hinterlassen werde, dass die Welt nicht wieder so sein werde wie vor der Krise, und dass die Deutschen sich in nächster Zeit auf niedrige Wachstumsraten und ungünstige Arbeitsmarktzahlen einstellen müssten. Vorher hatte er noch erklärt, dass ihm die Warnungen vor einer Rezession in Deutschland rätselhaft vorkämen, dass die Finanzkrise vor allem ein amerikanisches Problem sei, und dass Deutschland sich nicht an dem Rettungspaket der US-Regierung beteilige.

Nach dem Zusammenbruch der Lehmann Brothers Bank stürzten die Aktienkurse jedoch ins Bodenlose. Die Kreditvergabe zwischen den Banken trocknete aus, der Geldverkehr brach zusammen, das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit der Partner war zerstört. Die Zentralbanken fluteten Milliardenbeträge in die Geld- und Devisenmärkte. Durch das Krisenszenario der Northern Rock Bank und die Bilder aus Großbritannien gewarnt, wähte man bereits Schlangen ungeduldiger Sparer vor den Bankfilialen, die ihr Bargeld von den Konten abheben wollten. Die Kanzlerin und der Finanzminister versicherten in der Folge, dass alle Spareinlagen sicher seien.

Die Börsenmakler verfielen mit ihren Kommentaren in eine düstere Dramatik. Eine solche Krise habe es seit der Aufkündigung des Bretton Woods Währungssystems vor 35 Jahren nicht gegeben. Schon bald wurde der geschichtliche Bogen weiter gespannt bis zur Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren. Das säkulare Ereignis, das einem Vergleich standhielt, war der Börsenkrach 1929 vor 80 Jahren.

Dabei hatte es auch in den 1970er Jahren massive Schwankungen der Wechselkurse gegeben. Anfang der 80er Jahre konnten zahlreiche Schwellenländer ihre Auslandsschulden nicht mehr begleichen. 1997 riss die Asienkrise weite Bevölkerungsteile der Tigerstaaten in Armut und Elend. Als die Spekulationsblase des technikbasierten „Neuen Marktes“ geplatzt war, brachen die Wachstumsraten in allen Ländern der Welt ein – noch vor dem terroristischen Angriff auf das Welthandelszentrum im September 2001. Aber die aktuelle Finanzkrise übersteigt das Ausmaß solcher Krisen und ist beispiellos, weil ihre Wurzeln im Kern des Finanzkapitalismus, in den Vereinigten Staaten selbst, liegen. Sollte sich in ihr das Ende jenes unilateralen Augenblicks ankündigen, da die Vereinigten Staaten seit 1989 ausschließlich die globale Führungsrolle für sich beanspruchen konnten?

2. Abschied von den marktradikalen Parolen

Völlig überraschend in der aktuellen Finanzkrise war der öffentliche Widerruf jener marktradikalen, wirtschaftsliberalen Bekenntnisse, die von den wirtschaftlichen Führungskräften und politischen Eliten, von Medien und Wirtschaftswissenschaftlern 30 Jahre lang in der Öffentlichkeit verbreitet wurden. Das marktradikale Credo mit den drei Glaubenssätzen, dass man auf die Selbstheilungskräfte des Marktes, insbesondere der Finanzmärkte, vertrauen könne, dass der schlanke Staat der beste aller möglichen Staaten sei, und dass die Notenbank, wenn sie nur rigoros die Inflation bekämpfe, jede andere Form von Wirtschaftspolitik überflüssig mache, verschwand in der Versenkung. Josef Ackermann gab zu verstehen, dass er nicht mehr an die Selbstheilungskräfte der Märkte glaube. Ebenso wurde der kollektive Mi-

kroblick abgelegt, der Jahrzehnte lang die Deutungsmuster der wirtschaftlichen Krise bestimmt hatte, dass beispielsweise die Arbeitslosen, die für ihre Lage selbst verantwortlich seien, zur Aufnahme von Erwerbsarbeit motiviert und besser qualifiziert werden müssten. Dass für die Gesamtwirtschaft jene Reformen vorteilhaft seien, die den einzelnen Unternehmen Nutzen bringen, nämlich Löhne, Steuern und Abgaben zu senken. Dass die Verkrustungen auf dem Arbeitsmarkt (in der Einzahl) negativ wie positiv die Schlüsselgröße einer wirtschaftlichen Belebung seien. Und dass Länder oder Staaten miteinander konkurrieren sollten, um den Finanzinvestoren günstige Standortbedingungen zu bieten.

Umgekehrt wurden makroökonomische Lösungswege, die seit dem Beginn der 1980er Jahre tabuisiert waren, offen diskutiert. Als die realwirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise erkennbar wurden, forderte sogar der Sachverständigenrat – zusammen mit den übrigen Wirtschaftsforschungsinstituten – von der schwarz-roten Regierung, die sich zunächst dagegen sträubte, ein massives Konjunkturprogramm. Bis dahin hatten die Wirtschaftsweisen wiederholt und hartnäckig erklärt, dass die hohe Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche in Deutschland nicht konjunkturell sondern strukturell verursacht seien, nämlich in den erstarrten Arbeitsverhältnissen, in dem bilateralen Monopol der Tarifparteien und in überzogenen Lohnforderungen der Gewerkschaften begründet.

Im Film: „Good bye, Lenin“ fällt eine Mutter vor dem Fall der Mauer ins Koma. Als sie nach ein paar Monaten aufwacht, begreift sie die veränderte Welt nicht mehr. Ähnlich überraschend wirkten seit der Finanzkrise die Aussagen wirtschaftspolitischer Wendehälse zur Konjunkturkrise und zur unverzichtbaren Aufgabe des Staa-

tes, die Schwankungen privatwirtschaftlicher Nachfrage auszugleichen.

3. Die Banken haben Fehler gemacht, sicher

„Die Banken haben Fehler gemacht, sicher.“ Es ehrt den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Commerzbank, Klaus-Peter Müller, dass er in der aktuellen Finanzkrise ein fehlerhaftes Verhalten der Finanzakteure einschließlich der Finanzmanager eingesteht.

An welche Fehler mögen führende Banker denken? Teilen sie die öffentliche Empörung über „die große Gier“ kleiner Wertpapierhändler, die angeblich ahnungslose Kunden über den Tisch gezogen haben? Oder stimmen sie Hilmar Kopper, dem Erfinder der „Peanuts“ im Kreditgeschäft, zu, der meint, er könne das Wort „Gier“ genauso wenig mehr hören wie die politisch aufgeheizte Empörung über die Spitzengehälter der Manager? Ich finde, dass die Neigung, die Finanzkrise durch persönliches Fehlverhalten zu deuten, einen blinden Fleck der Diagnose aufdeckt. Die Spielzüge der individuellen Akteure mögen fehlerhaft oder korrupt sein. Schwere wiegt jedoch der Verdacht, dass die Spielregeln fehlerhaft sind und das Regelsystem korrumpiert.

Sobald die Finanzexperten daran gehen, Systemfehler im Nachhinein aufzuspüren, entdecken sie in erster Linie „finanztechnische“ Störfaktoren. Da seien waghalsige Geschäfte getätigt worden, die den Akteuren kurzfristige Erfolge signalisierten. Man habe innovative Finanzdienste entwickelt, riskante Kredite verbrieft, solche Verbriefungen gebündelt, wieder zerlegt, neu strukturiert, abgesichert, global gehandelt und in nicht mehr überschaubare Finanzströme eingeleitet, ohne die dadurch entstehenden Risikoketten und deren Rück-

kopplungen im Blick zu behalten. Solche Prozesse seien in Zweckgesellschaften versteckt gewesen, die wiederum im Schatten der Banken und ihrer Bilanzen oder in freien Bankzonen außerhalb öffentlicher Aufsicht und Kontrolle abgewickelt wurden. Außer den Investmentbanken seien auch die Versicherungen von den extrem hohen Renditeerwartungen angelockt worden. Fälschlich habe man erwartet, dass spekulative Übertreibungen an den Wertpapierbörsen durch gegenläufige Bewegungen ausbalanciert würden. Eine solche „finanztechnische“ Analyse der Finanzkrise ist in der Tat unverzichtbar. Aber zu einer überzeugenden Analyse gehören drei weitere Dimensionen, eine sozio-ökonomische, eine kulturelle und eine politische Dimension.

4. Kapitalistische Dynamik

Eines der charakteristischen Merkmale kapitalistischer Marktwirtschaften ist die elastische Geldversorgung, die durch eine nahezu unbegrenzte Kreditschöpfungsmacht des Bankensystems gewährleistet wird. Zusammen mit dem bisher nicht wirksam begrenzten Zugriff auf die natürliche Umwelt, die quasi zum Nulltarif in Anspruch genommen wird, solange die Marktpreise die nachhaltigen Folgen der Umweltnutzung nicht authentisch widerspiegeln, ist diese elastische Geldversorgung die Ursache jener ungewöhnlichen Dynamik des Kapitalismus, die einen beispiellosen Wohlstand für eine wachsende Weltbevölkerung erzeugt hat.

In wohlhabenden Gesellschaften hat das Geld nicht nur die Funktion, Tauschmittel zur Erleichterung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs zu sein. Es übernimmt für viele Bevölkerungsgruppen zunehmend die Funktion, Wertspeicher, Vermögensgegenstand zu sein. Damit entstehen

sowohl erweiterte Finanzdienste etwa die Anlageberatung bei herkömmlichen Banken als auch spezifische Finanzunternehmen wie Finanzinvestoren, Kapitalbeteiligungsgesellschaften und Investmentfonds.

Vermögensmärkte, auf denen beispielsweise Wertpapiere oder Immobilien angeboten und nachgefragt werden, werden durch andere Steuerungsmedien geregelt als Gütermärkte. Gütermärkte werden normalerweise durch die realen Kosten der Ressourcen, die bei der Herstellung von Gütern durch die Produzenten zum Einsatz kommen, gesteuert sowie durch die reale Kaufkraft der Nachfragenden. Vermögensmärkte dagegen werden einerseits durch die subjektiven Erwartungen der nachfragenden Anleger und die tendenziell unbegrenzte Kreditschöpfungsmacht des Bankensystems gesteuert. Beide kollektiven Akteure haben die herdenläufige Neigung, sich wechselseitig zu einer Aufwärtsspirale hoch zu schaukeln, bis es zu einem dramatischen Absturz kommt. Während die Spirale der positiven subjektiven Erwartungen sich offen nach oben bewegt, löst sie sich mehr oder weniger von den realen Wachstumsprozessen ab. In der monetären Sphäre können (spekulative) Renditen erzielt werden, die in der realwirtschaftlichen Sphäre nicht oder nur schwer vorstellbar

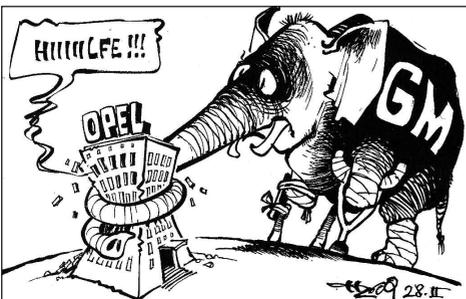
sind. Sobald jedoch die euphorische Blase der Erwartungen platzt, wird die Realwirtschaft unmittelbar in den Abwärtssog hineingerissen.

5. Rivalität zweier Finanzstile

Die aktuelle Finanzkrise steht meiner Meinung nach im Zusammenhang mit der Rivalität zweier Finanzstile, des kontinental-europäischen banken-dominierten und des anglo-amerikanischen kapitalmarktorientierten Finanzstils.

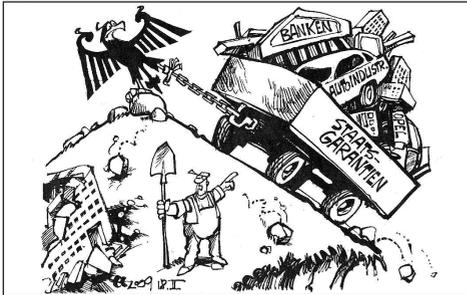
Zahlreiche Finanzmanager in Deutschland haben sich in den vergangenen Jahrzehnten äußerst naiv der Suggestion des angelsächsischen Finanzstils ausgeliefert. Den kontinental-europäischen und deutschen Finanzstil, insbesondere die personellen kreditbasierten Verflechtungen zwischen Geschäftsbanken und Industrieunternehmen, hielten sie für verkrustet und unrentabel. Das Unternehmen als Netzwerk unvollständiger Verträge zu deuten, fanden sie lästig. Betriebswirtschaftliche Kennziffern galten als unangemessen angesichts der Einbindung der Unternehmen in den volks- und weltwirtschaftlichen Geldkreislauf. Die Aktionäre, so war der Eindruck, mussten sich als „Eigentümer“ der Unternehmen vernachlässigt vorkommen. Die solidarischen Sicherungssysteme sowie die tendenziell egalitäre Einkommens- und Vermögensverteilung schienen nur begrenzte Gewinnchancen auf den Kapitalmärkten zu erschließen.

Demgegenüber bot sich der anglo-amerikanische Finanzstil als faszinierende Alternative an, die sich so darstellte: Auf anonymen Märkten für Wertpapiere und Derivate operieren „Intermediäre“, die zwischen den individuellen Anteilseignern und den Zielunternehmen vermitteln – Großbanken, Versicherungskonzerne, Investmentgesellschaften und Finanzinvesto-



Rüsselsheim

ren mit den entsprechenden Ratingagenturen. Der Handel mit Wertpapieren, die Finanzierung des Kaufs und Verkaufs von Unternehmen als Kapitalanlage spielt auf den Geldvermögensmärkten die Hauptrolle, nicht die Ausstattung kleiner und mittlerer Unternehmen mit Eigenkapital. Die Unternehmen werden ausschließlich über die Finanzkennziffer des „shareholder value“ kontrolliert, jene Größe, die zukünftige Finanzströme und deren Salden auf den gegenwärtigen Barwert abdiskontiert. Auf dessen kurzfristige Steigerung ist die Geschäftspolitik der Manager gerichtet. Der von subjektiven Erwartungen gespeiste Börsenkurs bildet den Unternehmenswert ab und dient den Managern zur Orientierung, wie sie ausschließlich die Interessen der Kapitaleigner bedienen und ihre eigene Vergütung optimieren.



„Alles, was am Abrutschen ist, da drauf!“

Der imaginäre Schein des marktgetriebenen Finanzkapitalismus hat die Bankmanager geblendet. Seine destruktive Wirkung hat jedoch alle getroffen.

6. Der Staat als Bestandteil der Krise

Als die Zauberwelt des überschuldeten Finanzkapitalismus zusammenfiel, riefen die Zauberkünstler nach dem Staat, das Kartenhaus zu retten. Hastig flüchteten sie

sich unter den aufgespannten Rettungsschirm. Aber der Staat ist nicht die Rettung aus der Krise, sondern deren Bestandteil. Dies lässt sich zweifach belegen: erstens sind die Gesetze zur Entregelung der Arbeitsverhältnisse und die zur Entregelung der Finanzwirtschaft zwei Seiten einer politischen Option. Und zweitens lässt sich der Staat beim Schnüren des Rettungspakets von den Finanzunternehmen als kooperative Geisel vereinnahmen.

Die rot-grüne Koalition hat seit 2001 die solidarischen Sicherungssysteme systematisch deformiert. Das Niveau eines angemessenen Lebensstandards wurde tendenziell auf ein sozio-kulturelles Existenzminimum abgesenkt. Das Eintreten gesellschaftlicher Risiken erklärte man durch individuelles Fehlverhalten. Die solidarischen, umlagefinanzierten Sicherungssysteme wurden abgeschmolzen, private kapitalgedeckte Formen der Vorsorge propagiert. Gesetze zur Befristung, Leiharbeit, zur prekären Beschäftigung und Lockerung des Kündigungsschutzes sowie Vorbehalte gegen den Flächentarifvertrag haben die Arbeitsverhältnisse sozial entsichert. Die asymmetrische Steuerpolitik hat die Schere der Verteilung von Gewinn- und Lohn Einkommen sowie der Vermögen zunehmend geöffnet.

Dieser Entregelung der Arbeitsverhältnisse entsprach spiegelbildlich eine Entregelung der monetären Sphäre. Während der zweiten Legislaturperiode der rot-grünen Koalition wurden im Rahmen eines Finanzmarktförderungsplans verschiedene Gesetze in der Absicht verabschiedet, den deutschen Kapitalmarkt für eine verstärkte private und betriebliche Altersvorsorge vorzubereiten, den Finanzstandort Deutschland wettbewerbsfähig zu machen, den Anlegerschutz zu verbessern und die EU-Richtlinien zur Harmonisierung der eu-

ropäischen Finanzmarktgesetzgebung umzusetzen. Diese Gesetze haben unter anderem die Beschränkungen des Börsenhandels gelockert, innovative Finanzdienste und Akteure einschließlich der Hedgefonds sowie den Derivatehandel zugelassen, Zweckgesellschaften für Kreditverbriefungen von der Gewerbesteuer befreit und die Gewinne der Banken aus dem Verkauf der Industriebeteiligungen für steuerfrei erklärt. Die große Koalition war nach dem Regierungswechsel bemüht, innovative Finanzdienste und Vertriebswege zu fördern sowie Kapitalbeteiligungsgesellschaften steuerlich privilegiert zu behandeln. Zwar ist von diesen gesetzlichen Veränderungen in Deutschland kein direkter Einfluss auf die aktuelle Finanzkrise ausgegangen, die durch die spekulative Immobilienblase und deren Zerplatzen ausgelöst worden ist. Denn relativ gering war die Zahl der in Deutschland gegründeten Hedgefonds, deren öffentlich gehandelten Anteile nur als Dachfonds zugelassen waren. Außerdem waren sie vergleichsweise streng reguliert. Das gleiche gilt für die in Deutschland gegründeten Zweckgesellschaften zur Kreditverbriefung. Aber durch diese Hinweise ist die Vermutung nicht widerlegt, dass die staatlichen Organe in Deutschland dem öffentlichen Meinungsdruck, der angloamerikanische Finanzstil sei dem kontinental-europäischen Finanzstil überlegen, zu wenig Widerstand entgegen gesetzt haben.

Die deutsche Regierung hat auf den Notschrei der Finanzeliten unverzüglich reagiert. Vermutlich hatte sie keine andere Wahl, nachdem die irische, englische und französische Regierung bereits weit vorgeprescht waren. Oder sie fühlte sich durch die dramatisierte Lagebeschreibung der Mega-Banken und der öffentlichen Finanzaufsicht unter Zugzwang gesetzt. Die Art,

wie sie reagierte, entsprach der aufgeregten Inszenierung des Börsenpublikums. Sie handelte isoliert, kurzatmig, übertrieben und spektakulär. Zwar widersprach kaum jemand Finanzminister Steinbrück, der meinte, dass er zuerst die Unfallstelle räumen müsse, bevor er diejenigen zur Rede stellt, die den Schaden verursacht hätten. Und dass er unverzüglich das Feuer zu löschen habe, auch wenn es sich um Brandstiftung handelt. Allerdings lag die Unfallstelle im Nebel; die mutmaßlichen Nebelwerfer unternahmen wenig, um den Nebel zu lichten. Konnten die Krisenherde nicht präziser ausgeleuchtet werden? Waren es gar die öffentlichen Banken, die den Riesenanteil an der ausgelösten kritischen Kettenreaktion trugen? Dass die Regierung die Brandstifter ans Lenkrad des Löschzugs setzte, derart privilegiert am Schnüren des staatlichen Rettungspakets beteiligte und sie gegen die Öffentlichkeit und das Parlament abschirmte, war wohl vorschnell. Man hätte zuerst auf die Liquiditätshilfen der Notenbanken setzen und dann die Mächtigen unter den Finanzunternehmen bedrängen sollen, selbst Vorleistungen wechselseitigen Vertrauens zu erbringen und sich subsidiär zum solidarischen Beistand zu entschließen. Hat die Regierung gar mit der Parole: „Wenn der Himmel einstürzt, sind alle Spatzen tot“ die Deutungsmuster der Finanzeliten leichtfertig übernommen?

Ist ein Verblendungszusammenhang der politischen und finanziellen Eliten strafrechtlich relevant? Wohl nicht, denn vertraglich gesicherte Treupflichten wurden eher nicht – weder vorsätzlich noch fahrlässig – verletzt. Es hat den Anschein, als gebe es eine Leiche, aber keine Täter. Von Kapitalverbrechen zu reden, scheint mir unzulässig, zumindest überzogen zu sein.

7. Eine stabile und beteiligungsgerechte Finanzarchitektur

Obwohl gerade die Privatbanken am lautesten nach dem rettenden Staat gerufen haben, hat sich wider Erwarten zunächst nur eine geringe Zahl von ihnen dem komfortablen Schirm anvertraut, der über die Finanzwirtschaft ausgespannt wurde. Kann es sein, dass vor allem öffentliche Banken die Staatshilfe benötigen?

Der Staat ist in die wirtschaftspolitische Arena zurückgekehrt. Aber welcher Staat? Ein umtriebiger Interventionsstaat, der Aufputschmittel an die Banken verteilt, damit sie zügig das Kreditgeschäft ausweiten? Oder gar ein Staat, der öffentliche Mittel mobilisiert, damit die Geschäftsbanken weiter so wie bisher riskant spielen? Der einen großen Teil der Bürgschaften, Beteiligungen und Wertberichtigungen einigen Landesbanken anbieten muss? Die Regierung versicherte, dass der Notoperation ein Ordnungsrahmen folgen werde, der die Finanzmärkte dauerhaft stabilisiert.

Inzwischen jedoch hat die Finanzkrise die realwirtschaftliche Lähmung verschärft und eine konjunkturelle Rezession ausgelöst. Aber die Regierung mogelt sich an einem Konjunkturprogramm vorbei, das einen solchen Namen verdient. Sie schnürt Rettungspäckchen für diejenigen Branchen, die am lautesten um Hilfe rufen. Sie verteilt bunte Schirmchen, die partielle Interessen schützen. Was den Banken recht ist, könnte der Autoindustrie nur billig sein. Und nachdem einzelne Branchen der staatlichen Hilfe würdig sind, könnten auch einzelne Unternehmen diese beanspruchen, selbst wenn sich beispielsweise die Commerzbank mit dem Kauf der Dresdner Bank oder das Unternehmen Schaeffler mit der Übernahme der Firma Continental verho ben haben. Zum Glück wird über Konsum-

gutscheine, die zum bedingungslosen Geldsegen gegen Armut und Elend ausgerufen wurden, nicht mehr geredet. Beihilfen für Wärmedämmung werden erstrangig den Wohlstand der Hauseigentümer mehren. Doch je höher die Ideen sprudeln, umso weniger werden sie die Konjunktur beleben.

Das so genannte zweite Konjunkturpaket der Bundesregierung ist in Bezug auf das Volumen unangemessen und in Bezug auf die Struktur asymmetrisch. Es hat eine Schiefelage zu Lasten der Investitionen, der öffentlichen Güter, der Arbeit an den Menschen sowie der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit. Dabei würde eine gesamtwirtschaftliche Belebung der realen Wertschöpfung wie ein Hebel wirken, der auch die monetäre Sphäre stabilisiert. Zusätzliche Beschäftigungsfelder lassen sich in der Arbeit an den Menschen zu erschließen. Junge Menschen in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Therapie, Bildung und musischer Betätigung auszubilden, solche Tätigkeiten gegenüber der Industriearbeit aufzuwerten und angemessen zu bezahlen, sind überzeugende gesellschaftliche Reformprojekte. Das gleiche gilt für den ehrgeizigen Aufbau umweltverträglicher Verkehrs- und Energiesysteme sowie für eine nachhaltige Umstellung der Ernährungsweisen.

Ebenso wird eine ausgewogene Einkommens- und Vermögensverteilung das Risiko verringern, dass die monetäre Zirkulation extrem von der realen Wertschöpfung abhebt. Deshalb sollten die Institutionen der Verteilung, nämlich die Tarifautonomie, der Rechtsschutz abhängig Beschäftigter sowie die umlagefinanzierten solidarischen Sicherungssysteme gefestigt werden. Aber auch die global ungleiche Verteilung bedarf einer Korrektur, indem die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte abgebaut werden. So erzeugt die

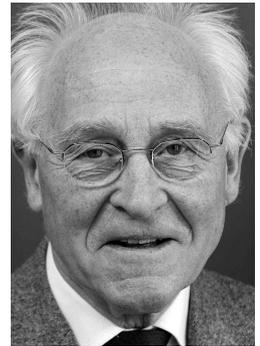
übermäßige private und öffentliche Verschuldung in den USA strukturelle Leistungsbilanzdefizite, die durch entsprechende Überschüsse beispielsweise Chinas, Japans und Deutschlands zu neutralisieren sind. Ähnlich hat der maßlose Verbrauch fossiler Energien in den wohlhabenden Ländern Einkommensströme in die Öl exportierenden Länder zur Folge, die eher die monetäre Zirkulation aufblähen als in reale Investitionen münden.

Umgekehrt bleibt das realwirtschaftliche Engagement des Staates ohne die zuge-sagte Finanzarchitektur brüchig. So sollten alle Finanzdienste, alle Finanzunternehmen und alle Orte, an denen Finanzdienste angeboten und nachgefragt werden, einer öffentlichen Aufsicht und Kontrolle unterworfen sein. Um spekulative Währungs-attacken zu vermeiden, sollten beispielsweise die Wechselkurse der Ankerwährungen stabilisiert und kurzfristige Finanzströme ähnlich den Güterbewegungen besteuert werden. Die Eigenkapitalregeln sollten differenziert werden, je nachdem ob Kredite für Finanzanlage oder reale Investitionen vergeben werden. Und schließlich sollten gerade diejenigen Länder, die am meisten von den Finanzoperationen und Finanzmärkten betroffen sind, an der Entscheidungsfindung über eine globale Finanzarchitektur beteiligt werden.

Der Finanzgipfel der 20 Nationen, der Anfang November in Washington stattfand, hat den politischen Willen bekräftigt, die globalen Finanzmärkte zu stabilisieren, stär-

ker zu regulieren und beteiligungsgerecht zu ordnen. Er hat hohe Erwartungen geweckt: Nämlich dass auch die globalen Finanzmärkte den gesellschaftlichen Normen der Gerechtigkeit und Fairness unterstehen. Dass die Geldversorgung, die Stabilität der monetären Sphäre und die Funktion der Finanzunternehmen ein öffentliches Gut sind. Und dass die internationale Finanzwirtschaft dem Ziel dient, das Wohl und die Lebensqualität der Weltbevölkerung, vor allem der Armen in der Welt, zu mehren.

Friedhelm Hengsbach, geboren 1937 in Dortmund, Mitglied des Jesuitenordens, 1959–1972 Studium der Philosophie, Theologie und Wirtschaftswissenschaften in München, Frankfurt, Bochum. 1976 Promotion über die Assoziierung afrikanischer Staaten an die EG. 1992–2005 Professor für Christliche Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt am Main. 1992–2006 Leiter des Nell-Breuning Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik. Ausgezeichnet mit dem Gustav-Heinemann-Bürgerpreis 1998, dem Regine-Hildebrandt-Preis 2004 und dem Marburger Leuchtfener 2006.



Friedhelm Hengsbach

Kanzelrede zur Finanzkrise*

Von Peter Zimmermann

Die öffentlichen Reaktionen auf die jüngsten Äußerungen der Kirchen zur Krise der Finanzwirtschaft sind eher dazu angetan, der Kirche die Rolle eines ungebetenen Ratschlägers zuzuweisen, als von ihr eine hilfreiche Deutung der Vorgänge zu erwarten. „Huber pöbelt gegen Ackermann“ (Netzeitung 24.XII.08) als Titelzeile in einer großen Zeitung – das ist nicht nur ein krasser verbaler Missgriff, sondern darüber hinaus ein Zeichen für die Missliebigkeit und Abwertung kirchlicher Einreden zum Thema.

Der Glaube hat in seiner biblischen Tradition ein großes Potential, auf den Zusammenbruch einer Wirtschaftsmentalität, wie wir ihn gerade erleben, zu antworten. Der Gott Abrahams, Isaacs und Jacobs, der Gott des Mose und der Propheten, der Vater Jesu Christi, schafft und fordert nach dem biblischen Zeugnis Recht und Gerechtigkeit – und übt Gnade und Barmherzigkeit gegenüber allen, die ihre Hoffnung nicht auf eigene Stärke, sondern allein auf ihn gründen. Das sind keine Zusätze zum Glauben neben anderen, sondern es gehört zum Kernbestand des Glaubens und hat in der Konsequenz höchst politische Auswirkungen auf das Zusammenleben der Menschen. Davon handeln die Gebote, und davon reden die Propheten, davon erzählen die Jesus-Geschichten. Dieser rote Faden, der sich durch das Alte Testament und die Evangelien zieht, bedeutet: jedes Wirtschaftssystem, jede wirtschaftspolitische Entscheidung muss unter dem Gesichtspunkt geprüft werden, wie es sich auf die Situation der Abhängigen und Armen auswirkt. Die Bibel ist voll von manchmal geradezu mi-

nutiösen Anweisungen und Festlegungen, die den damaligen Markt im Zaum halten und der sozialen Gerechtigkeit dienen sollen. Das ist das wirtschafts-ethische Kriterium, das die biblische Tradition uns an die Hand gibt. Deshalb sprechen die christlichen Kirchen von der vorrangigen Option für die Armen.

Im größtmöglichen Gegensatz dazu steht, was der Denker des marktradikalen Liberalismus Friedrich August von Hayek dazu sagt: „Der Ausdruck ‚soziale Gerechtigkeit‘ gehört nicht in die Kategorie des Irrtums, sondern in die des Unsinnns – wie der Ausdruck ‚gerechter Stein‘“ (Recht, Gesetzgebung u. Freiheit, Bd. 2, 1980, S. 112) Er empfiehlt – ausdrücklich in dem Bewusstsein, damit eine religiöse Kategorie anzuwenden – Demut (Individualismus u. Wirtschaftsordnung 1952, S. 47) als die angemessene Haltung gegenüber dem sich selbst regulierenden Markt. Hier ist die Vergötzung des Marktes mit Händen zu greifen.

Das ist das Programm der ungehemmten Unterwerfung aller Gesellschaftsbereiche unter die Gesetze des Marktes. Wir hier bei uns, aber schmerzhafter noch die Menschen in den Ländern des Südens, erfahren das als Privatisierung der Alters- und Gesundheitsvorsorge, des öffentlichen Verkehrs, der Wohnungswirtschaft, der Energieversorgung, sogar des Strafvollzugs und natürlich auch der Kultur, die als besonders sensibler Lebensbereich dadurch von konjunkturgeleiteten Sponsoren abhängig wird.

Diese Ideologie beherrscht seit 1990 das Denken und die Praxis der global agierenden Ökonomie. In den Zusammenhang dieser marktradikalen Ideologie gehört die Beobachtung, dass die Krise der Finanzwirtschaft ja einhergeht und eng verwoben ist

mit dem Klimawandel und der Energiekrise. Bedeutet die Einsicht in dieses Krisenkonvolut, dass die auslösende Ideologie an ihr Ende gekommen ist? Wer bereitet ihr ein Ende? Wird die Politik dafür eigenständig und durchsetzungsfähig genug sein? Und hat sie überhaupt die Absicht? Das ist alles noch nicht deutlich.

Aber unschwer ist zu erkennen, dass der Krise der Finanzwirtschaft, die gerade im Begriff ist, die Realwirtschaft in ihren Strudel zu ziehen, nicht beizukommen ist mit nationalstaatlichen Rettungspaketen. Die retten eine Praxis, die zu der Krise geführt hat, aus der sie uns jetzt retten sollen. Siebürden der Gesellschaft – und darin naturgemäß den Armen am schmerzhaftesten – auf, was die Finanzwirtschaft verschleudert hat.

Wir haben gerade mit Verblüffung gelernt, dass die Akteure der Krise ihre eigenen hochglanzkaschierten Werkzeuge und Prinzipien selbst nicht verstanden haben. Wo soll das Vertrauen herkommen, die Lösungen, die ihnen jetzt einfallen, seien die richtigen? Bis jetzt enthält – soweit man es erkennen kann – keines der unvorstellbar teuren Pakete einen Anteil Metanoia, das was die Bibel „Änderung“ des Sinnes, Neues Denken nennt. Deshalb ist Skepsis angebracht.

Es reicht z.B. nicht aus, bei der Suche nach den Ursachen der Krise auf die Gier der Zocker und Spekulanten und gelegentlich auch auf die aller anderen Marktteilnehmer, einschließlich der Kunden bei Lidl und Aldi zu verweisen. Da ist die Suchrichtung schon falsch. Denn die Spekulanten und alle anderen am Markt Beteiligten haben nichts anderes getan, als sich nach den gesellschaftlich allgemein anerkannten und akzeptierten Prinzipien der Gewinnmaximierung zu verhalten. Der Markt kann seinem Wesen nach gar keine ethisch begrün-

dete Selbstbeschränkung hervorbringen. Wenn Hans-Olaf Henkel, der vormalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, sagt: „Der Markt ist moralisch“ (FAZ 13.1.95), er müsse nicht erst durch sozialpolitische Eingriffe und Korrekturen dazu gebracht werden, dann ist das ein Ausdruck der Furcht der Wirtschaftslobby vor solchen Eingriffen und Korrekturen. Der Markt ist weder moralisch noch unmoralisch; er ist ethisch blind. Den Marktakteuren ein moralisches Defizit vorzuwerfen, weil sie sich der grenzenlosen Gier hingegeben haben, aber gleichzeitig dem grenzenlosen Markt die Zügel schießen zu lassen, ist pure Heuchelei. Die Politik verfehlt ihre Funktion auf eine pflichtwidrige Weise in diesem Spiel der Kräfte, wenn sie sich aufs Appellieren und Moralisieren verlegt. Die Politiker-Äußerungen von oben bis unten aus zu Managergehältern und Boni er-



weckten den falschen Eindruck, als läge hier das Problem. Das ist symbolische Politik. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, Recht zu schaffen und durchzusetzen, das dem Gemeinwohl dient – und dafür dem Markt einen Rahmen zusetzen, ihn in Anspruch zu nehmen, ohne ihn zu knebeln – aber doch so, dass er von seiner Neigung zum Selbstzweck zurückgeholt wird und dem Leben der Allgemeinheit dient – und damit auch den Bedürftigen und Armen.

Das wäre ein Anzeichen für neues Denken als Ergebnis der Erfahrungen mit der Krise. Es klingt ermutigend, dass die deutsche Kanzlerin und der französische Präsident darin einig sind, es „nicht hin(zu)nehmen, dass die Finanzwirtschaft uns, wenn die Krise vorbei ist, sagt: Entschuldigung, Sie haben uns jetzt nichts mehr zu sagen.“ (SZ 9.1.2009)

Die Bibel taugt nicht als Steinbruch für einzelne marktpolitische Versatzstücke, aber sie bietet die Orientierung an sozialer Gerechtigkeit, die selbstverständlich einschließt die Sorge um das Ergehen der Abhängigen, Armen und Schwachen – statt sie auszuscheiden und an den Rand zu schieben.

Wir haben die Freiheit, diese Orientierung zu ignorieren und sie einen Unsinn zu nennen – oder sie uns zu eigen zu machen. Mit den Folgen muss die Welt leben – so oder so.

Der Lobgesang der Maria im 1. Kap. des Lukasevangeliums lässt keinen Zweifel, auf welcher Seite Gott steht:

Er übt Gewalt mit seinem Arm und zerstreut, die hoffärtig sind in ihres Herzens Sinn.

Er stößt die Gewaltigen vom Thron und erhebt die Niedrigen.

Die Hungrigen füllt er mit Gütern und lässt die Reichen leer.

Er denkt der Barmherzigkeit und hilft seinem Diener Israel auf, wie er geredet hat unseren Vätern, Abraham und seinen Kindern ewiglich.

**Die Rede wurde am 11.1.09 im Universitäts-Gottendienst in der Michaeliskirche, Erfurt, gehalten.*

Peter Zimmermann, 1942, Berufsabschlüsse als Klempner und Heizungsmonteur. 1964–70 Theologiestudium in Jena (bei Erich u. Klaus-Peter Hertzsch) und Berlin, Vikar, Pfarrer, Superintendent, OKR (1993–2005) in Thüringen. Dezember 2005 Ruhestand, verheiratet seit 1969, vier Kinder, zwei Enkel.



Peter Zimmermann

Attac-Erklärung zum Kongress „Kapitalismus am Ende?“ in Berlin, 6.–8. März 2009

... Ein Systemwandel ist nötig. Hin zu einer demokratischen Ökonomie, die am Wohl aller orientiert ist, die Mensch und Umwelt ins Zentrum stellt und nicht den Profit. Unabhängig davon, ob und in welchem Umfang Marktwirtschaft sinnvoll oder notwendig ist: Konsens ist, dass Märkte und Kapital demokratisch reguliert, begrenzt und kontrolliert werden müssen. Klar ist auch: Bildung, Gesundheit, Altersvorsorge, Mobilität, Energiesicherheit und andere öffentliche Güter sind keine Waren. Sie müssen nach sozialen und ökologischen Maßstäben bewirtschaftet werden. Mehr Produktivität muss in kürzere Arbeitszeiten umgesetzt werden: Statt Arbeitslosigkeit Zeitwohlstand und damit neue Lebensqualität! Die öffentlichen Güter müssen für alle zugänglich sein, ihre Kosten müssen solidarisch auf alle Schultern verteilt werden. Demokratisierung der Ökonomie bedeutet nicht Staatskapitalismus. Menschen dürfen weder Objekte anonymer Marktkräfte noch bürokratischer Bevormundung sein, sondern Subjekte, die ihr Schicksal selbst bestimmen. Beschäftigte haben über wirtschaftliche Entscheidungen mitzureden. Das fängt mit Veto-Rechten bei Unternehmensverlagerungen an und hört mit der Förderung selbstverwalteter Betriebe und Genossenschaften nicht auf. Nutzer und Betroffene müssen einbezogen werden – als Menschen mit Erfahrungen und nicht als Kunden. (Zum vollständigen Text vgl. www.attac.de)

Finanzkrise und Diamanten-Markt

Von Friedel Hütz-Adams

Als in den USA und Europa die ersten Banken wackelten, hofften die Menschen in vielen Entwicklungsländern, diese Krise werde keine großen Auswirkungen auf sie haben. „Da wir kein Geld hatten, um es in den amerikanischen Immobilienmarkt zu investieren, betrifft uns dies alles nicht“, war ein häufig zu hörender Kommentar.

Doch schon nach wenigen Monaten zeigt sich, dass auch diese Krise sich massiv auf das Leben von Millionen Menschen in Entwicklungsländern auswirkt: Die Menschen in den Industrieländern kaufen weniger ein; als Folge brechen Absatzmärkte weg – und Arbeitsplätze gehen weltweit verloren. Während nun in den Industriestaaten und selbst in vielen Schwellenländern die Regierungen Milliarden- oder sogar Billionensummen ausgeben, um die einheimische Wirtschaft zu stützen, haben ärmere Staaten dazu keine Möglichkeit. Sie haben schlicht kein Geld und keine Sozialstrukturen, um den von der Krise betroffenen Menschen zu helfen. Dies zeigt sich exemplarisch auf dem Markt mit Diamanten.

Globaler Markt – informeller Sektor

Der Handel mit Diamanten ist ein globales Geschäft. Rund die Hälfte aller weltweit geförderten Diamanten stammt aus afrikanischen Staaten, andere große Förderer sind Kanada, Russland und Australien. Ein Teil der Diamanten stammt aus hoch technisierten Minen, in denen tiefe Stollen in diamantenthaltiges Vulkangestein getrieben werden. In anderen Ländern gibt es dagegen Vorkommen nahe der Erdoberfläche, die ohne große Hilfsgeräte abgebaut werden können – und

dort sucht mehr als eine Million Menschen mit einfachsten Mitteln nach Diamanten. Als Ausrüstung reichen in der Regel Schaufeln und flache Wannen zum Auswaschen der Diamanten aus Erde und Geröll. Der größte Teil der Beschäftigten in diesem Bereich der Diamantenförderung arbeitet ohne jede Art der sozialen Absicherung. Somit sind diese Menschen Teil des so genannten informellen Sektors. Weiter erschwert wird ihre Lebenssituation noch durch eine unklare Rechtslage: Sie arbeiten oft in Gebieten, die eigentlich international operierenden Minenkonzernen zur Ausbeutung überlassen wurden.

DR Kongo

Was dies für die Menschen bedeutet, zeigt sich in der Demokratischen Republik Kongo, einem der ärmsten Länder der Welt. Dort arbeiten rund 700.000 Menschen im informellen Diamantensektor. Der größte Teil von ihnen verdient weniger als einen Dollar pro Tag, die Arbeitsbedingungen sind häufig äußerst schlecht, Kinderarbeit ist an der Tagesordnung, und es kommt zu vielen Unfällen. Ein großer Teil der Schürfer arbeitet auf Flächen, die vom Staat an internationale Unternehmen verpachtet wurden. Die rechtliche Situation der Schürfer ist damit sehr unsicher, und sie müssen ständig fürchten, vertrieben zu werden.

Die Einnahmen des Staates aus dem Diamantengeschäft sind sehr gering. Viele der Lizenzverträge mit internationalen Konzernen wurden zu sehr geringen Preisen vergeben. Auch die beim Export von Diamanten anfallenden Steuern sind gering – und die Schürfer verdienen so wenig, dass sie nicht besteuert werden können. Reich wird in dieser chaotischen Situation allenfalls eine kleine Schicht von Händlern.

Die Situation in Sierra Leone ist ähnlich. Die meisten der dort Beschäftigten, rund 120.000 Schürfer, leben ebenfalls mit einem Einkommen von weniger als einem US-Dollar pro Tag.

Afrika-Europa-Indien-Europa

Aus den Fördergebieten gehen die Steine zum Sortieren und Schätzen ihres Wertes nach London und Antwerpen und von dort nach Asien. Die Weiterverarbeitung der Diamanten konzentriert sich heute in Indien, wo rund eine Million Menschen 90 Prozent aller weltweit gewonnenen Diamanten schleifen und polieren. Lediglich große und wertvolle Steine werden noch in Antwerpen, Tel Aviv oder Idar-Oberstein, den traditionellen Zentren der Diamantenverarbeitung, geschliffen.

Sinkende Löhne, Streiks, und massive Gesundheitsprobleme vieler Beschäftigter zeigen, dass die Arbeitsverhältnisse in Indien in vielen Betrieben noch erheblich verbessert werden müssen.

Von Indien geht die Reise für den größten Teil der Diamanten zurück nach Europa. Erneut ist Antwerpen der wichtigste Umschlagplatz zum Weitverkauf an die Hersteller von Schmuck und anderen Endprodukten, die Diamanten enthalten.

In Deutschland werden Diamanten zu Schmuck verarbeitet und in der Industrie zur Herstellung von Lasern, Medizintechnik, Bohrern etc. verwendet. Zudem importiert Deutschland große Mengen von Schmuck und Werkzeugteilen, in denen Diamanten verarbeitet sind.

Massenentlassungen in Afrika ...

Die derzeitige Finanzkrise hat massive Auswirkungen auf den weltweiten Diamantenmarkt. In den Industrienationen und hier vor allen Dingen in den USA, den mit Abstand wichtigsten Konsumenten

von Schmuck, ist es zu einem Einbruch beim Absatz von Diamanten gekommen.

Branchenexperten schätzen, dass der Absatz von Rohdiamanten im Jahr 2009 um bis 60 Prozent einbrechen wird. Dies hat dazu geführt, dass die Preise für Rohdiamanten je nach Größe und Qualität binnen Monaten um bis zu 50 Prozent gesunken sind. Der Preis für geschliffene Diamanten, der noch im September 2008 Rekordhöhen erreichte, fiel um mehr als 10 Prozent – und wird vermutlich weiter fallen.

Viele der Diamanten-Schürfer in Sierra Leone und der Demokratischen Republik Kongo haben aufgrund des Überangebotes von Rohdiamanten massive Probleme, die von ihnen gefundenen Steine überhaupt noch abzusetzen. Wenn sie Aufkäufer finden, erhalten sie wesentlich weniger Geld als noch vor einigen Monaten. Für hunderttausende Menschen bedroht dies die Existenz.

In beiden Staaten arbeiten viele Menschen zudem in anderen Minenbereichen, die mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben. Die Halbierung der Preise von Kupfer und Kobalt hat beispielsweise in der DR Kongo dazu geführt, dass dort mehr als 300.000 Menschen arbeitslos wurden. Für den Staat brechen die ohnehin zu geringen Einnahmen aus dem Rohstoffexport ein. Die kongolesische Regierung, die noch vor wenigen Monaten auf Milliardeninvestitionen internationaler – darunter sehr stark chinesischer – Konzerne in den Minenbereich hoffen konnte, steht vor der Zahlungsunfähigkeit und verhandelt mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über Notkredite. Zwar geht es dabei nur um wenige hundert Millionen US-Dollar – kein Vergleich zu den Milliardensummen, die andere Staaten in den letzten Wochen vom IWF erhielten –, doch diese Kredite wird es nur gegen wirtschaftspolitische Auflagen geben.

In anderen Fördergebieten von Diamanten, in denen moderne, mechanisierte Minen arbeiten, wurde die Produktion drastisch zurückgefahren und tausende Beschäftigte haben Kurzarbeit oder sind von der Entlassung bedroht.

... und Indien

Ebenfalls katastrophal ist die Situation für die Beschäftigten in den Diamantenverarbeitungs-Betrieben in Indien. Die traditionellen Ferien anlässlich des Diwali-Festes im Oktober wurden in vielen Betrieben bis zum Ende des Jahres 2008 verlängert. Hunderttausende Menschen wurden in einen unbezahlten Zwangsurlaub geschickt. Danach hat erst ein Teil der Betriebe wieder mit der Arbeit angefangen. Presseberichten zufolge waren selbst Anfang Februar 2009 noch rund 60 % der Betriebe geschlossen.

Etliche Betriebe sind bankrott. Schätzungen zufolge haben mindestens 100.000 Menschen in der indischen Diamantenindustrie in den letzten Monaten ihre Arbeitsstelle verloren. Indische Zeitungen berichten von mehr als 70 Selbstmorden verzweifelter Arbeiter. Viele Familien können zudem Gebühren für Schulen nicht mehr aufbringen und mussten die Ausbildung ihrer Kinder abbrechen.

Die Krise des Absatzes ist allerdings nur ein Teil des Problems. Ein weiterer Faktor sind die weltweiten Überkapazitäten bei den Diamantenschleifereien. In den vergangenen Jahren wuchs der Markt, und die Preise stiegen. Investitionen in neue Schleifereien schienen daher ein lohnendes Geschäft zu sein. Der Aufbau neuer Fabriken in China und afrikanischen Ländern sowie der Ausbau der indischen Industrie haben aber zu Überkapazitäten geführt, die jetzt auf schrumpfende Märkte treffen.

Viele der Betriebe haben darüber hinaus

große Mengen geschliffener Diamanten auf Vorrat produziert, teils in der Hoffnung auf steigende Preise, teils um potenziellen Kunden eine große Auswahl anbieten zu können. Schätzungen zufolge lagern Steine im Wert von bis zu 15 Milliarden US-Dollar in den Tresoren der Verarbeiter. Diese Lager wurden größtenteils mit Krediten finanziert. Doch die Zeiten billiger und verfügbarer Kredite sind vorbei. Eine wichtige Bank für die Diamantenbranche war die ABN-Amro, die im vergangenen Jahr von mehreren anderen Banken, darunter der Fortis-Bank übernommen wurde. Fortis wiederum war Ende 2008 zahlungsunfähig und wurde vom niederländischen Staat übernommen. Doch auch andere Banken verhalten sich angesichts der schlechten Geschäftsaussichten sehr zurückhaltend bei der Vergabe neuer Kredite oder der Verlängerung laufender Verträge.

Nachhaltige Strukturen fehlen

Die Probleme in den afrikanischen Staaten und in Indien zeigen, wie wenig nachhaltig die gesamte Lieferkette für die in Deutschland als Schmuck oder in der Industrie verwendeten Diamanten ist. Die Menschen entlang der Produktionskette haben ihre Arbeit verloren oder massive Einkommenseinbußen in Kauf nehmen müssen, ohne dass es soziale Systeme gibt, die ihnen zur Seite stehen. Dies ist die Kehrseite der glitzernden Welt der Diamanten.

Die hiesigen Unternehmen, die Schmuck oder Werkzeuge verkaufen, in denen Diamanten verarbeitet wurden, stehen in der Verantwortung. Sie müssen Produktionsstrukturen aufbauen, die Mindeststandards für die Beschäftigten entlang der Produktionskette ermöglichen.

Ansätze zur Überwachung des Diamantenmarktes gibt es. Im Jahr 2002 trat das so genannte „Kimberley-Abkommen“ in

Kraft: Um die Finanzierung von Kriegen durch den Handel mit Diamanten („Blutdiamanten“) zu verhindern, muss nun die Herkunft jedes Steines nachgewiesen werden. Dieser Nachweis sagt aber nichts über die sozialen und ökologischen Bedingungen bei der Förderung und Verarbeitung der Diamanten aus.

Zugleich gibt es auf verschiedenen Ebenen Versuche, Strukturen zu verändern. Viele kleine Anbieter wollen »fairen« Schmuck vermarkten; einige multinationale Unternehmen, von Minen bis hin zu Handelsketten, bemühen sich ebenfalls um eine Verbesserung der ökologischen und sozialen Bedingungen in der Schmuck-Produktion.

Deutsche Unternehmen sollten dies stärker unterstützen. Die Bundesregierung muss von hiesigen Unternehmen die Umsetzung bestehender internationaler Abkommen – darunter die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation der Ver-

einten Nationen – einfordern und diese Umsetzung kontrollieren. Sie sollte sich für eine entsprechende sanktionsbehaftete völkerrechtliche Regelung einsetzen.

Friedel Hütz-Adams ist seit 1993 wissenschaftlicher Mitarbeiter des SÜDWIND e.V., Institut für Ökonomie und Ökumene. Zuvor studierte er Geschichte, Philosophie und Volkswirtschaftslehre. Seit Mitte 2001 beschäftigte er sich mit Hintergründen und Auswirkungen der Globalisierung und veröffentlichte 2008 eine Studie über den globalen Handel mit Diamanten.



Friedel Hütz-Adams

Hans Ehrenberg zum Gedenken

Von Reinhard Gaede

Am Samstag, 8. Juni 1991, 15 h, fand im Bergbau-Museum Bochum eine Veranstaltung des BRSD statt. Angekündigt auf Handzetteln in Großdruck war das Referat unseres Freundes Prof. Dr. Günter Brakelmann (Bochum) zum Thema: Hans Ehrenberg – Pfarrer, Jude und Religiöser Sozialist.

Darunter standen Stichworte, die neugierig machen sollten: „1883–1958 ... Gab Philosophiedozentur in Heidelberg auf, um ev. Pfarrer in einem Arbeiterbezirk in Bochum zu werden ... Herausgeber ‚Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes‘ ... Mitbegründer der Bekennenden Kirche. Wohnung in der ‚Reichskristallnacht‘ zerstört, Flucht und

Rückkehr ... Trat für die Versöhnung von Juden und Christen ein ... Was bedeutet uns sein Zeugnis?“ Angekündigt war auch eine Podiumsdiskussion mit diesen Namen: Prof. Dr. G. Ewald (Bochum), Dr. A. Pfeiffer (Idar-Oberstein). Moderation Dr. R. Gaede (Herford). Erwähnt war auch Dr. K. Füssel (Münster), der aber abgesagt hatte. Das Thema wieder in Großschrift „Die Aktualität des Religiösen Sozialismus“.

In der Begrüßung sagte ich: „Hans Ehrenberg – ein jüdenchristliches Schicksal im Dritten Reich“ – so hat Günter Brakelmann einmal die exemplarische Bedeutung dieses Lebens genannt. Christentum und Judentum. Bewahrung und Gefährdung der Gemeinschaft zwischen dem älteren und jüngeren Gottesvolk, Treue zum Alten,

dem Ersten Testament, zur biblischen Botschaft überhaupt und Bewahrung der Humanität in den Konflikten der Gesellschaft – das ist ein Themenkreis, der nahe liegt im Gespräch über dieses Leben. Religiöser Sozialismus der andere. Wer ganz auf die aktuelle Diskussion allein fixiert wäre, könnte gleich bei dem Wort Sozialismus zurückzucken. Wir denken an Machtmissbrauch, ökonomische und ökologische Probleme in den Staaten des früher geschlossenen Kommunistischen Bündnissystems Osteuropas. Der Beginn mit einer Phase der neuzeitlichen Geschichte, der Biographie Hans Ehrenbergs, kann uns vor Kurzschlüssen bewahren.“

Seit dem 31. August 1958, dem Todestag Hans Ehrenbergs, ist des damals verfolgten Philosophen und Theologen oft gedacht worden. Das Gymnasium in Bielefeld-Sennestadt trägt seinen Namen. Es gibt die Hans-Ehrenberg-Gesellschaft. Zusammen mit dem Evangelischen Kirchenkreis Bochum verleiht sie seit 2000 alle zwei Jahre den Hans-Ehrenberg-Preis, den zuerst Günter Brakelmann bekommen hat. Er hat drei Bände zur Biographie vorgelegt, die bei der Gesellschaft erhältlich sind (www.hans-ehrenberg.de).

Hans Philipp Ehrenberg wurde am 4. Juni 1883 in Altona geboren. Er wuchs in einer Familie des emanzipierten Judentums auf. Von 1898 bis 1900 besuchte er das Christianeum in Altona. Nach seinem Abitur am Hamburger Wilhelm-Gymnasium 1902 studierte er Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen, Berlin, Heidelberg und München. In seiner Dissertation im Jahre 1906 über die Lage der Hüttenarbeiter im Ruhrgebiet wurde bereits seine Hinwendung zu den Arbeitern deutlich. Nach seinem Militärdienst setzte er sein Studium, nun der Philosophie, in Heidelberg fort, das er 1909 mit einer zweiten (philosophischen) Promotion und der Habilitation 1910 ab-

schloss. 1910 wurde er Privatdozent der Philosophie in Heidelberg. 1909 ließ Ehrenberg sich in Berlin taufen und wurde evangelischer Christ. Sein Vetter Franz Rosenzweig hatte ihn in seinem Vorhaben bestärkt. 1913 heiratete er die Lehrerin Else Anna Zimmermann (1890–1970). Im Ersten Weltkrieg wurden dem Leutnant Orden- und Ehrenzeichen verliehen. Er glaubte der Propaganda, der Krieg sei ein legitimer Verteidigungskrieg. Nach dem Krieg änderte sich diese Sicht radikal. Er sprach von den Verbrechen des Krieges und deutscher Schuld. 1918 trat er in die SPD ein, für die er ab 1919 für 1 ½ Jahre SPD-Stadtverordneter in Heidelberg war, und war Mitglied

eines Arbeiter- und Soldatenrates. Im gleichen Jahr erhielt er eine außerordentliche Professur in Heidelberg. In dieser Zeit entstand sein Wunsch, Pfarrer zu werden. Er

arbeitete außerdem bei den Religiösen Sozialisten mit. Er schreibt: Er wurde „erster Schriftleiter des ‚Christliches Volk‘, später ‚Christliches Volksblatt‘, noch später ‚Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes‘, wobei er sich inhaltlich auf den Arbeiter einstellte“. (Vgl. dazu und zur gesamten Biographie Günter Brakelmann: Kirche und Judenchristentum: Hans Ehrenberg – ein judenchristliches Schicksal im „Dritten Reich“, in: Kirche in Konflikten ihrer Zeit. Sechs Einblicke, München 1981, S. 128–161, S. 133; Der Nach-



Hans Ehrenberg

lass von Hans Ehrenberg befindet sich im Landeskirchlichen Archiv Bielefeld.)

Das Studium der Theologie in Münster, schloss er 1924 mit dem 2. Theologischen Examen ab und wurde 1925 Pfarrer an der Christuskirche Bochum in einer durch Arbeiter geprägten Gemeinde. Er engagierte sich im „Kampfbund christlicher Arbeiter“, schrieb über „Kirche und Sozialdemokratie“ und Themen wie „Der Mann ohne Arbeit“, trat aber aus der SPD aus, da er parteipolitische Arbeit für nicht vereinbar mit seinen pfarramtlichen Aufgaben hielt. Bereits 1927 kam es bei Vorträgen Ehrenbergs über „Kirche und Antisemitismus“ zu von der SA organisierten Tumulten. Nach der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten gehörte Ehrenberg zu den Mitbegründern der Bekennenden Kirche. Bereits im Mai 1933 formulierte er zusammen mit vier anderen westfälischen Pfarrern das so genannte Bochumer Bekenntnis, das erste seiner Art, das eine Absage an die nationalsozialistische Ideologie und ein Bekenntnis zu den jüdischen Wurzeln des Christentums enthält. Christus wird darin „Sohn des lebendigen Gottes, des Gottes Abrahams, Isaaks und Jakobs“ genannt. In den Jahren des Kirchenkampfes sei, so Günter Brakelmann, „kaum ein Theologe zu finden, der so unentwegt an dem Kirche – Sein der Kirche als Gegenmodell zum neuheidnischen NS-Tempel gearbeitet hat wie Ehrenberg“. Im Juli 1933 veröffentlichte er im Selbstverlag 72 Leitsätze zur judenchristlichen Frage. Ein solches Bekenntnis fehlte der Bekennenden Kirche in Barmen. Er schrieb: „Die Kirche der Reformation in Deutschland steht oder fällt 1933 bei der Versuchung, die Judenchristen – ganz oder teilweise – aus sich auszusondern. Die judenchristliche Frage wird im letzten Teil des Kirchenstreites zu seinem Sinnbild und Kern.“ (These 59, *ibid.*, S. 140) Mit anderen Pfarrern wollte er eine „Bekenntnisfront“ aufbauen. Zu Pfingsten 1933 erklärt das erste Be-

kenntnis am Beginn der NS-Herrschaft gegen den Rassen-Fanatismus: „Kein Volkstum erlöst sich aus den Tiefen seines Wesens, denn die Verderbtheit reicht bis in seine Tiefe.“ Im August 1933 steht in einem Entwurf: „Wir verwerfen die heutigen Schwärmereien von der Kreatur: Erde, Blut, Leib, Volkstum Vitalität. Warum? Weil sie die natürlichen Gegebenheiten emanzipieren von dem Schöpfergott und seinem tötenden und lebendigmachenden Wort.“ (*ibid.*, S. 141)

Auf zunehmenden Druck sowohl von Seiten der NSdAP als auch deutsch-christlich geprägter Kirchenbehörden beantragte er 1937 selbst seine Versetzung in den Ruhestand, nachdem ihm selbst der Westfälische Bruderrat der Bekennenden Kirche dieses geraten hatte. In einer Kanzelabkündigung bekannte der Bruderrat, „keine Möglichkeit“ zu haben, „für ihn und für seinen Bezirk so einzutreten, wie es die Sache erfordert.“ (*ibid.*, S. 156). Ehrenberg arbeitete aber weiter für die Bekennende Kirche, deren Bochumer Pfarrer sich öffentlich mit ihm solidarisierten. Trinitatis 1938 ist die Vorlage „Kirche und Israel“ als Manuskript fertig.

Im September 1938 wurde er mit einem „totalen Predigt- und Redeverbot“ belegt. Bei den Novemberpogromen 1938 wurde seine Wohnung verwüstet. Er selber wurde am 11. September in das KZ Sachsenhausen eingeliefert. Er war dort Leichenträger. 1939 konnte er dank einer Intervention und Bürgschaft des Bischofs von Chichester, George Bell, über Holland nach England emigrieren, wohin ihm seine Familie kurze Zeit später folgte. Hier wurde für ihn die Ökumene, eine zukünftige Einheit der Kirchen, zunehmend wichtig. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrte Ehrenberg 1947 nach Deutschland zurück, wo er zunächst als Pfarrer für Erwachsenenbildung in Bethel arbeitete. 1953 zog er wieder nach Heidelberg, wo er am 31. August 1958 starb.

Albert Schweitzer über Rosa Luxemburgs „Gedanken im Gefängnis“

Von Heinz Röhr (1931–2005)

In den Jahren 1918ff. gab Albert Schweitzer (zunächst zusammen mit Pfarrer Metzger, dann allein) den „Evangelisch-protestantischen Kirchenboten für Elsass-Lothringen“ heraus. Der „Kirchenbote“ erschien wöchentlich. Er enthält Beispiele von Schweitzers Begabung für den „Kirchen-Journalismus“, eine neue Sparte in seiner umfassenden literarischen Tätigkeit. (Vgl. auch die 33 „Gespräche über das Neue Testament“ im „Kirchenboten“ 1901–1904, hg. von w. Döbertin, Beck'sche Reihe 1071, München 1994.) Hierzu berichtet Jean Pierhai, nämlich Robert Jungk, (in „Albert Schweitzer. Das Leben eines guten Menschen“, München 1955, S. 257 f.): „Als Redakteur des ‚Kirchenboten‘ ... vollbrachte Albert Schweitzer eine wahre Rettungstat für den elsässischen Protestantismus. Seine Zeitschrift musste an zahlreichen Orten den Pfarrer zu ersetzen versuchen. Denn da die Pfarrer zahlreicher Gemeinden von der neuen französischen Verwaltung als ‚deutschfreundlich‘ abgesetzt worden waren, standen viele Pfarrstellen leer, und es drohte den führungslosen Gemeinden Zerfall.“

Der „Kirchenbote“ bringt in den Jahrgängen 1918/19 bis 1921 (?) Schweitzer-Texte, z.B. „Von der Mission. Gedanken und Erfahrungen“, 16 Folgen (Jg. 1918/19), abgedruckt im 8. Nachlassband von Albert Schweitzer, „Vorträge, Vorlesungen, Aufsätze“ (München 2003, S. 316–359) sowie kleine Texte („Lesefrüchte“) von 1919, vier davon sind abgedruckt (a.a.O., S. 377–390)

unter der Überschrift „Kleine Texte aus dem Alltag“. Zu diesen gehörten auch die hier folgenden „Gedanken im Gefängnis“



Rosa Luxemburg

von Rosa Luxemburg, die aber leider nicht in den o. a. Nachlassband aufgenommen wurden („Kirchenbote“ vom 20.1.1921, S. 37–38).

Da es sich um einen bisher nirgends zugänglichen Text handelt, der ein bezeichnendes Licht auf Albert Schweitzer und seine Einschätzung des Phänomens Rosa Luxemburg (und des Sozialismus/Kommunismus) wirft, erscheint eine Veröffentlichung wünschenswert.

Albert Schweitzer: Rosa Luxemburgs „Gedanken im Gefängnis“

Rosa Luxemburg war die kommunistische Sozialistin, die mit Karl Liebknecht die Aufstände in Berlin anführte, bei denen so viel Blut floss. Bekanntlich fand sie selber mit Liebknecht dabei den Tod.

Alle, die sie näher kannten, sagen aus, dass in der Anarchistin und Revolutionärin eine große Idealistin lebte. Sie kam auf die revolutionäre Bahn, weil eine so große Sehnsucht nach Gerechtigkeit und Menschlichkeit in ihr

wohnte und weil sie meinte, dass eine durch die Revolution neu organisierte Gesellschaft dieses Ideal verwirklichen würde.

Neuerdings werden die Briefe, die sie während des Krieges aus dem Gefängnis schrieb, bekannt. Sie zeigen sie als eine furchtbar erregte, aber auch tief und edel empfindende Persönlichkeit. Für ihr Herz zeugt, was sie über ein Erlebnis auf dem Gefängnishof schreibt.

„Ach (liebe Freundin), ich habe hier einen scharfen Schmerz erlebt. Auf dem Hof, wo ich spaziere, kommen oft Wagen vom Militär, voll bepackt mit Säcken oder alten Soldatenröcken und Hemden, oft mit Blutflecken. Die werden hier abgeladen, in den Zellen verteilt, geflickt, dann wieder aufgeladen und ans Militär abgeliefert. Neulich kam so ein Wagen, bespannt statt mit Pferden mit Büffeln. Ich sah die Tiere zum ersten Male in der Nähe. Sie sind kräftiger und breiter gebaut als unsere Rinder, mit flachen Köpfen und flach abgebogenen Hörnern, die Schädel also unseren Schafen ähnlicher, ganz schwarz mit großen, sanften Augen. Sie stammen aus Rumänien, sind Kriegstrophäen. Die Soldaten, die den Wagen führen, erzählen, dass es sehr mühsam war, diese wilden Tiere zu fangen und noch schwerer, sie, die an die Freiheit gewöhnt waren, zum Lastdienst zu benutzen. Sie wurden furchtbar geprügelt, so dass für sie das Wort gilt: „Wehe den Besiegten!“ An hundert Stück der Tiere sollen in Breslau allein sein; dazu bekommen sie, die an die üppige rumänische Weide gewöhnt waren, elendes und karges Futter. Sie werden schonungslos ausgenutzt, um alle möglichen Lastwagen zu schleppen, und gehen dabei rasch zugrunde. Vor einigen Tagen kam also ein Wagen mit Säcken hereingefahren, die Last war so hoch aufgetürmt, dass die Büffel nicht über die Schwelle der Toreinfahrt konnten. Der begleitende Soldat, ein brutaler Kerl, fing an, derart auf

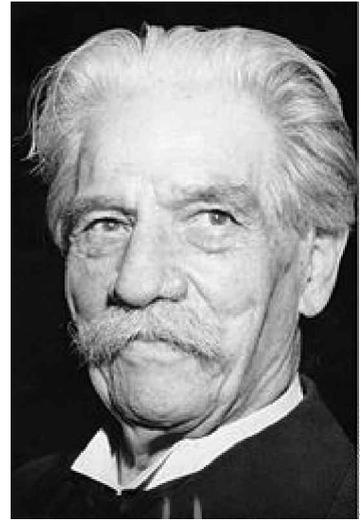
die Tiere mit dem dicken Ende des Peitschenstiels loszuschlagen, dass die Aufseherin ihn empört zu Rede stellte, ob er denn kein Mitleid mit den Tieren hätte. „Mit uns Menschen hat auch niemand Mitleid“, antwortete er mit bösem Lächeln und hieb noch heftiger ein ... Die Tiere zogen schließlich an und kamen über den Berg, aber eins blutete.

Liebe Freundin, die Büffelhaut ist sprichwörtlich an Dicke und Zähigkeit, und ward zerrissen. Die Tiere standen beim Abladen ganz still erschöpft, und eins, das, welches blutete, schaute dabei vor sich hin mit einem Ausdruck in dem schwarzen Gesicht und den sanften Augen wie ein verweintes Kind. Es war direkt der Ausdruck eines Kindes, das hart bestraft worden ist und nicht weiß, wofür, weshalb, nicht weiß, wie es der Qual und rohen Gewalt entgehen soll ... Ich stand davor, und das Tier blickte mich an, mir rannen die Tränen herunter – es waren seine Tränen, man kann um den liebsten Bruder nicht schmerzlicher zucken, als ich in meiner Ohnmacht um dieses stille Leid zuckte. Wie weit, wie unerreichbar verloren die freien saftigen Weiden Rumäniens! Wie anders schien dort die Sonne, blies der Wind, wie anders waren die schönen Laute der Vögel oder das melodische Rufen der Hirten! Und hier diese fremde, schaurige Stadt, der dumpfe Stall, das Ekel erregende muffige Heu mit faulem Stroh gemischt, die fremden, furchtbaren Menschen und – die Schläge, das Blut, das aus der frischen Wunde rinnt ... O mein armer Büffel, mein armer, geliebter Bruder, wir stehen hier beide so ohnmächtig und stumpf und sind nur eins im Schmerz, in Ohnmacht, in Sehnsucht. Derweil tummelten sich die Gefangenen geschäftig um den Wagen, luden die schweren Säcke ab und schleppten sie ins Haus; der Soldat aber steckte beide Hände

in die Hosentaschen, spazierte mit großen Schritten über den Hof, lächelte und piff einen Gassenhauer. Und der ganze Krieg zog an mir vorbei ...“

Das Wort „Selig sind die Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erlangen“, hat diese Frau verstanden. Nicht begriffen hat sie, dass durch Gewalt keine geistige Erneuerung der Menschheit kommen kann. „Wer das Schwert nimmt, soll durch das Schwert umkommen“, ist an ihr in Erfüllung gegangen. Wie viel hätte diese edle Seele der Menschheit geben können, wenn sie nur mit Gedanken für Gedanken gekämpft hätte und nur geistige Kraft hätte sein wollen!

Albert Schweitzer



Albert Schweitzer

Der Original-Brief von Rosa Luxemburg ist vor dem 24.12.1917 (Weihnachtsbrief) in Breslau geschrieben. Die Adressatin ist Sonitschka (=Sonja Liebknecht, die Frau von Karl Liebknecht), von Schweitzer in „liebe Freundin“ geändert. Rosa saß insgesamt 3 Jahre und 4 Monate im Gefängnis, und zwar in Berlin, Wronke (Provinz Posen) und Breslau. Tag der Haftentlassung: 9. Nov. 1918, ermordet am 15. Januar 1919.

Frau Sonja Poteau (Maison Albert Schweitzer in Günsbach) sage ich Dank für die Kopie aus dem „Kirchenboten“. (Das Original-Manuskript Schweitzers ist nicht erhalten.)

Nachbemerkung zum Text

Für die Frage der „Echtheit“ des Schweitzer-Textes verweise ich auf die Vorbemerkung der Herausgeber (C. Günzler und Joh. Zürcher) im o. a. Nachlassband S. 377: „Die Herausgeber gehen von der ... Annahme aus, dass Schweitzer der Autor dieser Texte ist ...“ Ich habe den Rosa-Luxemburg-Brief bei Schweitzer mit dem Urtext verglichen. (Siehe Walter Jens, Rosa Luxemburg, in: Kristina von Soden (Hg.), R. L.,

Berlin 1988, S. 6ff. ; dort S. 9f. Vgl. Rosa Luxemburg, Briefe Bd. 5, Berlin 1987, (Dietz), S. 349 f.) Schweitzer hat kleine Änderungen vorgenommen: statt „den Wagen führen“ steht im Original „fuhren“; statt „so dass für sie das Wort gilt: ‚Wehe den Besiegten!‘“ steht im Original: „bis sie begreifen lernten, dass sie den Krieg hatten“; statt „ausgenützt“ steht im Original „ausgenutzt“; statt „ward zerrissen“ steht im Original „die war zerrissen“.

Am Schluss des Briefes „... und piff leise einen Gassenhauer. Und der ganze herrliche Krieg zog an mir vorbei ...“ streicht Schweitzer „leise“ und „herrliche“.

Der Originalbrief endet; „Schreiben Sie schnell. Ich umarme Sie, Sonitschka, Ihre R.

Sonjuscha, Liebste, seien Sie trotz alledem ruhig und heiter. So ist das Leben, und so muss man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd – trotz alledem. Fröhliche Weihnachten!“ R.

Von Johann Hinrich Wichern bis Christoph Blumhardt d.J.

Gesellschaftskritik als Konsequenz diakonischer Überzeugungen?¹

Von Ulrich Peter

Der Auftrag des Christen geht in zwei Richtungen. Einerseits ist der Christ dem Mitmenschen geschwisterlich zur Seite gestellt, um ihm zu helfen, den Heilswillen Gottes für sich persönlich zu erkennen. Das ist sein „seelsorgerlicher“ Dienst. Andererseits ist er ins öffentliche Leben gestellt, um dort, in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, offizieller Kirche weltweit Gottes Heilswillen geltend zu machen. Das ist sein „prophetischer“ Dienst.

Der Begriff Diakonie wird von dem griechischen Wort „diakonein“ abgeleitet, das wörtlich übersetzt „am Tisch dienen“ bedeutet. Diakonia (Dienst) war immer eine der Grundfunktionen von Kirche. Und diese Diakonie hatte immer auch eine politische Dimension. Seit einigen Jahrzehnten gibt es auch die Kategorie des „politischen Dienstes der Kirche“, der „politischen Diakonie“. Und im Lutherischen Weltbund² wurde auch über „prophetische Diakonie“ in der Tradition der Propheten der hebräischen Bibel diskutiert, die entschieden die Gerechtigkeit verteidigten und heftig reagierten, wenn das von Gott gegebene Gesetz gebrochen wurde.

Auch in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, gibt es Grund genug zu solchen Reaktionen. Mittlerweile habe ich an vielen Stellen déjà-vu-Erfahrungen und treffe auf historische Wiedervorlagen. Selbst für erledigt gehaltene Probleme werden wieder aktuell.

Ich hätte mir vor einigen Jahren nicht vorstellen können, dass es bundesweit einige hundert „Tafeln“ gibt, wo durch ehrenamtliches Engagement Hunderttausende von Bedürftigen Essen erhalten. Und ich hätte mir auch nicht vorstellen können, dass Bundespräsident Horst Köhler in seiner ersten Rede nach seiner Wahl im Bundestag erklärte, dass der „Sozialstaat sich übernommen habe“, und lobend auf die Evangelische Stadtmission hinwies, die ohne staatliches Zutun allein aus Spenden eine Beratungsstelle für Obdachlose eröffnet habe.³ Und dies meinte er nicht bedauernd, sondern positiv. Wir haben gerade erlebt, dass für Banken 500 Milliarden bereitgestellt werden, aber die Sozialkürzungen weitergehen.

Ich werde drei Männer und eine Frau vorstellen, die zu unterschiedlichen Zeiten in fast zwei Jahrhunderten und auf unterschiedliche Art und Weise seelsorgerlich und prophetisch gedient haben, diakonisch tätig geworden sind. Jede Person ist es wert, dass über sie lange und gründlich berichtet und diskutiert wird, was aus Zeit- und Platzgründen nicht möglich ist. Über Wichern ist in dieser Hochschule von Pastor Dietrich Sattler und Prof. Brakelmann kompetent referiert worden. Hier kann ich gut anknüpfen. Bei Christoph Blumhardt d. J. werde ich länger verweilen, da ich vermute, dass er für die meisten von Ihnen die unbekannteste der vier Personen sein dürfte, und das sollte er nicht bleiben. Für Helmut Gollwitzer und Dorothee Sölle habe ich genug Zeit eingeplant, da ich beiden, durch

Studium bei dem einen, durch wichtige Begegnungen mit der anderen, wichtige Impulse und Wegweisungen verdanke.

Ich möchte Ihnen vier Einzelbiographien plus einen roten Faden, der sich durch alle Teile ziehen soll, präsentieren. Ich darf ihnen den roten Faden vorstellen.

Welche Wirkungsgeschichte hat die jew. Person auf die anderen gehabt?

Welche Bedeutung hatte der Reich-Gottes-Begriff, und wie wurde er definiert?

Wie wurde die real existierende Kirche eingeschätzt, und wie ging diese mit der jew. Person um?

Wie wurde die real existierende sozialistische Bewegung eingeschätzt, und wie ging diese mit der jew. Person um?

Welche Praxis resultierte bei der jew. Person aus der individuellen religiösen Überzeugung?

Auch die Komparatistik soll nicht zu kurz kommen, ich möchte aber auch keiner Person Unrecht zufügen. Ich lasse mich von der folgenden Maxime eines großen Philosophen leiten:

„Historische Verdienste werden nicht danach beurteilt, was historische Persönlichkeiten, gemessen an den heutigen Erfordernissen, nicht geleistet haben, sondern danach, was sie im Vergleich zu ihren Vorgängern Neues geleistet haben“.⁴

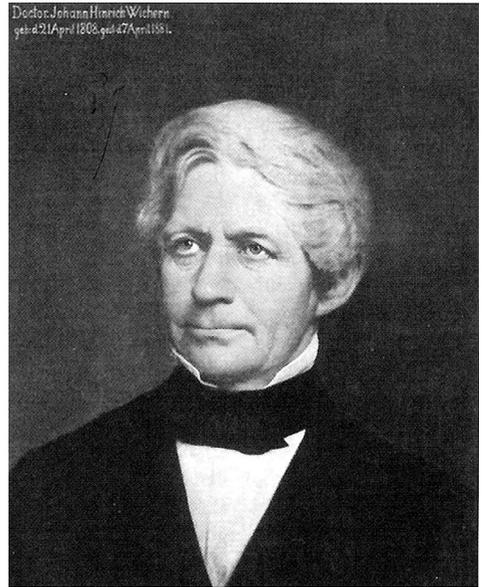
Das Zitat stammt aus dem Jahre 1897 und der Verfasser war ein gewisser Lenin.

Johann Hinrich Wichern

Ich möchte mit Johann Hinrich Wichern beginnen, dessen zweihundertsten Geburtstag wir begehen. Geb. 21.4.1808 in Hamburg, dort gest. 7.4.1881.

Mein Landesbischof Wolfgang Huber hat Wichern so charakterisiert.

„An Johann Hinrich Wichern (1808-1881) fasziniert sein Unternehmungsgeist aus christlichem Glauben. Beeindruckend ist



Johann Hinrich Wichern

seine Bereitschaft, in relativ jungen Jahren die Initiative zu ergreifen, sich das Elend, vor allem junger Leute, während seiner Lehrerzeit aus der Nähe anzuschauen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Von diesem Impuls her hat er dann prägende Institutionen geschaffen, ohne die man sich die heutige Diakonie gar nicht vorstellen könnte. ...

Deshalb brauchen wir ihn heute aber nicht zu verherrlichen. Die Erinnerung an seinen 200. Geburtstag ... könnte sich auch dadurch auszeichnen, dass man die Größe dieser historischen Figur auch darin zur Geltung kommen lässt, dass man zugibt, dass es dort, wo viel Licht ist, auch Schatten gibt.⁵

Unbestreitbar ist Johann Hinrich Wichern die bedeutendste sozialpolitische Persönlichkeit der evangelischen Diakonie. Er wusste, wie die Unterschichten seiner Zeit lebten. Dies im Gegensatz zur Kirche seiner Zeit nicht hingenommen zu haben, son-

dem aus dem Nichts mit der Inneren Mission ein Instrument zur Behebung der schreiendsten Missstände und zur Linderung der größten Not geschaffen zu haben, darin besteht sein durch nichts zu schmälernendes Verdienst.

Kommen wir zu den „Schatten“, auf die Bischof Huber hinweist. Dass diese Missstände, die Armut und die Not von Millionen struktureller Natur war, dass diese Strukturen von Menschen geschaffen und auch durch Menschen wieder veränderbar waren, dass die „Opfer“, die er diakonisch im Blick hatte, auch „Resultat von Prozessen und Strukturen“ waren, dieser Horizont blieb ihm völlig unzugänglich.

DiETRICH Bonhoeffer, der mit der organisierten Diakonie wenig, mit recht verstandener christlicher Liebestätigkeit dafür um so mehr zu tun hatte, brachte es 1933 auf den Punkt: Es gehe darum „nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen.“ Dies versuchten schon zur Zeit Wicherns die Sozialisten. Deren Ideenwelt blieb ihm zeitlebens unzugänglich und die ethische Tiefe vieler sozialistischer Schriften und Ansätze unvorstellbar. Sein Wissen über die Kommunisten und Sozialisten bezog er aus Darstellungen über den französischen Frühsozialismus, die er z.T. auch falsch interpretierte, aber die als gute Grundlagen für Bedrohungs- und Verschwörungsszenarien dienten.

Was sich in Deutschland tatsächlich als Sozialdemokratie entwickelte, blieb ihm verborgen. Kontakt zu Sozialdemokraten hatte er nicht, und eigene Erfahrungen in und mit sozialdemokratischen Versammlungen besaß er nicht. Selbst das zeitgenössische Schrifttum der Sozialdemokratie war für ihn terra incognita. Trotzdem hatte er eine klare Vorstellung von der SPD und ihren Bestrebungen.

Revolution und Klassenkampf waren für ihn das künstliche Machwerk einzelner Demagogen, und von Geheimbünden, die dies im Verborgenen organisierten.

Im Oktober 1871 führte er auf einer kirchlichen Veranstaltung in Berlin u.a. aus: „Von einem Generalrat aus erfolgen alle Befehle an alle Vereine der Arbeiter in allen Ländern. Es ist eine vollständige Hierarchie, die von einer Stelle aus sich blind regieren lässt.“⁶

Das Gegenteil war richtig, der Generalrat der I. Internationale hatte praktisch keinen Einfluss und löste sich wenige Jahre später auf. Aber diese Wahrnehmungsfolie hat bis heute überdauert.

„Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau.“ Alles wird ferngesteuert! Auch die Beschreibung der Ziele der Internationale, die Wichern in dieser Rede liefert, ist zeitlos:

„Die Internationale ist eine Gesellschaft des Krieges und des Hasses, sie hat zur Grundlage den Atheismus und den Kommunismus, zum Ziel die Vernichtung des Kapitals und derjenigen, die es besitzen, als Mittel die brutale Gewalt des großen Haufens, die alles zerdrücken soll, was zu widerstehen versucht. Ihre Verhaltensregeln sind die Negation aller Prinzipien, auf denen die Zivilisation beruht.“⁷

Hätte ich mehr Zeit, würde ich aus dieser Rede mehr zitieren, denn in ihr ist alles zusammengefasst, was das Bürgertum der sozialistischen Bewegung zutraute, von freier Liebe bis zur Ablehnung der Wissenschaft. Und diese Rede hielt Wichern mit 63 Jahren.

Seine sozialdiakonischen Ziele tangierten das Gewissen, aber bezogen sich nicht auf die Veränderung oder Kritik der politischen und wirtschaftlichen Strukturen der Gesellschaft seiner Zeit, die in Teilen bürgerlich-kapitalistisch, in anderen noch feudal-agrarisch verfasst war.

Seine Änderungsvorschläge waren Appelle an die gesellschaftlichen Entscheidungsträger, ihre Gesinnung zu ändern. Von ihnen erwartete er christliches Verhalten, das eine „soziale Wiedergeburt des Volkes“ bewirken sollte. Keine Änderung nach vorn, sondern eine Änderung zurück zu den althergebrachten feudalen Strukturen einer Agrar- bzw. Handwerker-gesellschaft, in denen der gute Meister bzw. der gute Bauer als guter christlicher Patriarch und Hausvater für seine Knechte bzw. Gesellen sorgte.

Die Pervertierung der sozialen Lebensverhältnisse wird als Konsequenz des Abfalls vom Evangelium begriffen. Die Verirrung des Gewissens ist die Ursache der sozialen und politischen Wirrnisse der Gegenwart. Die „ewigen Schöpfungsordnungen“ von Kirche, Familie, Volk und Staat müssen wieder in ihre Rechte eingesetzt werden.

Wichern verstand seine Ziele als ein fundamental theologisches Gegenkonzept zu einer Gesellschaft mit allen uns aus der konservativen Kulturkritik bekannten Verfallserscheinungen in den Bereichen Glauben, Sitte, Ordnung und Politik. Und verantwortlich waren die Kräfte, die für Konservative immer hinter dem Aufruhr des Volkes stehen: Atheisten und Kommunisten, die gegen die gottgewollte, heilige Obrigkeit und Ordnung revoltieren. Sozialismus war für Wichern Synonym für Atheismus. Der Mensch will sich an Gottes Statt setzen, macht sich zum Protagonisten des satanischen Prinzips. Dagegen gibt es ein Heilmittel: Die Wiedereinsetzung Gottes auch als Ordnungsprinzip gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse.

Das Reich Gottes steht in ständiger Auseinandersetzung mit dem Reich der Welt, in dem die Sünde (darunter der Erzfeind der Kirche, die Revolution!) in ihren vielen

Formen anwesend ist. Die innere Mission ist die faktische Reich-Gottes-Arbeit in dieser Welt.

„Der Tag der Ausgeburt der Revolution sollte der Tag der eigentlichen Geburt der Inneren Mission werden.“⁸

Die Tragik Wicherns besteht m. E. vor allem darin, dass sich seine kulturkritischen Ziele und seine Frontstellung gegen die Arbeiterbewegung problemlos für die antidemokratischen Herrschaftsinteressen von Adel, Wirtschaftsbürgertum und Obrigkeitkirche verwerten ließen.

Diese Wirkungsgeschichte hat mit dazu beigetragen, dass die Allianz von Thron und Altar in Deutschland so gut funktionierte. Mit seiner rückwärts gewandten theologisch-politischen Welt-sicht und der verhängnisvollen Bindung an die alten Mächte hat er zur Auswanderung des Proletariats und des liberalen Bürgertums aus der Kirche mit beigetragen. Es kam zu keinem Dialog zwischen Innerer Mission und Arbeiterbewegung, auch deshalb, weil sich in dieser immer stärker ein antikirchlicher und atheistischer Impetus durchsetzte, was wiederum das bei den ev. Kirchen bereits bestehende Feindbild zu bestätigen schien. Diese Blockbildung hatte lange Bestand, obwohl es an Versuchen, die Blöcke zu überwinden, nicht gefehlt hat.

Mit Bischof Huber habe ich diesen Teil begonnen, mit ihm will ich ihn auch beenden. In einem Interview in der Zeitschrift „Zeitzeichen“⁹ sagte er zu Wicherns Bedeutung:

„Aus seinem Ansatz ist „zu lernen, dass das Eintreten für die Schwächeren in einer Gesellschaft immer eine persönliche Seite, eine Seite des freien gemeinschaftlichen Engagements, und eine staatlich-politische Seite hat. Dieser Grundgedanke bleibt gültig, auch wenn er diesen Gedanken mit da-

maligen restaurativen Vorstellungen von einem christlichen Staat verband.“

Dass man diese Gedanken auch mit anderen, nicht rückwärtsgewandten Vorstellungen vertreten kann, möchte ich im Folgenden vorstellen. Ich komme jetzt zu Christoph Blumhardt.

Christoph Blumhardt d. J.

* 1842 in Möttlingen bei Calw, † 1919 in Bad Boll.

„Dieser Mann gehörte wohl zu uns, aber er stand hoch über unserer Partei. Er hieß Christoph; Christophorus heißt Christusträger; er hat versucht, Christus über den breiten Graben, der uns von den Bürgerlichen trennt, zu uns herüberzutragen, und das werden wir ihm nie vergessen.“

So der Trauerredner des Vorstandes der württembergischen SPD, damals noch die



Christoph Blumhardt d. J.

Partei des Klassenkampfes, am Grabe Blumhardts 1919. Von der Kirchenbehörde war niemand gekommen.

Im Jahr 2008 sucht man diesen Blumhardt auf der Website der württembergischen Kirche vergebens. Allerdings ist sein Vater Johann Christoph Blumhardt (1805–1880) dort in die „Geschichte der Evangelischen Landeskirche in Württemberg“ aufgenommen worden.

Er ist für die bürgerlichen Pietisten erträglicher, denn statt sich mit den verfeimten Sozialdemokraten gemein zu machen, hat Blumhardt der Ältere Dämonen angetrieben und mit dem berühmten Fall der Gottlieb Dittus Kirchengeschichte geschrieben. Als der Dämon ausfuhr, ist ihr Satz „Jesus ist Sieger!“ überliefert. Es gibt seitdem eine nicht mehr zu überblickende Traktatliteratur über diesen Fall und Blumhardt d.Ä., mittlerweile auch aus der esoterischen Ecke.

Dass Blumhardt d.J. zwar den Weg in viele Theologielexika fand, aber nicht in das Gedächtnis seiner Landeskirche – von den anderen Kirchen ganz zu schweigen – ist erklärbar. Zum einen hat B. relativ wenig geschrieben. Er war eigentlich kein Autor, überliefert sind vor allem Predigten und Andachten. Er hat keine Systematik verfasst, keine Dogmatik und gehört in keine Kategorie und kein System.

Und er war kein akademischer Lehrer und hat keine Schule hinterlassen. In die Theologiegeschichte ist er dadurch gekommen, dass er in die Ahnengalerie der Dialektischen Theologie gehört. Und zum zweiten auch, weil er als der geistige Vater des deutschsprachigen Religiösen Sozialismus gilt.

Anzumerken ist noch, dass sich die Scheidung der dialektischen Theologie und des religiösen Sozialismus vor allem wegen der unterschiedlichen Blumhardt-Interpretation zwischen Barth und Ragaz vollzog. Und beide hatten für ihre Interpretation gute Gründe.

Ich möchte mit Blumhardts Option für die SPD beginnen. Blumhardt kam zur SPD nicht durch das Studium ihrer theoretischen Schriften, diese las er erst später. Er hatte an Veranstaltungen der SPD teilgenommen, mit Sozialdemokraten gesprochen und begriffen, worum es der Partei ging. Am 24. Oktober 1899 stimmt Blumhardt in einer sozialdemokratischen Parteiversammlung in Göppingen den Zielen der Partei ausdrücklich zu. Es geht um das Thema Ausbeutung, es geht um Tarife, wie heute auch noch – und Blumhardt bekennt sich in dieser Veranstaltung als Sozialisten.

Was bei den meisten zeitgenössischen Pfarrern und Theologen Erschrecken auslöste, akzeptierte Blumhardt als gutes Vorzeichen des nahen Gottesreiches, und er erklärte sich bereit, als Diener Gottes in dieser Bewegung mitzuarbeiten und Gottes Wort dort zu sagen. Auch in dem etwas längeren und reflektierten Antwortschreiben an seine Freunde bringt er dies zum Ausdruck:

„Tritt nun eine Gesellschaft auf, aus bitterster Not geboren, und ringt um dieses Ende, um Erlösung von dieser Geldwelt und Geldzeit, wer will mir wehren, dieser Gesellschaft die Hand zu reichen im Namen Christi? Wer will's mir verargen, ihr recht zu geben in ihrem lauterem Zeugnis, dass wir uns auf abschüssiger Bahn befinden und in ihrer Hoffnung, dass wir trotz allen heutigen Verderbens einer neuen Zeit entgegengehen, einer Zeit, in welcher es in Wahrheit heißen wird: Friede auf Erden!, in welcher Menschen geboren werden, die verstehen, was Leben und Seligkeit heißt. Solches Endziel ist das Reich Gottes auf Erden, des Gottes, der ein Heiland ist aller Menschen.“¹⁰

Die Lokalzeitung wertet dies als „Pfarrer Blumhardts Bekenntnis zur Sozialdemokratie.“ Es war eine Sensation, denn den

Schritt zur SPD taten außer Blumhardt nur zwei weitere Pfarrer im Protestantismus des Kaiserreichs. Das Aufsehen, den dieser Übertritt eines Pfarrers zu den als kirchenfeindlich, religionsfeindlich und gottlos verschrienen Sozialdemokraten auslöste, war ungeheuer. Blumhardt verlor daraufhin seine kirchliche Stellung und wurde aus dem Pfarramt gedrängt. Im Ergebnis musste er auch auf den Pfarrertitel verzichten.

Seine Partei stellte ihn als Landtagskandidaten auf, er wurde gewählt und saß mit fünf anderen Genossen von 1900 bis 1906 im Württembergischen Landtag. Er sprach dort über Getreidezölle zugunsten der kleinen Bauern, er war vor mehr als hundert Jahren für eine Simultanschule, er verteidigte das Recht von Frauen, ihrer Berufsarbeit nachgehen zu dürfen, erwirkte ihnen mehr Rechte und tausend andere Dinge mehr.

Wenn man ihn nach seiner Politik fragte, nach dem, was er dort so einfach, so klar, so adressiert gesagt hat, dann antwortete er: „Hier auf Erden müssen wir glauben.“ Und da steht die Arbeit als Sozialdemokrat in direktem Zusammenhang mit Blumhardts Reich-Gottes-Denken. Hier sind wir im Kern von Blumhardts Reich-Gottes-Theologie:

Die Heilung der Gottliebigen Dittus verstand Blumhardt d. Ä. als Wirken Jesu in der Gegenwart, als Sieg im konkreten, gegenwärtigen Kampf gegen die Macht der Finsternis.

Blumhardt d. J. versteht diesen Kampf Gottes in der Welt aber auch als Kampf gegen die widergöttlichen Kräfte, die in der Gesellschaft wirksam sind (wie z. B. der Mammonismus).

Als dessen Ausgang sieht der göttliche Plan die Errichtung des Reiches Gottes auf Erden vor. Blumhardt erkannte den Aufbruch zum Gottesreich in der soziali-

stischen Arbeiterbewegung des Deutschen Kaiserreichs. Sie war die unangefochtene Vertretung der Fabrikarbeiter, der Landarbeiter, der kleinen Handwerker und des Dienstpersonals.

In den Utopien der Sozialdemokratie, ihren Zielen, wie der Abschaffung bisheriger Herrschaftsformen, und in der angestrebten neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sah Blumhardt Konkretionen und Wirkungen des Reiches Gottes. Je idealer, je utopischer und unmöglicher diese Ideen scheinen, desto mehr waren sie für ihn Gottes Gedanken. Für ihn ist das eschatologische Verständnis der Geschichte bezeichnend: Der Glaube an den lebendigen Gott, der sein Reich auf Erden errichten will und dafür Menschen zur Mitarbeit ruft.

„Das Reich Gottes ist eine neue Gesellschaftsform, die gefunden werden muss, eine neue Lebensart. Jesus packt von unten an. ... Warum packt er es da drunten? Ja, da hat er die Wurzel, denn diese Habsucht, diese Eigentumswut, diese Selbstsucht, darin besteht die Sünde der Welt, darin liegt alle Tyrannei, alle Grausamkeit, aller Mord.“¹¹

Für Blumhardt sind die wesentlichen Absichten der Sozialdemokratie im Prinzip christlich und bedeuten praktisch ausgeführtes Christentum. Im Kommunismus bricht sich der christliche Gedanke der Gemeinschaft und der Nächstenliebe Bahn. Das Reich Gottes wird somit politisch konkret. Wesentliche politische Ziele des sozialdemokratischen Zukunftsstaates, der sozialistischen Gesellschaft, decken sich in dieser Zeit mit Blumhardts Reich-Gottes-Bild.

- Sozialität und soziales Verhalten der Menschen untereinander.
- Das Lebensrecht des Menschen als Grundprinzip.

– Der Internationalismus der Sozialdemokratie und der Gott aller Völker mit einem universalen, internationalen Himmelreich, verbunden mit der konsequenten Ablehnung des Nationalismus.

- Gemeinsame Grundwerte wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.
- Der gemeinsame utopische Modellcharakter der sozialistischen Gesellschaft und des Gottesreiches.
- Der Einsatz für den Frieden gegen den Krieg.

Antikapitalismus bedeutet Antimammonismus. Der Kapitalismus wird als Mammonismus theologisch als widergöttliches Wirtschaftssystem gedeutet.

Die Fülle dieser Strukturmomente macht die enge Verwandtschaft zwischen Reich-Gottes-Hoffnung und Zukunftsstaat bei Blumhardt deutlich. Die Nähe beider Größen geht auch aus zwei charakteristischen Äußerungen vom Sommer 1900 hervor.

„Schafft an dem, was das Himmelreich oder, wie die Sozialdemokraten sagen, den Zukunftsstaat bringt.“ (13. Juli 1900, Harder II, S.249)

In einer Abwandlung von Markus 1.15 sagte Blumhardt:

„Ich habe schon oft zu meinen Genossen gesagt, wenn du dich nicht änderst, kommst du nicht in den Zukunftsstaat.“ (Harder, II, 235.)

Zukunftsstaat war in der frühen Sozialdemokratie Synonym für Sozialismus, und Blumhardt hatte sich in die Theorie der Sozialdemokratie gut eingelesen. In einem weiteren Antwortschreiben an Freunde hatte er 1899 geschrieben:

„Was in mir lebt von Christus und was ich zeitlebens von einem Reiche Gottes auf Erden und seiner Gerechtigkeit auf Erden glaube und erstrebe, drückt sich auch in dieser meiner Verbindung mit der großen,

um ihr Leben ringenden Arbeiterklasse aus. Glaubet vielmehr, dass die heutige Zeit mehr als eine andere uns dem Reiche Gottes näher zu bringen Beruf hat.“¹²

Vom damaligen SPD-Vorsitzenden August Bebel, von dem das Zitat „Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser“ überliefert ist, wird ohne Nachweis der Echtheit auch überliefert:

„Wenn ich bei Pfarrer Blumhardt in Boll bin, fällt es mir leicht, an Gott zu glauben.“ Blumhardt ist bis zu seinem Lebensende SPD-Mitglied geblieben. Allerdings ist B. in seinen letzten Jahren immer stiller¹³ geworden. Ihm ging es bei den Sozialdemokraten stets um die Sache, um Gottes Wort und seine lebendige Wirklichkeit, nicht um eine Partei oder um ihr Programm.

Als Parteigenosse sah sich Blumhardt an oberster Stelle der Nachfolge Christi verpflichtet, aber angesichts der sozialen Benachteiligung der Arbeiter, der Verleumdung ihrer Ziele und Ideale sowie der Unterdrückung ihrer Arbeiterpartei stellte er sich auf ihre Seite in dem Bewusstsein, damit seinen Weg der Nachfolge nur fortzusetzen. Diesen Ansatz theologisch konkreten Denkens und politischer Nachfolge gab Blumhardt nicht auf.

Als nach dem Dresdner Parteitag 1903 die Arbeit in der Partei immer schwieriger wurde und Blumhardt zunehmend unter Beschuldigung des Revisionismus und mangelnder Linientreue geriet, da wurde ihm klar, dass die Parteiführung nicht die Höhe der Ideale und die Tiefe der Umwälzung anstrebte, wie er sie verfolgte.

„Die Sozialdemokraten hoffen, dass durch die Bildung der Menschen die richtige Ordnung kommt. Und ich hoffe, dass sie durch Gottes Geist kommt. Das ist der Unterschied zwischen uns.“ (Gespräche beim Abendessen, 1.9.1903)¹⁴

In einer Predigt vom 29.11. 1909 zum 1. Advent sagte er:

„Warten ist eine große Tat, warten dort hinein, in jene Finsternisse, ... dort hinein soll der Tag des Menschensohns kommen! ... Wartende müssen wir sein; Kraft im Warten müssen wir haben, wirklich Hoffende, wirklich Ringende werden. Ist der Tag Gottes da, dann wird unser Warten auch für die anderen etwas wirken.“¹⁵

Blumhardt war ein Erwecker, einer aber, der zutiefst von der nahen Wiederkunft Christi überzeugt war. Das Kommen des Reiches Gottes bleibt Gottes Aktivität, was jedoch die Mitarbeit des Menschen mit einschließt. In seinen „Hausandachten“, ein wunderschönes, heute leider fast unbekanntes Buch, steht in der Andacht vom 21. Dezember dieses Gebet:

„Herr unser Gott, wir harren deiner Hand, ob sie drückt oder segnet, aber endlich wird sie uns segnen. Wir bitten dich, denn wir können ohne deine Hand nicht leben, keinen Tag, keine Stunde.“¹⁶

„Wir können für alle Welt das Gute hoffen ... Die Erscheinung Jesu Christi gibt uns Mut zu sagen: Auf Erden wird euer Jammer ein Ende nehmen! Auf Erden wird die Sünde ein Ende nehmen! Auf Erden wird Gott Gerechtigkeit offenbaren, die ihm wohlgefällt. Auf Erden gibt er dir seine Gaben und seine Kräfte. Auf Erden sollst du fröhlich werden.“

Johannes Harder: Worte des evangelischen Pfarrers und Landtagsabgeordneten Christoph Blumhardt, JUDIE-TB. 4/5, Wuppertal 1972, S. 179

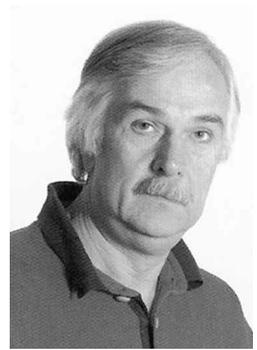
- ¹ Vortrag am 12. November 2008 in der Fachhochschule Rauhes Haus in Hamburg.
- ² Der Norweger Kjell Nordstokke forderte auf der LWB-Diakoniekonsultation eine Unterscheidung zwischen politischer und prophetischer Diakonie. Bezug: Johannesburg (Südafrika)/Genf, 6. November 2002 (LWI)
- ³ Zitiert nach: Franz Segbers, *Von sozialpolitischer Armutsbekämpfung zurück zur Armenfürsorge?*, in: *Sozialismus*, 6/2008.
- ⁴ W.I. Lenin, „Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik“, in: *Werke Bd.2*, S. 180.
- ⁵ Aus: http://www.wichern2008.de/22_93.htm
- ⁶ In *Werke*, Band III/Teil 2, S. 193, Berlin/Hamburg 1969.
- ⁷ *Ibid.* S. 193/94.
- ⁸ *Wichern*, *Die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche*, S.200, Hamburg, Agentur des Rauhen Hauses, 18893.
- ⁹ *Januarheft 2008*, S.39.
- ¹⁰ <http://www.elk-wue.de/landeskirche/zahlen-und-fakten/geschichte-der-landeskirche/>
- ¹¹ *Antwortschreiben von Christoph Blumhardt an seine Freunde*. Bad Boll im November 1899, in: Robert Lejeune (Hg.), *Christoph Blumhardt. Eine Auswahl aus seinen Predigten, Andachten und Schriften*, Bd. 3. *Predigten u. Andachten aus d. J. 1896 bis 1900*, Erlenbach, Rotapfel-Verlag, 1925, S.443–452. *Das Zitat ebd.* S.452.
- ¹² *So Blumhardt 1899*, in: Harder, *Johannes (Hg.) Christoph Blumhardt: Ansprachen, Predigten, Reden, Briefe. – Bd. 2., Seid Auferstandene! 1890 – 1906*, Neukirchen-Vluyn, 1978, S. 154. (Im Folgenden als Harder zitiert).
- ¹³ Lejeune, Robert. (Hg.) *Christoph Blumhardt. Eine Auswahl aus seinen Predigten, Andachten und Schriften, / Bd.3. Predigten u. Andachten aus d. J. aus d. J. 1896 bis 1900*, Erlenbach, Rotapfel-Verlag, 1925, S. 472.
- ¹⁴ „Der aktive Ton verstummt nach dem Rückzug aus der Politik. Das mag ... auf persönlichen Bedingungen beruhen, ist aber doch

wohl eine Folge der eigenartigen Subjektivität, die seine Stärke und, wie sich hier zeigt, auch seine Schwäche gewesen ist. Sein Weg in die Politik war eben doch zu sehr der Alleingang eines Charismatikers gewesen. In Bad Boll war er immer der Beherrschende, in der Partei war er einer neben vielen.“ Helmut Gollwitzer, *Christoph Blumhardt – neu sichtbar*, in: *EvTh* 41 (1981), S. 274

¹⁵ *Harder*, Bd.II, S.299

¹⁶ Lejeune, Robert (Hg.), *Christoph Blumhardt. Gottes Reich kommt! Eine Auswahl aus seinen Predigten, Andachten und Schriften aus d. Jahren 1907–1917*, Bd. 4, Erlenbach: Rotapfel-Verlag, 1932, S. 14.

Dr. Ulrich Peter wurde 1952 in Bergkamen/Kreis Unna geboren. Er studierte Psychologie, Sozial-, Rechts- und Erziehungswissenschaften in Münster und Evangelischen Theologie in Berlin. Er arbeitet als Berufsschulpädagoge in Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Kirchengeschichte der Neuzeit, zur Geschichte des religiösen Sozialismus und der sozialen Bewegungen. Letzte Buchveröffentlichung: *Möhrenbach-Schwerin-Workuta-Berlin: Aurel von Jüchen (1902–1991) Ein Pfarrerleben im Jahrhundert der Diktaturen* Schwerin 2006, ISBN 3-937447-28-8 E-Mail: ulrich.peter@evba.de



Ulrich Peter

Tagung anlässlich des 200. Geburtstags von Johann Hinrich Wichern
in der Evang. Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe/Bochum

Zwischen Tafel und Hartz IV

Von Friedrich W. Bargheer

„Zwischen Barmherzigkeit und Gerechtigkeit – Diakonie vor den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“ war das Thema. Private Wohltätigkeit und rechtsstaatliche Sozialpolitik: Wenn da statt „und“ als Bindewort „oder“ stünde, wäre es eine falsche Alternative. In sozialen und demokratischen Gesellschaften sind Erbarmen und Sozial-Gesetzgebung zwei Pole eines Spannungsfeldes – freilich mit Konfliktpotential. Zu einer solchen Tagung, zumal in einer Hochschule für Sozialwesen, erscheinen keine Kasino-Kapitalisten. Aber zahlreiche VertreterInnen aus Politik, Kirche, Diakonie und Wissenschaft – nicht zu vergessen Studierende und Lehrende, aktive und ehemalige. Und das nicht zu knapp. Die Aula war gut besetzt, die Workshops am Nachmittag auch.

Die besagte Spannung kam in allen Teilen der Tagung zum Ausdruck – in der Kontroverse, die sich an den einführenden Vortrag von Thomas K. Kuhn (Bochum/Basel) anschloß, in Franz Münteferings Hauptreferat über „Sozialstaat und soziale Gesellschaft“, in dem halben Dutzend Workshops zur Differenzierung und Vertiefung am Nachmittag und in der Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Politik, Kirche, Diakonie und Wissenschaft. Die Problematik weist an manchen Stellen über die thematisierten Pole hinaus – zum Beispiel in die Bereiche der politischen und der Wirtschafts-Ethik. So schrieb Willy Zylajew, MdB, der Diakonie wundervoll kölschend ins Stammbuch, dass Verbetriebs-

wirtschaftlichung organisierter Nächstenliebe nicht nur als Modernisierungs-Erfolg, sondern durchaus auch kritisch zu sehen sei. Die Anpassung aller Lebensbereiche, einschließlich des caritativen Hilfehandelns, ans Ökonomische, mahnt zur Vorsicht; denn Vermarktung von Nächstenliebe durch Diakonie-Konzerne – das „kommt nicht so gut ‘rüber“, gerade wenn es „nur“ um Minimierung von Personalkosten geht. Merke: Zwischen den Polen „Liebestätigkeit“ und „Bilanzdenken“ entsteht Glaubwürdigkeitsstress. „Es sei denn, die Grundlegung der Liebestätigkeit in der Nachfolge – Sie wissen schon, wen ich meine – wäre dem Modernisierungsdruck inzwischen längst geopfert ...“

Wie die Dinge liegen, wenn man die konstitutiven Prinzipien „Erbarmen“ und „Gerechtigkeit“ am konkreten Beispiel durchbuchstabiert, war Leitfrage der Workshops. Da gab es das Beispiel der Förderschule „Lernen“ in Wattenscheid. Rektor Christoph Graffweg stellte seine schon in den Medien vertretene These vor und zur Diskussion, dass er und sein Kollegium die Schülerinnen und Schüler von vornherein in der Regel bestenfalls für ein Leben in Armut und mit Hartz IV bilden und ausbilden. Sie seien aber nicht zynisch genug, den „Selber-schuld“-Standpunkt zu vertreten und Kinder von Eltern, die oft nicht in der Lage sind, einen Hartz-IV-Bescheid zu verstehen, dem Schicksal „Jugendarbeitslosigkeit“ zu überlassen. Sie würden vielmehr auf verschiedenen Wegen versuchen, Abhilfe zu schaffen, indem die Förderschule zum Beispiel die Heranwachsenden befähigt, mit

dem zur Verfügung stehenden Geld so umzugehen, dass sie (vielleicht bis Monatsmitte) damit auskommen; oder sie bilden ein Mentorensystem, das die wenigen Schüler mit Ausbildungsvertrag auf dem Weg in die Arbeitswelt begleitet. Mentoren der Stiftung „Partner für Schule“ stärken die Elternrolle oder übernehmen sie. Ein Berufsorientierungsbüro gehört zu diesem Engagement für die Jungen und Mädchen ebenso wie diese neue Generation von Care-Paketen für's Wochenende; denn viele schämen sich, zur „Tafel“ zu gehen oder sind mit diesem Institut nicht vertraut.

Kurz: In mancher Hinsicht leben zu Beginn des 21. Jahrhunderts die von Kriegs- und Nachkriegszeiten bekannten Nöte wieder auf.

Sigurd Hebenstreit illustrierte das in der Einführung zum Workshop an der Lebensgeschichte Wicherns. Als nämlich die Russen im Winter 1813/14 Hamburg belagerten – es war der Befreiungskrieg gegen Napoleon – da musste die Familie mit Tausenden von Flüchtlingen die Hansestadt verlassen, und der kleine Johann Hinrich lernte ein Schicksal kennen, das 200 Jahre später immer noch Millionen erleiden – Migranten, Heimat- und Arbeitslose. Wicherns Vater verlor Amt und Vermögen, starb an Lungenentzündung; die Mutter blieb mit sieben Kindern mittellos zurück. Es gibt zu denken – der Vater von Innerer Mission und Diakonie, selbst ein in prekärer sozialer Situation und Umwelt Großgewordener!

Friedrich Wilhelm Bargheer, 1938 in Bielefeld geboren, aufgewachsen in Herford. Studium der Germanistik und evangelischen Theologie (seit 1959); später

auch: Pädagogik, Soziologie, Vikariatszeiten in Wetter/Ruhr, Lissabon/Portugal und Dortmund, 1965 bis 1970 (nebenamtlich bis 1975) wiss. Mitarbeiter am Comenius-Institut/Münster. Seit 1968 verheiratet mit Barbara Siecke. Ordination, 1970 bis 1974

*Wiss. Assistent am Lehrstuhl für Ev. Religionspädagogik der Universität Münster. Promotion bei Helmuth Kittel (Dissertation „Gebet und Beten lernen“) 1972. Mitarbeit beim Fernstudium für ev. Religionslehrer, in bildungspolitischen Ausschüssen der EKD und bei Projekten des Comenius-Instituts (Kindergottesdienst, Kindergarten). 1974 bis 2004 FH-Lehrer und Prof. für Prakt Theologie mit Schwerpunkt kirchliche Bildungsarbeit an der Ev. FH Rheinland-Westfalen-Lippe in Düsseldorf und Bochum. In Düsseldorf langjähriges Wirken in der Gemeindearbeit und Friedensbewegung in Bochum bei Projekten des Kirchentags. Zwei Söhne: Claudio (*1970) und Matias (*1972). Veröffentlichungen in letzter Zeit: Was Menschen-Leben hält und trägt. Kirchliche Gemeindepaxis im Licht von Robert Kegans Konzept der Haltenden Kultur 1997; Die Lippische Landeskirche und die Juden 2006; Befreiung – Orientierung – Gemeinschaft – Elementare Theologie für Helfende Berufe.*



Friedrich W. Bargheer

BUNDESNACHRICHTEN

Vorstandswahlen BRSD

Am 13. Dezember 2008 traf sich ein kleiner Kreis von Mitgliedern, mit anderen fernmündlich oder per Post verbunden, bei uns im alten Pfarrhaus zur Mitgliederversammlung. Der BRSD hat zurzeit ca. 110 Mitglieder, CuS hat außer diesen noch ca. 130 Abonnenten und Abonnentinnen und eine Auflage von 700 Exemplaren. Gegenüber früheren Jahren hat sich die Haushaltslage verbessert, ist aber noch angespannt, weil unsere Mitglieder nicht zu den Reichen des Landes gehören. Dennoch tragen sie ihr Scherflein zum Gelingen bei.

Wieder gewählt wurden:

- Michael Bschorr, Bundessekretär (Ressort Verwaltung)
- Robert Wollborn, Bundeskassenführer (Ressort Finanzen)

– Reinhard Gaede, Bundessprecher, Schriftleiter CuS (Ressort Öffentlichkeitsarbeit)

– Darius Dunker, Webmaster (Ressort Programmatik)

– Berthold Scharf, (Ressort Kontakte)

Neu in den Vorstand gewählt wurden:

– Norbert Voß (Ressort Tagungen)

– Bernd Zielmann, (Ressort IKvu)

Als Rechnungsprüfer wurden wieder gewählt:

– Josef (Jupp) und Ursula Bories

Christian Gösling danken wir sehr herzlich für seine langjährige Mitarbeit im Vorstand als Bundeskassenführer.

Martina Ludwig, früher Bundessekretärin, ist unsere Delegierte bei Attac.

Reinhard Gaede

Soziale Gerechtigkeit – jetzt erst recht!

Können Judentum, Christentum und Islam zur Überwindung ungerechter sozialer und bildungspolitischer Verhältnisse beitragen?

Tagung vom 17./18.1.2009 anlässlich des 70. Todestages des antifaschistischen Pfarrers Georg Fritze (1874–1939), Gründer des Bundes religiöser Sozialisten Köln.

Schon der Prospekt der Tagung enthielt viel Information über das Programm: In

großen roten Lettern las man: „Es sollte überhaupt kein Armer unter euch sein.“

Es folgten Bibel- und Koranzitate: „Vielen Menschen sind Kernworte Jesu in den Evangelien bekannt. Leichter käme ein Kamel durch ein Nadelöhr als ein Reicher ins Gottesreich. Man könne nicht Gott dienen und dem „Mammon“, heißt es, doch auch: „Macht euch



Freunde mit dem ungerechten Mammon“ (Lukas 16). Mit ungerechtem Mammon der Gerechtigkeit dienen – geht das? Eine aktuelle Frage.

Bereits im fünften Buch Mose (15,4) heißt es: „Es sollte überhaupt kein Armer unter euch sein.“ Urgestein eines elementaren sozialetischen Maßstabs, an dem jede Gesellschaft zu messen ist. Auch für den Koran ist Gerechtigkeit ein zentraler Wert: „Oh ihr, die ihr glaubt, tretet für die Gerechtigkeit ein und legt Zeugnis für Gott ab“ (Sure 4,135).

Gerechtigkeit wie auch Schutz der Armen und Schwachen sind – in der Praxis oft verfehlt – Grundziele der drei abrahamischen Religionen Judentum, Christentum und Islam.“

Dann ging es um die Frage der Bildung: „Eine dringende Frage in diesem Kontext ist heute die Frage nach der Bildungsgerechtigkeit speziell für Menschen mit Migrationshintergrund. Sowohl in jüdischen, muslimischen als auch in so manchen christlichen Gemeinden spielt die Frage nach gerechten Bildungschancen für die nächste Generation eine große Rolle. Deshalb sollen Menschen zu Wort kommen, die aus der alltäglichen Erfahrung und Beratungsarbeit in ihren Communities berichten sowie über den Stellenwert von Bildung in Judentum, Islam und Christentum Auskunft geben und so zu einer dif-

ferenzierten Einschätzung der Situation beitragen können.“



Georg Fritze

Ein kleines Bild mit Text erinnerte dann an Pfarrer *Georg Fritze*: „1916, mitten im Ersten Weltkrieg, wurde Georg Fritze Pfarrer in Köln. Als er 1919 im Gürzenich einen Vortrag über das Verhältnis von Kirche und Arbeiterbewegung hielt, war die Resonanz überwältigend groß, und es entstand eine Gruppe, die sich *„Bund religiöser Sozialisten Köln“* nannte. Schon bald diskutierte man in dieser Gruppe auch darüber, welche Formen des Widerstands gegen die faschistische Gefahr, gegen ihre Gewalt und ihren Rassismus, wohl notwendig würden.

Nach der Machtübernahme der Nazis 1933 wurde – auch innerkirchlich – der Druck auf Georg Fritze immer größer, doch noch 1938 weigerte sich dieser, einen Treue-Eid auf Hitler zu sprechen. Schließlich wurde Fritze zwangsweise in den Ruhe-

stand versetzt. In der Folge jahrelanger aufreibender Auseinandersetzungen erlitt Fritze schließlich einen Herzschlag, der zu seinem Tod am 3. Januar 1939 führte.

Heute erinnert eine Gedenktafel im Innenhof der Kartäuserkirche an Georg Fritze. 1992 stiftete die Evangelische Kirche eine Georg-Fritze-Statue für die Fassade des Kölner Rathauses.“

Auch die Referenten und Referentinnen sind im Tagungsprogramm vorgestellt.

„*Darius Dunker*, Vorstandsmitglied des BRSD, leitete nach Theologie- und Germanistikstudium einige Jahre die Redaktion der Zeitschrift „Christin und Sozialistin – Christ und Sozialist“.

Armin Kopper, evangelischer Pfarrer in Rösrath, arbeitet mit eingewanderten, lutherischen ChristInnen osteuropäischer Prägung.

Viktor Ostrowski, Geschäftsführer bei Phoenix e.V., ist erfahren in der Arbeit mit osteuropäischen EinwandererInnen, teils mit jüdischem Hintergrund.

Birsen Ürek, Historikerin und Mitarbeiterin beim Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen, ist zuständig für Bildungsprojekte für muslimische Frauen.

Norbert Voß ist tätig in der Erwachsenenbildung, unter anderem für die Gewerkschaft Verdi. Auch im Vorstand des

BRSD ist er für die Konzeption von Tagungen zuständig.

Theo de Vries, reformierter Pfarrer aus den Niederlanden, ist Vorsitzender des Internationalen Konvents der Auslandspfarrrer.“



Georg Fritze unterwegs zu Hausbesuchen

Die *Melanchthon-Akademie Köln* und die *Evangelische Gemeinde Köln-Kartäuserkirche*, in der Pfarrer Fritze gewirkt hatte, waren Veranstalter der Tagung. Zum Thema „Georg Fritze als Streiter für soziale Gerechtigkeit“ referierte *Darius Dunker*. Historische Bilder gaben eine Anschauung von der Industrie-Region um Charleroi in Belgien, wo Georg Fritze 1899 als Hilfsprediger der Belgischen Missionskirche seinen kirchlichen Weg begann, der dann bis zur Kartäuserkirche in Köln führte, vgl. CuS4/ 2007, S. 43–47.

Norbert Voß stellte die Kölner Richtlinien der religiösen Sozialisten Kölns vom 27.10.1920 vor und verdeutlichte ihre Aktualität, wie in diesem Heft zu lesen. „Bildungsgerechtigkeit für alle“ war dann das Thema. *Birsen Ürek* gab „Muslimische Antworten“, wie in diesem Heft

wiedergegeben. Pfarrerin *Dorothee Schaper* von der Melanchthon-Akademie moderierte in der folgenden Diskussion.“ Christliche Antworten“ gab *Armin Kopper*, Pfarrer in Rösrath. Er war früher Islam-Beauftragter und betreut heute Christen und Christinnen aus Osteuropa. Er erinnerte an Psalm 1. Das Nachsinnen über Gottes Weisung setzt Bildung voraus und schließt Bildung ein. Bildung gehört zur Weltverantwortung des Menschen vor seinem Schöpfer. In der Diskussion sprachen die Teilnehmenden über ihre Erfahrungen mit Bildungsangeboten für verschiedene Gruppen. Pfarrer *Matthias Bonhoeffer* moderierte. „Jüdische Antworten“ gab *Viktor Ostrowski*. Er sprach über seine Herkunft: Juden wurden in der ehemaligen UDSSR als ein Volk angesehen. Im Kaukasus konnten sie ihren nach ihrem Glauben leben. Seit 1991

war die Ausreise möglich. Der Verein Phoenix vereint Juden Christen und Muslime. Viele Lehrer, deren Zertifikate hier nicht anerkannt sind, machen kostenlose Angebote für Kinder und Jugendliche; vgl. den Text über Phoenix in diesem Heft. Die abschließende Diskussion mit allen Referierenden zeigte die enge Kooperation der Migrantens-Organisationen, die christlich, muslimisch oder jüdisch geprägt sind. In Köln gibt es einen Rat der Religionen, zu dem 20 Religionsgemeinschaften gehören. Die *Kölner Friedens-Verpflichtung* vom 29.10.2006 erklärt: Gewalt und Terror dürfen „um Gottes Willen nicht sein“. „Unsere Religionen zielen auf ein friedliches und konstruktives Zusammenleben aller Menschen gleich welcher Religionszugehörigkeit.“ (www.kirchekoeln.de/images/cmsadd/friedensverpflichtung.pdf). Seit 2004 gibt



BRSD-Tagung in der Melanchthon-Akademie, Köln, 17./18.1.2009

es den *Integrationsrat*. Gegen ausländerfeindliche Bestrebungen hat es erfolgreiche Proteste gegeben. Die Diskussionsrunde ergab: Integration darf nicht verwaltet werden, darf kein System zum Geld-Verdienen sein. Finanzielle Mittel müssen mehr zu den Organisationen gelenkt werden, welche die Migranten und Migrantinnen vertreten. Der Nutzen für die Gesellschaft ist das Kriterium.

Etwa 15 ständige Gäste und 15 Tagesgäste nahmen am Samstag am Programm teil. Die Bundesmitglieder saßen noch lange am Abend gesellig zusammen und besuchten am

Sonntagmorgen nach dem Frühstück im benachbarten Altenheim den Gottesdienst in der Kartäuserkirche. Die Predigt von Pfarrer *Matthias Bonhoeffer* ist in diesem Heft wiedergegeben. Wir trafen uns nach dem Gottesdienst im Klostersaal und fuhren dann mit Pfarrer Bonhoeffer zum Grab Georg Fritzes, um seines 70. Todestages zu gedenken.

Darius Dunker, Norbert Voß und den Mitgliedern der Gruppe Rheinland im BRSD, der Kartäuser-Gemeinde und der Melancthon-Akademie sei herzlich Dank gesagt für die eindrucksvolle Tagung!

Reinhard Gaede

BRSD e.V.

Presseerklärung zur Eskalation des Krieges im Nahen Osten vom 9.1.09

Der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, aktiv für Frieden und Gerechtigkeit seit 1919/1926, ruft die Krieg führenden Parteien Israel und Hamas in Gaza auf, sofort einen Waffenstillstand zu vereinbaren und Friedensverhandlungen zu führen.

Für den Konflikt seit 40 Jahren ist typisch, dass Misstrauen und Hass zwischen Israelis und Palästinensern immer mehr zugenommen haben, die Friedensverhandlungen von Camp David und Oslo gescheitert sind und Ver-

trauen bildende Maßnahmen unterblieben sind.

Der Krieg Israels steht im Zusammenhang mit fortwährendem Beschuss von Städten und Dörfern seit 8 Jahren durch Raketen der vom Iran mit Waffen und Geld unterstützten Hamas, wobei Israel Tote und Verletzte zu beklagen hatte. Oft waren Selbstmordanschläge von Palästinensern ange droht und verübt worden. Außerdem weigert sich Hamas nach wie vor, Israels Existenzrecht anzuerkennen.

Die Bevölkerung des Ga-

zastreifens auf der anderen Seite war von Israel in Kollektiv-Haft genommen worden und hatte durch die Abriegelung des Gazastreifens sehr gelitten. Die gegenwärtigen Luftangriffe, die See-Blockade und die Bodenoffensive der Israelis haben eine humanitäre Katastrophe verursacht.

Israel ist dazu aufgerufen, sofort die Versorgung der Menschen im Gazastreifen sicher zu stellen und die Übergänge zu öffnen. Hamas ist aufgerufen, sofort mit dem Schmuggel von Waffen und dem Abschies- sen von Raketen auf israelische Siedlungen aufzuhören. Beide Seiten sollten sofort das ausge- laufene Waffenstillstandsab- kommen erneuern.

Der UN-Sicherheitsrat hat in der Nacht zum 9. Januar 2009 einen „sofortige und dauerhaf- ten Waffenstillstand“ im Gaza- Krieg gefordert. Der Text ver- urteilt Gewalt gegen Zivilisten und im Blick auf Hamas-Rake- tenangriffe „jede Art von Ter- rorismus“. Leider ignorieren Israel und Hamas zugleich die Resolution. Dabei drängt die Zeit; es droht eine weitere Es- kalation durch Raketenan- griffe der Hisbollah und ver- bündeter Palästinenser-Grup- pen auf Israel und Gegen- schläge der Israelis im Liban- on. Friedensverhandlungen sollten beginnen mit dem Ziel, einen lebensfähigen souverä- nen palästinensischen Staat zu schaffen und die Anerken-

nung des Existenzrechtes Isra- els durch Hamas nachzuholen.

Für einen künftigen Frie- densvertrag kann auf die Vor- arbeit der „Genfer Initiative“ vom 1. Dezember 2003 zu- rückgegriffen werden. Da- mals hatten erstmalig eine is- raelische und eine palästin- ensische Delegation unter Füh- rung des früheren Justizmini- sters Yossi Beilin und des ehe- maligen Mitglieds der palästi- nensischen Autonomiebehör- de Yasser Abed Rabbo eine Vereinbarung unterschrieben mit dem Ziel, den „bitteren is- raelisch-palästinensischen Konflikt“ zu regeln, indem

- „beide Seiten das Ende der jahrzehntelangen Konfron- tation bestätigen sowie einen Übergang von der Logik des Krieges in die Logik des Friedens, der Sicherheit, der Stabilität und der Zu- sammenarbeit einleiten,
- beide Seiten die Anerken- nung des Rechts des jüdisch- israelischen Volkes und des arabisch-palästinensischen Volkes auf eigene Staatlich- keit beurkunden,
- beide Seiten ihre Verpflich- tung auf die Normen des in- ternationalen Rechts und die Charta der Vereinten Na- tionen unterstreichen,
- die Kontrolle und Koordina- tion bei der Durchführung der Vereinbarung einer inter- national besetzten „Imple- mentation and Verification Group“ übertragen wird

und eine multinationale Streitmacht die beiderseitige Sicherheit garantieren soll.

Dazu ist es nach Auffassung der Autoren notwendig, dass sich Israel auf die Grenzen von 1967 zurückzieht unter Wahrung des Rechts auf beiderseitig vereinbarte Modifikationen, dass die jüdischen Siedler nach Israel zurückgeführt werden, dass ein ständiger Korridor zwischen der Westbank und dem Gazastreifen geöffnet wird, dass Jerusalem neben der Hauptstadt Israels auch die Hauptstadt des Staates Palästina wird und dass für die palästinensischen Flüchtlinge von 1947/48 eine gerechte Regelung gefunden wird.“ (Der Text ist veröffentlicht von Judith & Reiner Bernstein, München, www.genfer-initiative.de)

Israelis und Palästinenser sind daran zu erinnern, dass Krieg keine Probleme löst, sondern im Gegenteil nur Hass und Wünsche nach Rache und Vergeltung fördert mit der Konsequenz eines Teufelskreises von Gewalt, Tod und Zerstörung.

Der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten erinnert Israelis und Palästinenser an die Verpflichtung zum Frieden in ihrer eigenen Religion. Der Prophet Jesaja hatte die Vision vom Kommen eines Friedefürsten (Sar Schalom) und einer Welt des Friedens, in der die Völker „ihre Schwerter zu Pflugscharen

und ihre Spieße zu Sicheln machen ... und nicht mehr lernen, Krieg zu führen“. Al-Islam wird der Tradition nach als „Eintreten in den Frieden, Frieden machen“ beschrieben.

Martin Buber (1878–1965) Theologe, Philosoph des Judentums, der zur religiös-sozialistischen Bewegung gehörte, hat in seinem Buch „Ein Land, zwei Völker“ 1948 nach der Gründung des Staats Israel Visionen eines friedlichen Zusammenlebens von Juden und Arabern beschrieben; heute gelesen, spiegeln sie die versäumten Möglichkeiten zum Frieden in der Vergangenheit und zeigen auf Wege zum Frieden in Zukunft: „Unsere Rückkehr nach Erez Israel ... will kein fremdes Recht beeinträchtigen. In einem gerechten Bund mit dem arabischen Volke wollen wir die gemeinsame Wohnstätte zu einem wirtschaftlich und kulturell blühenden Gemeinwesen machen, dessen Ausbau jedem seiner nationalen Glieder eine ungestörte, autonome Entwicklung sichert. Unsere Kolonisation, die der Rettung und Erneuerung unseres Volkes allein gewidmet ist, hat ja nicht die kapitalistische Ausbeutung eines Gebietes zum Ziel und dient nicht irgendwelchen imperialistischen Zwecken, ihr Sinn ist die schaffende Arbeit freier Menschen auf gemeinschaftlicher Erde ... Anders als in der Urzeit

dürfen wir mit dem jetzt ... ansässigen Volk einen Bund schließen ... – zwei selbständige Völker gleichen Rechtes, jedes Herr in seiner Gesellschaft und Kultur, aber beide vereint in dem gemeinsamen Werk der Erschließung und Produktivierung an der gemeinsamen Heimat und in der gemeinsamen föderativen Verwaltung der gemeinsamen Geschäfte. Mit diesem Bund wollen wir wieder in den Verband der Völker Vorderasiens eintreten...und wenn die Gnade es will, wieder von Vorderasien aus die lebendige Idee in die Welt aussenden und den Weg dazu: Arbeit und Friede – ein auf der gemeinsamen Arbeit aufgebauter Friede.“

Jadallah Shihadeh, Synodenpräsident der Ev.-Luth. Kirche

in Jordanien, Pfarrer der Gemeinde in Beit Jala, welche die Abrahams Herberge, Begegnungsstätte für drei Weltreligionen, trägt, sagt über die Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern: „Das Glück des einen Volkes hängt vom Glück des andern Volkes ab. Der Segen des einen Volkes hängt vom Segen des anderen Volkes ab.“ Menschen in aller Welt sind aufgerufen, Projekte wie die Abrahams Herberge zu unterstützen, damit den Folgen von Unterdrückung und Gewalt in der Vergangenheit begegnet werden kann, Not und Elend in Zukunft verhindert wird.

Für den Vorstand des BRSD

Dr. Reinhard Gaede

Bundes-Sprecher

Schriftleiter von CuS

Aufruf

Bündnis gegen Kinderarmut

Hartz IV – vorsätzliche Kürzungen bei Schulkindern! Schluss mit dem empörenden Zustand, Kinder für ihr Wachstum und ihren Schulbesuch zu bestrafen. In Deutschland lebt jedes sechste Kind von *Hartz IV*. Was sagt die Bundesregierung? Wie setzt sie das um? „Die Bundesregierung hat es zu ihren vordringlichen Zielen erhoben, ... die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes zum Herzstück einer neuen Bildungspolitik zu erklären.“¹

Wie setzt sie das um? Mit Einführung von *Hartz IV* wurden die Regelsätze für Schulkinder bis 14 auf das Niveau von Säuglingen gekürzt. Vor *Hartz IV* waren sie rd. 20 % höher. Die Bundesregierung geht damit zurück in die Zeit von Weimar und des Faschismus, in der sogar der Bedarf von Kindern bis 16 mit dem von Säuglingen gleichgesetzt wurde.² Schulkosten sind im *Hartz IV*-Regelsatz nicht enthalten.

Die Regelsätze für Jugendliche zwischen 14 und 17 wurden auf das Niveau von Haushaltsangehörigen ab 18 gekürzt. Vor Hartz IV waren sie über 12 % höher.

Schulkinder unter 14 bekamen vor Hartz IV höhere Regelsätze, weil sie größer sind, ein höheres Gewicht haben und sich mehr bewegen als Vorschulkinder. Sie verbrauchen deshalb immerhin zwei Drittel mehr Kilokalorien.

Jugendliche zwischen 14 und 17 bekamen vor Hartz IV höhere Regelsätze, weil sie ebenfalls noch wachsen und einen höheren Bewegungsbedarf haben. Deshalb brauchen sie mehr Kilokalorien als Erwachsene.

Hartz IV entzieht etwa 1,4 Millionen Kindern zwischen 7 und 17, die in Armut leben, erhebliche Mittel für Essen und Trinken. Sollen Kinder nicht mehr wachsen oder sich bewegen dürfen?

Welche Gründe führt die Bundesregierung für die Senkung der Regelsätze an? „(Damit) werden die Leistungen für Familien gerechter verteilt.“³ Wieso ist es ungerecht, dass Kinder wachsen und deshalb mehr essen müssen?

Und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales: „Die Einteilung der Altersklassen ‚bis unter 14 Jahre‘ ... entspricht international anerkannten wissenschaftlichen Verfahren.“⁴ Seit wann ist es

wissenschaftlich, den Wachstumsbedarf von Kindern abzustreiten?

Die Kürzung der Regelsätze der Kinder von 7 bis 17 muss zurückgenommen werden ! Und zwar sofort! Regelsatz für Schulkinder von 7 bis 13 Jahren 253 € statt 211 €! Sie müssen wieder einen Regelsatz bekommen, der 20 % höher ist als der von Säuglingen. Regelsatz von 14- bis 17-jährigen 316 € statt 281 €! Sie müssen wieder 90 % des Eckregelsatzes von 351 € bekommen statt 80 %.

Schluss mit dem empörenden Zustand, Kinder für ihr Wachstum und ihren Schulbesuch zu bestrafen! Wir halten ferner daran fest: Alle Regelsätze, auch die für Erwachsene, sind viel zu niedrig und müssen deutlich erhöht werden!

Unterstützende Organisationen:

*BRSD, Aktionsbündnis
Sozialproteste u. a.*

¹ *Nationaler Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010, Juni 2006, 11*

² *Zuletzt in §3 Runderlass des Reichsarbeitsministeriums vom 31.10.1941*

³ *Bundesgesundheitsministerium Pressestelle, 16.05.2004*

⁴ *Bundesministerium für Arbeit und Soziales in der Antwort vom 2. Juli 2007 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Bundestags-Drucksache 16/5699, 3*

„Für die uneingeschränkte Anerkennung der Beschlüsse des II. Vatikanischen Konzils“

Die am 24. Januar 2009 bekannt gewordene päpstliche Aufhebung der Exkommunikation von Bischöfen der traditionalistischen Bruderschaft Pius X. bedeutet für die Unterzeichnenden die Wiederaufnahme von Personen, die offen als Gegner der mit dem II. Vatikanischen Konzil begonnenen Reformen aufgetreten sind und dies immer noch tun.

Im Blick auf die antisemitischen Äußerungen und die Leugnung der nationalsozialistischen Judenvernichtung durch Weihbischof Richard Williamson und seine Anhänger teilen wir die Empörung unserer Schwestern und Brüder jüdischen Glaubens. Darüber hinaus stellen wir fest, dass die Einstellung der Pius-Bruderschaft zum Judentum insgesamt nicht den Anforderungen des Konzils an den jüdisch-christlichen Dialog entspricht. Wir begrüßen die diesbezüglichen Aussagen der Deutschen Bischofskonferenz und des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken sowie die klaren Stellungnahmen der Französischen Bischofskonferenz und weiterer Bischöfe.

Die Unterzeichnenden werten es als klare Richtungsanzeige, dass Papst Benedikt XVI. diese Aufhebung in direkter zeitlicher Nähe zum symbolträchtigen 50. Jahrestag der Ankündigung der Einberufung eines Konzils durch Papst Johannes XXIII. vollzogen hat. Diese Rückwärtswendung lässt die Rückkehr von Teilen der römisch-katholischen Kirche in eine antimodernistische Exklave befürchten.

Durch diese Rückwärtswendung wird es zugelassen, dass Teile der römisch-katholischen Kirche – neben vielem anderen – offen Geist und Buchstaben bedeutender Dokumente des II. Vatikanischen Konzils ablehnen dürfen, so das Ökumenismusdekret „Unitatis redintegratio“, die Erklärung zu den nichtchristlichen Religionen „Nostra Aetate“, die Erklärung zur Religionsfreiheit „Dignitatis humanae“ sowie die pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute „Gaudium et spes“. Welche verhängnisvollen Auswirkungen dies für die Glaubwürdigkeit der römisch-katholischen Kirche haben dürfte, ist in seinen Ausmaßen derzeit noch nicht absehbar. Dieser Preis ist eindeutig zu hoch!

Bei allem Respekt vor dem Bemühen des Papstes um die Einheit der Kirche erscheint es uns besonders empörend, dass das erneute Zugehen des Vatikans auf die schismatische Traditionalistenbewegung offenbar ohne jede Vorbedingung erfolgt ist. Noch im Juni 2008, zum 20. Jahrestag der Exkommunikation Lefebvres, wies die Priesterbruderschaft eine Aufforderung des Heiligen Stuhls zur theologischen und kirchenpolitischen Aussöhnung ab und kam der Aufforderung Roms nicht nach, eine Fünf-Punkte-Erklärung mit Bedingungen für eine mögliche Wiedereingliederung in die römische Kirche zu unterzeichnen.

Eine Rückkehr in die volle Gemeinschaft mit der katholischen Kirche kann nur möglich sein, wenn die Beschlüsse des II. Vatikanischen Konzils uneingeschränkt in Wort und Tat anerkannt werden, wie auch im Motu Proprio „Summorum Pontificum“ zum Tridentinischen Ritus gefordert wird.

Solange der Vatikan nur um die Rückkehr der „verlorenen Schafe“ am traditionalistischen Kirchenrand bemüht ist, nicht aber auch andere Exkommunikationen aufhebt, Lehrbeanstandungsverfahren reformorientierter Theologinnen und Theologen überprüft sowie nicht zum internationalen Dialog mit Reformkreisen bereit ist, hat das römisch-katholische Kirchenschiff schwere Schlagseite.

Essen, den 28.01.09, v.i.S.d.P.: Prof. Dr. Norbert Scholl, Angelhofweg 24b, 69259 Wilhelmsfeld, unterstützt durch den BRSD

Bilder und Fotos

- S. 3 Reinhard Gaede
S. 7 Matthias Bonhoeffer
S. 12 Norbert Voß
S. 16 Viktor Ostrowski
S. 18 Birsen Ürek
S. 22 Britisches Museum, London
S. 25 Familie Röhr
S. 29 Horst Haitzinger, Neue Westfälische, 5.3.09
S. 30 Horst Haitzinger, NW, 18.2.09
S. 33 Ulla Baumgart
S. 35 Horst Haitzinger, NW, 19.2.09
S. 36 Peter Zimmermann
S. 40 Friedel Hütz-Adams
S. 41 Hans-Ehrenberg-Gesellschaft
S. 43 Wikipedia, gemeinfrei
S. 45 Wikipedia, gemeinfrei
S. 47 Rauhes Haus
S. 50 Rotapfel-Verlag, Erlenbach-Zürich (1938)
S. 54 Ulrich Peter
S. 56 Friedrich W. Bargheer
S. 58/59 Pahl-Rugenstein-Verlag, Nachf., Köln
S. 60 Reinhard Gaede

Autoren

Prof. Dr. Friedrich W. Bargheer

Hinter dem Böhmerhof 1, 32825 Blomberg

Matthias Bonhoeffer

Pfarr-Bezirk Kartäuserkirche,
Kartäusergasse 7a, 50678 Köln

Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach

Frankenthaler Str. 229, 67059 Ludwigshafen (Rhein)

Friedel Hütz-Adams

SÜDWIND e.V. – Institut f. Ökonomie u. Ökumene
Lindenstr. 58–60, 53721 Siegburg

Viktor Ostrowski

PHOENIX-Köln e.V., Dechenstr. 20, 50825 Köln

Dr. Ulrich Peter

Trautenastr. 12/1, 10717 Berlin

Birsen Ürek

Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer
Frauen (BFmF) e.V., Liebigstr. 120 b, 50823 Köln

Norbert Voß

Altvolberg 20, 51503 Rösrath

Peter Zimmermann

Kronenburggasse 14, 99084 Erfurt

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine Internetbilder (!), da sie nicht den Anforderungen des Digitaldrucks entsprechen. Im Notfall als scannfähiges Foto per Post.
Adresse: cus@brsd.de oder reinhard-gaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1980)

Abonnements:

Per Post:
BRSD-Sekretariat Michael Bschorr
Bobes Feld 14 · 33818 Leopoldshöhe

Per Fax:
Fax 05202/884 884

Per E-Mail:
mib@brsd.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland: Europa € 24,-,
Welt € 28,50 pro Jahr · Förderabonnement € 25,-
oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag
jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · BLZ 350 601 90 · Kt.-Nr. 2119 457 010
Internationale Überweisungen:
IBAN DE 15350601902119457010

BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam